

POLITISCHE STUDIEN 472

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

68. Jahrgang | März-April 2017 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

EUROPA UND DER BREXIT

Mit Beiträgen von

Peter Bild | Alice Neuhäuser | Angelika Niebler



/// ALEXANDER STRASSNER Politische-Studien-Zeitgespräch zum Islamistischen Terrorismus

/// REINHOLD BOCKLET Deutschland, Russland, die Ukraine und Europa

/// SIEGFRIED BALLEIS Was ist uns die Zukunft wert?

www.hss.de



„Sollte es der EU gelingen, das **MITEINANDER** wieder zu intensivieren, könnte die gegenwärtige schwierige Phase später eine „Stunde Europas“ genannt werden.

DIE STUNDE EUROPAS?

60 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge befindet sich die Europäische Union in einer delikaten Situation. Im Zuge der griechischen Staatsschuldenkrise und insbesondere der europäischen Flüchtlingskrise haben nationalistische Bewegungen Auftrieb erfahren und einen Mangel inner-europäischer Solidarität offenbart. Großbritannien hat sich zum Austritt aus der Union entschieden, einige zentraleuropäische EU-Mitglieder schotteten sich ab und in Frankreich und den Niederlanden, wo heuer wichtige Wahlen anstehen, gewinnen die Integrationsgegner an Boden.

In dieser ohnehin prekären Situation steht die EU, so der amerikanische Politologe Charles A. Kupchan, vor der Herausforderung, angesichts des „Versagens der USA und Großbritanniens“ die „liberale internationale Ordnung“ zu verteidigen. Zwar scheint diese Herkulesaufgabe, deren Bewältigung ein gemeinschaftliches Vorgehen aller EU-Mitglieder zur Voraussetzung hat, gegenwärtig äußerst ambitioniert, aber es gibt ein historisches Beispiel, das Zuversicht spendet: Im Sommer des Jahres 2003, auf dem Höhepunkt der innereuropäischen Krise als Folge des Irakkrieges, wurde der damalige Außenbeauftragte der EU, Javier Solana, mit der Ausarbeitung einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) beauftragt. Im Dezember 2003 wurde die ESS, die einen erheblichen qualitativen Schub in Richtung vertiefter Zusammenarbeit bedeutete, vom Europäischen Rat angenommen.

Sollte es der EU auch heute, in einer Zeit multipler innerer Spannungen und äußerer Herausforderungen, gelingen, das Miteinander wieder zu intensivieren und gemeinsam den liberalen Internationalismus zu sichern, so könnte die gegenwärtige schwierige Phase europäischer Ordnungsgestaltung später vielleicht sogar einmal eine „Stunde Europas“ genannt werden.

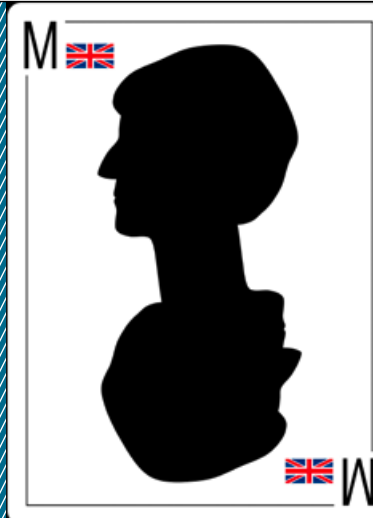
Reinhard Meier-Walser

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



06

INHALT



26



38



48

IM FOKUS

- 06 EUROPA UND DER BREXIT**
Einführung
KEA-SOPHIE STIEBER
- 10 GROSSBRITANNIEN SAGT „NO“ !**
Die Auswirkungen des Brexit auf die EU
und ihren Zusammenhalt
ANGELIKA NIEBLER
- 16 GOODBYE EUROPE**
Kann ein sanfter und geregelter
Brexit gelingen?
ALICE NEUHÄUSER
- 26 BREXIT – EINE NOCH OFFENE FRAGE**
Der Untergang des Abendlandes?
PETER BILD

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 38 ISLAMISTISCHER TERRORISMUS**
Die aktuelle Bedrohungslage
in Deutschland
ALEXANDER STRASSNER

ANALYSEN

- 48 DEUTSCHLAND, RUSSLAND,
DIE UKRAINE UND EUROPA**
Putins Einfluss in Europa
REINHOLD BOCKLET
- 60 WAS IST UNS DIE ZUKUNFT WERT?**
Wer wagt, gewinnt
SIEGFRIED BALLEIS
- 70 CHRISTEN**
Die Religion der Asylanten
WERNER WIATER

AKTUELLES BUCH

- 81 DAS „RÄUMKOMMANDO
WEST-WING“ IST GESCHEITERT**
Die Welt in Unordnung
MANFRED GROSS

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 84 REZENSIONEN**
- 91 LESEEMPFEHLUNG**
- 92 ANKÜNDIGUNGEN**
- 94 IMPRESSUM**

/// Einführung

EUROPA UND DER BREXIT

KEA-SOPHIE STIEBER /// Seit der Abstimmung in Großbritannien am 23. Juni 2016 hat ein neues Kapitel in Europa begonnen. Welche Folgen der erstmalige Austritt eines der wirtschaftlich gewichtigsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben wird, ist Gegenstand zahlreicher Szenarien, Analysen und Spekulationen. Großbritannien nahm seit jeher eine Sonderrolle ein, die damit nun perfektioniert wird. Der Rest Europas hingegen sollte diesen Prozess mehr denn je als Chance begreifen, näher zusammen zu rücken und Strukturreformen auf den Weg bringen, um Blaupausen zu verhindern und gestärkt aus dieser Krise hervorzutreten.

Zwischenzeitlich ist der Austrittsprozess vollumfänglich angelaufen. Das britische Unterhaus hat Premierministerin Theresa May die Vollmacht übertragen, die Brexit-Verhandlungen einzuleiten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von den Abgeordneten des Unterhauses mit 494 zu 122 Stimmen angenommen. Das Oberhaus votierte nach einer hitzigen Debatte und vorangegangenen Ankündigungen von Vertretern von Labour und Liberaldemokraten zunächst für einen Zusatz zu dem Gesetzentwurf der Regierung. Er sollte dem Parlament ein Vetorecht für das Ergebnis der anstehenden Brexit-Verhandlungen einräumen. Zudem stimmte eine Mehrheit der Mitglieder im „House of Lords“ für einen Änderungsantrag, der die Regierung dazu verpflichtet, die Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien trotz Brexit zu garantieren. Mit dieser Vorlage

musste sich das Unterhaus erneut beschäftigen. Letztendlich stimmte es jedoch auf Wunsch der Regierung mehrheitlich gegen die zwei Zusätze, die das Oberhaus der Vorlage beigefügt hatte. Sie sind damit nicht Teil des Gesetzes. Zugleich ließ die Regierung erkennen, die EU auch dann zu verlassen, wenn das Parlament den Vertrag ablehnt. Es soll keine Nachbesserungen am Vertrag geben. Zwar konnte das „House of Lords“ den britischen Austritt nicht aufhalten, allerdings mit seinen Zusätzen

Großbritannien hat seinen EU-Austrittsprozess bereits **BEGONNEN.**



... means Brexit! – Indeed?

ein klares Zeichen setzen, da die Regierung hier keine Mehrheit hat.

Der Erlass dieses Gesetzes war notwendig, weil der Oberste Britische Gerichtshof dem Parlament das letzte Wort über die Austrittserklärung zugesprochen hatte. Ursprünglich wollte die Regierung die Abgeordneten übergehen. May wird nun bis spätestens Ende März die Scheidung Großbritanniens von der EU beim Europäischen Rat offiziell einreichen. Mit Entstehung des EU-Mandats wird die EU-27 in drei Schritten ihre Verhandlungslinie festlegen:

- In einem Sondergipfel der 27 Staats- und Regierungschefs beschließen diese die Leitlinien der Austrittsmodalitäten. Auf dieser Basis schlägt die EU-Kommission den Start der Verhandlungen und ein Mandat vor, welches vom Rat bestätigt wird.

- EU-Chefunterhändler Michel Barnier und sein Team geben sich 18 Monate für die eigentlichen Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens und Übergangsregelungen, also etwa bis Oktober 2018. Hierbei wird es jedoch maßgeblich darauf ankommen, ob lediglich der Austritt oder aber auch der Eintritt in neue langfristige Beziehungen geregelt werden.
- Auf Seiten der EU muss das Austrittsabkommen vom Europaparlament gebilligt und dann vom Rat angenommen werden. Premierministerin May hat angekündigt, den Vertrag auch dem britischen Parlament vorzulegen.

Insgesamt sieht Artikel 50 des EU-Vertrags zwei Jahre für das ganze Verfahren ab dem offiziellen Austrittsgesuch am 29. März 2017 vor. Nach aktuellem Stand wäre das Verfahren Ende März

2019 und somit circa zwei Monate vor den nächsten Europawahlen beendet.

Im Rahmen der EU-Gipfel von Bratislava und Malta tagten bereits, zumindest zeitweise, nur die EU der 27, um Strategien und die Ausrichtung der Verhandlungen zu erörtern. Diese sind derzeit maßgeblich auf Austritts- und Zukunftsmodalitäten hinsichtlich ökonomischer und sicherheitspolitischer Partnerschaft und die daraus entstehenden Konsequenzen für die anderen Grundfreiheiten der Europäischen Union gerichtet. Essenziell für die EU jedoch ist momentan ihre eigene Ausrichtung. Die multiplen Krisenherde sowie das Wachstum populistischer Strömungen fordern ein Bekenntnis aller Mitgliedstaaten zur Union. Wie dieses aussehen kann, unterliegt zahlreichen Szenarien und wird teilweise gar grundlegende Reformen erfordern. Solidarität und Subsidiarität müssen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden. Eines ist jedenfalls klar: So wie bisher, kann es nicht weiter gehen.

Die EU muss grundlegend ihre zukünftige **AUSRICHTUNG festlegen.**

Die Hanns-Seidel-Stiftung widmet sich im Rahmen diverser Veranstaltungen und Expertengesprächen ausführlich der Zukunft der Europäischen Union angesichts des Brexit. Die Experten sind sich einig, dass ohne eine Akzeptanz der Grundfreiheiten durch Großbritannien in den Verhandlungen auch eine Markt-

öffnung nicht gelingen könne. Eine „Ansteckung“ anderer EU-Mitgliedstaaten müsse verhindert, gleichzeitig jedoch die Balance zu wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen in der Kooperation mit Großbritannien gefunden werden. Hieran hat auch der Freistaat Bayern,

Der erstmalige Austritt eines EU-Mitglieds hat viele **FACETTEN.**

dessen Industrie enge Handelsverbindungen zu Großbritannien pflegt, ein berechtigtes Interesse. Die europäischen Nationalstaaten müssen jedoch an einem Strang ziehen und dürfen sich vor allem in den Verhandlungen nicht entzweien lassen. In Europa herrschte bisweilen der Anspruch einer Ever-closer-Union, also eines supranationalen Projekts, vor. Künftig wird jedoch mehr denn je über ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten oder konzentrischen Kreise nachzudenken sein.

Drei Experten werden nachfolgend aus ihrer Sicht die Zukunft der Union und Großbritanniens skizzieren. Angelika Niebler setzt sich mit dem Austrittsverfahren und dem zukünftigen Verhältnis von EU und U.K. auseinander. Als Angehörige des Europäischen Parlaments spricht sie sich für eine Neuorientierung der Europäischen Union aus. Sie setzt sich dafür ein, dass die Bürger sich wieder mehr mit Europa identifizieren können und mahnt eine selbstkritische Sicht der Union auf sich selbst an. Ein „Weiter wie bisher“ könne es nicht geben.

Alice Neuhäuser widmet sich in ihrem Artikel den diversen Möglichkeiten und Szenarien eines Austritts und den sich daraus ergebenden weiteren Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Hierbei beleuchtet sie vorrangig die wirtschaftlichen Aspekte unter handelspolitischen Gesichtspunkten im Rahmen der Frage, ob ein „soft-“, „hard-“ oder „cold hard Brexit“ anzustreben ist.

Peter Bild skizziert die Stimmung in Großbritannien. Was hat die Briten zu ihrer Wahl veranlasst und wie gehen sie nun damit um? Als gebürtiger Engländer erklärt er innerparteiliche Konflikte, das Verhältnis zu Brüssel, eine ambivalente Gesellschaft sowie Zukunftsvisionen eines vereinten oder gespaltenen Königreichs.

Die Beiträge verdeutlichen die vielen Facetten eines rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Novums in der Geschichte der Europäischen Union, bei dem die offene Kommunikation einer der wichtigsten Bausteine für die Neuformatierung der Beziehungen sein wird. ///



/// KEA-SOPHIE STIEBER

ist Referentin für Europäische Integration, Europa- und Völkerrecht, Bürgerrechte und Verfassungsstaat der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Lesen Sie hierzu auch: **Argumentation Kompakt 6/2016 „Splendid Isolation“ im 21. Jahrhundert? Historische Hintergründe des Brexit**

/// Die Auswirkungen des Brexit auf die EU und ihren Zusammenhalt

GROSSBRITANNIEN SAGT „NO“ !

ANGELIKA NIEBLER /// Der Ausgang des Referendums in Großbritannien über den Brexit am 23. Juni 2016 ist eine Zäsur. Nachfolgend werden einige Überlegungen dargestellt, welche Auswirkungen der Brexit auf die weitere Entwicklung der EU und den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten haben kann. Diese sollen zur weiteren Debatte, wohin sich die Europäische Union entwickeln könnte, anregen.

Einführung

Für das Vereinigte Königreich wie auch für die EU steht mit dem Brexit viel auf dem Spiel. Für das U.K. sind dies der Zugang zum schrankenlosen Binnenmarkt für Bürger, Waren, Dienstleistungen und Kapital, die Verlagerung des Finanzplatzes London in eine andere europäische Metropole, die Stärke des britischen Pfundes, der zu erwartende Abzug der europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der europäischen Arzneimittelbehörde aus London, und natürlich der Austritt aus der politischen Union mit derzeit noch nicht

überschaubaren erheblichen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

Aber auch die EU der 27 trifft die Referendumsentscheidung der Briten mit voller Wucht. Denn wir müssen uns in der EU27 schon kritisch fragen, warum so viele Briten und auch Bürger in anderen europäischen EU-Staaten der Europäischen Union so ablehnend gegenüberstehen. 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 ist es Zeit zu klären, wie wir uns die Zukunft der EU vorstellen.

Gründe für das Brexit-Votum

Die Gründe der Briten, die den Brexit befürworteten, waren meines Erachtens vielseitig. Die Brexit-Befürworter warben im Wesentlichen mit dem Slogan „take back control“. Brüssel, die EU, die europäischen Institutionen, allen voran die Europäische Kommission, wurden für all das verantwortlich gemacht, was viele Bürger im U.K. verunsichert, sie kritisieren, sie nicht haben wollen. Die



Die Briten haben sich entschieden und verlassen die Europäische Gemeinschaft.

„Brexiters“ scheuten bei ihrer Kampagne dabei auch nicht vor falschen Behauptungen, Lügen und Diffamierungen der EU-Befürworter zurück, schürten Ängste vor dem Verlust der eigenen Identität, der Arbeitsplätze, des Wohlstands und heizten damit die emotional schon sehr aufgeladene Debatte an.

Insbesondere das Thema Migration stand im Fokus des politischen Diskurses. Viele Briten fürchteten um ihren Arbeitsplatz und damit um ihren Wohlstand und ihre soziale Absicherung. Verantwortlich dafür machten sie die EU, die nach ihrer Auffassung die Zuwanderung in den britischen Arbeitsmarkt zugelassen habe.

Zu der Angst um die eigene soziale Absicherung und damit die Zukunft kam meines Erachtens das Gefühl, den europäischen Institutionen in Brüssel machtlos ausgeliefert zu sein, die Kontrolle über das eigene Land verloren zu haben. Die Vertreter der EU, gefühlt weit weg in Brüssel, „die da oben“, ver-

Die Referendumsbefürworter arbeiteten v. a. mit den ÄNGSTEN der Bürger.

stehen die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen nicht mehr, so die Gefühlslage, die ich im U.K. vor dem Referendum wahrgenommen habe. Zu „denen da oben“, den Etablierten, dem Establishment, zählten übrigens auch David Cameron und seine Regierung. Dass viele Entscheidungen, die die Briten kritisierten, nationale Entscheidungen waren, wurde ebenso ausgeblendet bzw. konnte in den Debatten nicht vermittelt werden, wie auch die Tatsache, dass bei fast allen Entscheidungen in Brüssel die jeweils amtierende britische Regierung mitentschieden hatte.

Sowohl für das U.K. als auch die EU wird das Votum gravierende FOLGEN haben.

Wie geht es nun nach dem Austritt weiter?

Nach der Brexit-Entscheidung darf es in der EU kein „Weiter so“ geben. Denn die zuvor beschriebene Stimmungslage ist in vielen europäischen Ländern erkennbar. Populisten, die für den Austritt aus der EU werben, sind in zahlreichen Mitgliedstaaten – zum Teil sehr erfolgreich – unterwegs. Man blicke nur nach Holland oder Frankreich, zwei Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft.

Wir müssen uns daher mit den vielseitigen Gründen, die zum Brexit führten, intensiv auseinandersetzen und überdenken, wie wir die Bürger in unseren Ländern wieder für das gemeinsame Europa begeistern können. Auch müssen wir besser kommunizieren, warum diese EU so viel besser ist als ihr Ruf. Angst vor dem Verlust der eigenen Identität, dem Verlust des Arbeitsplatzes, der sozialen Absicherung, der Globalisierung, die mit einem harten, unsozialen Wettbewerb assoziiert wird, verunsichert in vielen Mitgliedstaaten die Bürger und macht es so für populistische Nationalisten einfach, gegen die Europäische Union Stimmung zu machen. Wir brauchen die EU nicht neu zu erfinden, aber wir müssen aufzeigen und klar und verständlich kommunizieren, was uns Europa bringt.

Und wie sieht die Situation in Großbritannien aus? Es bleibt ein durch und durch gespaltenes Land zurück: Nordirland und Schottland votierten mehrheitlich für den Verbleib, Engländer und Waliser waren mehrheitlich für den Brexit, die Städte stimmten mehrheitlich gegen den Brexit, Bewohner von Regionen dafür, ältere Menschen wollten den Austritt, die Jugend sah in der EU dagegen ihre Zukunft.

Das Referendum hat in Großbritannien **RISSE** hinterlassen.

Am 29. März 2017 will die britische Regierung den Austritt aus der EU gegenüber den Mitgliedstaaten im Rat erklären. Nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrages werden dann binnen zwei Jahren die Austrittsmodalitäten verhandelt, bevor zwei Jahre nach der Übermittlung der Erklärung der Austritt formal vollzogen ist.

Die EU27 hat sich gut auf die Verhandlungen vorbereitet. Mit Michel Barnier, dem früheren Binnenmarktkommissar, haben wir einen kompetenten Verhandlungsführer für die EU, der dann den Fahrplan für die Verhandlungen mit den Briten abstimmen wird. Ziel sollte sein, dass rechtzeitig vor der nächsten Europawahl im Jahr 2019 die Konditionen für den Austritt feststehen. Die Modalitäten für die künftige Zusammenarbeit zu vereinbaren, wird sicher länger als zwei Jahre dauern, so dass es wohl auch Übergangsregelungen geben muss.

Das Europäische Parlament (EP) ist formal nicht in die Verhandlungen eingebunden. Allerdings muss das EP sowohl über den Austrittsvertrag als auch über einen neuen Partnerschaftsvertrag mit dem U.K. abstimmen, so dass es die Verhandlungen kontinuierlich begleiten wird. Hinzu kommt, dass es durch den Austritt Großbritanniens auch im institutionellen Gefüge zu Veränderungen kommen wird. Dies erfordert eine enge Abstimmung zwischen dem EP, den Mitgliedstaaten und der Kommission.

Das künftige Verhältnis der EU zum U.K.

Zu Recht wird der Austritt Englands aus der EU mit einer schwierigen Scheidung verglichen. Der Scheidungsprozess beginnt aber erst nach Eingang des Austrittsgesuchs bei den Mitgliedstaaten im Rat. Dann müssen zunächst die Konditionen des Ausscheidens vereinbart werden. Welche vertraglichen Verbindlichkeiten / Zusagen gab es seitens Großbritanniens, unabhängig vom Ausscheiden aus der EU, die eingehalten werden müssen? Welche Verträge müssen gekündigt, welche Kooperationen beendet, modifiziert oder rückabgewickelt werden? Das U.K. ist als EU-Mitglied nicht nur durch die Gesetzgebung an die EU gebunden und unterliegt bis zum Austritt auch der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes, sondern ist auch an unzähligen Projekten wie den europäischen Forschungsrahmenprogrammen und Institutionen wie z. B. der Europäischen Investitionsbank (EIB) beteiligt, die (gesellschafts-)rechtlich unterschiedlich gestaltet sind und entsprechend beendet bzw. neu ausgerichtet werden müssen. Eine Herkulesaufgabe, die vor den Verhandlungsführern liegt.

In einem weiteren Schritt ist sodann die zukünftige Zusammenarbeit zu regeln. Modelle dafür gibt es zahlreiche: Man denke nur an die Zollunion mit der Türkei, die bilateralen Verträge mit der Schweiz oder eine mögliche Mitgliedschaft in der European Trade Association (EFTA). Von der britischen Premierministerin Theresa May ist zu hören, dass England ein eigenes Modell einer neuen Partnerschaft bevorzuge. Wie diese künftige Partnerschaft nach Vorstellung der Briten aussehen soll, wird sich erst in den Verhandlungen klären. Theresa May hat einen harten Brexit angekündigt: Es soll keine Zugeständnisse bei der Zuwan-

derung in den Arbeitsmarkt geben, dafür verzichtet das U.K. nach der offiziellen Linie lieber auf den Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Was sind unsere Verhandlungslinien? Für uns muss gelten: Erstens muss jede Verhandlung darauf ausgerichtet sein, die Einheit der 27 Mitgliedstaaten zu wahren. Zweitens können Nicht-EU-Mitglieder niemals die gleichen Rechte haben wie Mitglieder der EU. Es muss einen Unterschied geben, ob ein Staat Mitglied in der „Familie EU“ ist und damit umfangreiche Rechte und Pflichten hat, oder lediglich – handelspolitisch – an die EU angebunden ist. Drittens dürfen unsere Grundpfeiler in der EU – die Akzeptanz der vier Grundfreiheiten, die Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist –, nicht zur Disposition stehen. Wer Zugang zum Binnenmarkt will, muss die vier Grundfreiheiten akzeptieren.

Die Zukunft der EU27

Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Brexit-Votum? Die Europäische Kommission hat vor wenigen Wochen ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vorgelegt und damit im Europäischen Parlament und in den 27 Mitgliedstaaten eine breite Debatte angestoßen, wie sich die EU weiterentwickeln könnte. Ich halte es für richtig, diese breit angelegte Debatte zu führen und gerade auch die Mitgliedstaaten,

Regelung und Ablauf des Austritts werden aufwendig und **LANGWIERIG verlaufen.**

die gerne jede Fehlentwicklung der Europäischen Union in die Schuhe schieben, in die Pflicht zu nehmen.

In dem Weißbuch werden fünf mögliche Szenarien skizziert, wie sich die Europäische Union bis zum Jahre 2025 weiterentwickeln könnte. Diese Szenarien reichen vom Modell „Weiter wie bisher“, über eine Konzentration auf den Binnenmarkt, weitere Schritte der Integration in bestimmten Politikfeldern, ggfs. auch in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, hin bis zu den Vereinigten Staaten der EU.

Für mich ist klar, dass es nach dem U.K.-Referendum zum Brexit kein „Weiter so wie bisher“ geben darf. Klar ist für mich auch, dass es nicht an der Zeit ist, die EU zu einem Superstaat weiter zu entwickeln. Wer dies fordert, hat die Signale nicht verstanden und ist weit weg von den Bürgern Europas. Klar ist für mich aber auch, dass die EU weit mehr ist als der Binnenmarkt. Uns Europäer verbinden unsere gemeinsame, leider oft blutige, Geschichte, unsere Kultur, unsere christlich-abendländische Prägung, unsere Werte wie Menschenrechte, Meinungs- und Religionsfreiheit, Chancengleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit.

Ich halte es daher für richtig, sich klar zu werden über die politischen Felder, in denen wir als dann EU27 nur gemeinsam erfolgreich marschieren können, gerne auch in der Weise, dass einige Mitgliedstaaten vorangehen. Ich denke an den gemeinsamen Grenz- und

Die EU ist weit mehr als eine WIRTSCHAFTLICHE Gemeinschaft.

Küstenschutz, den Kampf gegen den Terrorismus, den internationalen Handel, den Binnenmarkt und den Euro.

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Ich hoffe, die Mitgliedstaaten greifen den Ball von Kommissionspräsident Juncker auf und beteiligen sich konstruktiv an dieser für unsere Zukunft so wichtigen Debatte. Im Europaparlament werden wir die Diskussion intensiv weiter führen, in Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder, die hoffentlich die Vorzüge und den Frieden, den uns das großartige europäische Projekt gebracht hat, ebenso erleben werden.

Europa darf nicht der Buhmann bleiben

Seit über 70 Jahren haben wir Frieden und Freiheit in der EU. Aus der Gruppe der 6 Gründungsstaaten ist eine EU der 28 Mitgliedstaaten geworden, die in der ganzen Welt für sozialen Wohlstand steht. Die Attraktivität und Anziehungskraft der EU ist trotz aller Krisen und Herausforderungen unangefochten. Dies zeigt der Wunsch vieler Nachbarstaaten, Mitglied zu werden, und dies hat auch die Flüchtlingskrise belegt.

Ungeachtet dessen ist das Image der EU schlecht. Sicherlich ist die Kommunikation zu verbessern. Aber ebenso wichtig ist auch, dass die politischen Verantwortlichen aller Ebenen, die den Wert der EU anerkennen, dies auch öffentlich kundtun. Es würde die Akzeptanz der EU schon sehr erleichtern, wenn die Erfolge, auf die die EU heute schon mit Stolz blicken kann, auch als solche kommuniziert werden.

Das politische Gefüge der EU hat sich über Jahrzehnte entwickelt, genau wie sich auch langsam die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen herausgebildet haben. Immer wieder gab es

Die momentane Krise der EU bietet die Chance zur NEUAUSRICHTUNG.

in der Geschichte der EU Rückschritte bei der Integration – man denke nur an den Versuch, Anfang der 50er-Jahre eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu errichten, den Austritt Grönlands, den holprigen Beitritt des Vereinigten Königreichs, dem bereits zwei Jahre später ein Referendum über dessen Verbleib in der EU folgen sollte, an die vielen Vertragsrevisionen, die Diskussionen über mögliche „opt-outs“ und ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, aber auch die Referenden in Frankreich, Irland und zuletzt in den Niederlanden. Jeder Mitgliedstaat hatte und hat seine Interessen und Prioritäten. Selbst im EU-integrationsfreundlichen Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder Schranken aufgezeigt.

Ungeachtet dessen gab es jedoch seit Churchills berühmter Züricher Rede vom 19. September 1946 immer Visionen und den Willen, das Europa unserer Väter weiter zu entwickeln, und die Mitgliedstaaten weiter zu integrieren. Die Integration schritt auch stetig voran.

Vielleicht sollten wir im Brexit auch die Chance erkennen, uns über unsere eigenen Schwächen und Stärken in der EU klar zu werden und dann gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Schon mehrfach haben wir in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir aus Krisen lernen. Man denke nur an die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Der Euro wurde schon so oft für tot erklärt, ist aber immer

noch neben dem US-\$ eine Weltwährung. Den Kampf gegen den Klimawandel gehen wir in der EU beherzt an und die Energieversorgung richten wir nachhaltig aus. Die Wirtschaft erholt sich wieder, wenn auch langsam. Das Europäische Satellitennavigationssystem Galileo und das Erdbeobachtungssystem Kopernikus sind europäische Erfolgsprojekte, über die nur zu wenig gesprochen wird.

Jetzt ist es an der Zeit, sich auf das Wesentliche in der EU zu fokussieren und die Europäische Union neu auszurichten. Wir müssen allerdings kein neues Narrativ erfinden. Die Europäische Union steht für Frieden und Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Blickt man auf unsere europäischen Nachbarn und andere Regionen in der Welt, weiß man diese europäischen Errungenschaften, die uns grenzenloses Reisen, Leben und Arbeiten ermöglichen, mehr als zu schätzen. Wir brauchen in einer globalisierten Welt mehr denn je ein starkes, handlungsfähiges Europa. Daran sollten wir weiter arbeiten und dieses Narrativ sollten wir erzählen. ///



/// PROF. DR. ANGELIKA NIEBLER, MDEP

ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2014 Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und seit November 2015 stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, Brüssel / München.

/// Kann ein sanfter und geregelter Brexit gelingen?

GOODBYE EUROPE

ALICE NEUHÄUSER /// Wie wird der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ablaufen? Zeichnet sich ein geregeltes oder ein ungeregeltes Ausscheiden aus der EU ab? Gibt es einen „hard Brexit“, einen „cold hard Brexit“ oder doch noch einen „soft Brexit“ durch die Hintertür? Warum will Großbritannien nicht im Binnenmarkt und der Zollunion verbleiben? Entscheidende Fragen werden die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bestimmen.

Am 23. Juni 2016 wurde erstmals in einem langjährigen EU-Mitgliedsland über einen Austritt abgestimmt. Die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs votierte mit einer knappen Mehrheit von 51,89 % für den Abschied aus der Gemeinschaft. Vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (EUV) im Jahr 2009 fehlte ein verbrieftes Recht, die EU zu verlassen. Dieses ist nun in Art. 50 EUV verankert.

Die britische Premierministerin Theresa May gab im Herbst 2016 bekannt, sie beabsichtige, Art. 50 EUV

Ende März 2017 auszulösen. Um das Austrittsverfahren einleiten zu können, muss Großbritannien dem Europäischen Rat zunächst seinen Beschluss, in der EU nicht verbleiben zu wollen, förmlich mitteilen. Danach können die Beratungen über den Brexit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beginnen. Gemäß Art. 50 Abs. 2 EUV soll „ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts ausgehandelt und [...] geschlossen werden, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird“¹.

Rechtsfragen, Zeitdruck und mangelnde Vorbereitung

Im November 2016 fällte der High Court sein Urteil, wonach eine Abstimmung des Unterhauses zwingend notwendig ist, bevor May die Brexit-Verhandlungen einläuten kann. Die Volksvertretung muss nach dem Richterspruch deshalb beteiligt werden, weil



„Aber wir treffen uns jetzt schon noch weiter alle zum Tee, nicht wahr? Und die Rosinenbrötchen gibt's dann hoffentlich auch noch ...“, könnte man hier Theresa May in den Mund legen. (r. François Hollande)

die britischen Bürger durch den EU-Austritt ihre europäischen Rechte verlieren. Die Regierung hält dagegen das Referendum vom Juni des vergangenen Jahres für ausreichend, möchte auf ein Votum des Parlaments verzichten und rief daher die höchste Instanz, den Supreme Court, an. Dieser bestätigte Anfang 2017, dass die Exekutive die Zustimmung des House of Commons einholen muss.

Die zweijährige Frist für die Konsultationen gemäß Art. 50 Abs. 3 EUV setzt alle Mitwirkenden unter enormen Druck. Das Vereinigte Königreich soll vor der nächsten Europawahl, die im späten Frühjahr 2019 stattfinden wird, die EU verlassen haben, da es nicht sinnvoll erscheint, dass ein ausscheidendes Mitglied noch an diesen Wahlen partizipiert und kurz darauf austritt. Unterdessen berief die EU-Kommission

ein Team und Michel Barnier zum Chefunterhändler, der für die Beratungen über die Details des Brexit 15 bis 18 Monate vorsieht. Anschließend werden Barnier zufolge vier bis neun Monate benötigt, um im Europäischen Parlament sowie im Rat über das intendierte Abkommen mit Großbritannien abzustimmen.² Die 27 restlichen EU-Mitgliedsländer müssen den Brexit-Deal mit einer qualifizierten Mehrheit annehmen.

Zwar ist eine Verlängerung grundsätzlich möglich, doch bedarf es hierfür eines einstimmigen Beschlusses des Europäischen Rats. Der zurückgetretene britische EU-Botschafter Ivan Rogers betrachtet den Zeitplan als unrealistisch und erwartet sogar rund ein Jahrzehnt Verhandlungsmarathon, bis ein Vertragsergebnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erzielt werden kann.³

Ende Juni 2016 votierte Großbritannien mit knapper Mehrheit für den AUSTRITT aus der EU.

England ist für den Brexit **NICHT** gerüstet.

Derweil galt das von den Gerichten eingeforderte Votum im Unterhaus von vornherein als reine Formsache. Auch wenn sich ein Großteil der Abgeordneten für den Verbleib des Landes in der EU engagierte, billigten 80,2 % der Parlamentarier den Brexit – allein schon deshalb, um sich nicht gegen den im Referendum ausgedrückten Mehrheitswillen der Bevölkerung zu stellen. Die Abstimmung im Oberhaus wird May ebenfalls gewinnen und kann danach den Austrittsantrag wie beabsichtigt Ende März nach Brüssel senden.

Ob das britische Kabinett und die Ministerien bereits hinreichend für den Abschied aus der EU gerüstet sind, darf bezweifelt werden. May hat eigens ein Brexit-Ministerium geschaffen, das von David Davis geführt wird. Dort werden noch bis zu 30.000 zusätzliche Mitarbeiter gebraucht.⁴ Und die Vorgängerregierung unter dem damaligen Premierminister David Cameron hat auch keine Strategie für Verhandlungen mit der EU und die Rückabwicklung von in britisches Recht umgesetzter EU-Gesetzgebung entworfen. Cameron ordnete 2013 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft an. Die drei Jahre bis zur Volksabstimmung verstrichen, ohne dass offenkundige Vorbereitungen für den Fall eines Brexit-Votums getroffen worden sind.

Zunächst haben allein EU-Staaten einen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Nach dem Vorbild Norwe-

gens kann ein Nicht-EU-Mitglied einen Antrag auf Partizipation am Binnenmarkt stellen. Dass mit einem Ausscheiden aus der EU zwangsläufig ein Austritt aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erfolgt, negiert die Denkfabrik British Influence und hält diese Sichtweise aus rechtlichen Gründen für falsch. Die Analysten wiesen schon in der zweiten Jahreshälfte 2016 darauf hin, dass das Vereinigte Königreich nicht nur die EU, sondern darüber hinaus den EWR förmlich verlassen muss; sollte lediglich die EU-Mitgliedschaft und nicht ausdrücklich auch die EWR-Zugehörigkeit beendet werden, würde Großbritannien nach dem Ausscheiden aus der EU im Binnenmarkt verbleiben.⁵ Abschließend ist diese Frage noch nicht beantwortet.

Ausstiegsszenarien

Es sind hauptsächlich Konturen, aber nur wenige inhaltliche Schwerpunkte und vereinzelte klare rote Linien für ein von Großbritannien intendiertes Austrittsabkommen erkennbar. In ihrer Brexit-Rede im Januar 2017 betonte May neuerlich, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger solle nicht mehr geduldet werden: „We will get control of the number of people coming to Britain from the EU.“⁶ Just an dem symbolträchtigen Ort, dem Lancaster House in London, wo die frühere Premierministerin Margaret Thatcher vor 29 Jahren für den Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Binnenmarkt geworben hatte, kündigte May den Austritt aus dem Binnenmarkt und der Zollunion an. Stattdessen sprach sie sich für ein Freihandelsabkommen mit der EU aus.⁷

In welcher Verbindung Großbritannien ab dem Frühjahr 2019 zur EU stehen wird, muss in den Austrittsverhand-

lungen geklärt werden. Grundsätzlich vorstellbar sind ein „soft Brexit“, ein „hard Brexit“ oder ein „cold hard Brexit“. May wünscht sich einen harten Brexit, der sanft und geregelt ablaufen soll.

„Modell Norwegen“

Ein weicher Brexit würde eine weitreichende ökonomische Verflechtung in der Zukunft gewährleisten und ist vor allem im Interesse einer nach wie vor engen und florierenden wirtschaftlichen Beziehung zwischen den EU-Mitgliedern und Großbritannien. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft und der drittgrößte Nettozahler der EU. Knapp die Hälfte der britischen Exporte gehen in andere EU-Länder, mehr als ein Drittel sogar in die Euro-Zone.⁸ Ein Ausschluss aus dem Binnenmarkt wird wahrscheinlich nicht nur für Großbritannien, sondern für die gesamte EU negative ökonomische Auswirkungen haben. Der Regierung May sind die Vorteile einer Mitgliedschaft im Binnenmarkt nach wie vor voll bewusst. Äußerst gern würde sie es deshalb sehen, wenn ihr Land darin verbleiben könnte. Doch lassen sich die damit ein-

Das „MODELL NORWEGEN“ kommt für May nicht in Frage.

hergehenden Konditionen innenpolitisch kaum vermitteln.

Mit dem „Modell Norwegen“ würde sich Großbritannien nach seinem Ausscheiden aus der EU als Mitglied des

EWR „einen zollfreien Zugang zum EU-Gütermarkt, einen unbeschränkten Zugang zum Dienstleistungsmarkt und zum Kapitalverkehr“⁹ sichern. Im Gegenzug müsste es die in der Öffentlichkeit und während der Referendums-kampagne heftig attackierte Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-Bürger akzeptieren und zudem weiter in den EU-Haushalt einzahlen, wenn auch deutlich geringere Beiträge als zuvor als EU-Mitglied. Beides lehnt die britische Premierministerin ab, wobei sie künftige finanzielle Leistungen nicht kategorisch ausschließt: „There may be some specific European programmes in which we might want to participate.“¹⁰

Der Zugang zum Binnenmarkt ist für Nicht-EU-Länder grundsätzlich mit Verpflichtungen verbunden. Das kleine Norwegen muss im Zeitraum 2014 bis 2021 jährlich ca. 400 Mio. € überweisen. Angesichts des etwa siebenmal so hohen britischen Bruttoinlandsprodukts würden Belastungen in Höhe von rund 2,8 Mrd. € pro Jahr erwartet.¹¹ Ferner müsste das Vereinigte Königreich sämtliche Regeln des Binnenmarkts anerkennen, also die zum Funktionieren des einheitlichen Markts notwendigen Richtlinien und Verordnungen, ohne dass es eine Chance hätte, an der Ausgestaltung mitwirken zu dürfen. Es würde überdies die Urteile des Europäischen Gerichtshofs befolgen müssen.

Aus ökonomischen Erwägungen ist dieses „Modell Norwegen“ das bestmögliche für Großbritannien und besonders seinen Finanzplatz London. „Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach einem Austritt eine große Wirtschaftsnation in Europa.“¹² Die EU-Staaten würden von dieser Option ebenfalls am meisten profitieren. Allerdings sprechen wesentliche Argumente gegen

einen solchen weichen Brexit: Da Großbritannien die Personen- bzw. Arbeitnehmerfreizügigkeit zu dulden hätte, müsste es die Einwanderung aus anderen EU-Ländern weiter ungehindert zulassen. Gerade die seit 2004 kontinuierlich hohe Zahl an Zuzügen aus Osteuropa und Ostmitteleuropa – allen voran aus Polen – wird von der Mehrheit der britischen Bevölkerung kritisiert.

Mit der Osterweiterung vor 13 Jahren hatte Großbritannien seinen Arbeitsmarkt für die neuen Mitgliedstaaten geöffnet. Seither sind über drei Millionen EU-Zuwanderer ins Vereinigte Königreich übersiedelt, vor allem in der Anfangszeit. Deutschland hatte seinerzeit mit Übergangsregelungen von sieben Jahren die heimischen Arbeitnehmer vor Konkurrenz schützen wollen. Trotz der mit der Migration verbundenen ökonomischen Vorteile für Großbritannien und der Tatsache, dass der Beschluss im Vorfeld der Osterweiterung eine rein nationale Entscheidung war, die Brüssel nicht verlangt hatte, wurden Stimmen in der britischen Öffentlichkeit lauter, das Vereinigte Königreich habe die Kontrolle über die Einwanderung verloren. Der Ausgang des Referendums wurde von diesem Sachverhalt maßgeblich und massiv beeinflusst.

Das „Modell Norwegen“ würde ausserdem dem britischen Anspruch auf eine souveräne Gesetzgebung zuwiderlaufen, denn sämtliche Regeln des Binnenmarkts müssten beachtet werden und das Land würde der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterliegen. „Die Brexit-Anhänger wollen die von ihnen als Ballast empfundenen Regulierungen der EU abschüteln.“¹³ Überdies müsste Großbritannien weiter in den EU-Haushalt einzahlen.

Obwohl dem Vereinigten Königreich seit den 1980er-Jahren der so genannte Britenrabatt gewährt wird, überwies Großbritannien im Jahr 2015 11,5 Milliarden Euro mehr an die EU, als es erhielt. Die Menschen und die Politik sind größtenteils der Meinung, die derzeitigen Beiträge seien zu hoch, und sie lehnen finanzielle Verpflichtungen gegenüber der EU nach dem Austritt ab.

Unter Umständen würden sich viele Briten darüber hinaus fragen, worin der Brexit bestehe, wenn die zwei Hauptmotive (Ende der unkontrollierten Zuwanderung aus EU-Ländern und Rückholung der Parlamentssoveränität) trotz des Ausscheidens aus der EU nicht konsequent umgesetzt würden. Die Stimmung in der Bevölkerung könnte

Aus innenpolitischen Gründen streben die Konservativen einen HARTEN Brexit an.

sich dahingehend drehen, letztendlich hätten die unterlegenen EU-Befürworter obsiegt, weil der Status nach einem weichen Brexit in wichtigen Punkten der Vollmitgliedschaft ähneln würde: So blieben die vermeintlichen Lasten der Migration, der Regulierung und der finanziellen Forderungen von Seiten Brüssels, aber die Vorteile der EU-Zugehörigkeit wie z. B. die Mitbestimmung der Regeln des Binnenmarkts gingen gleichwohl verloren. Eine politische Niederlage der Conservative Party bei der nächsten Unterhauswahl wäre da-

mit vermutlich vorgezeichnet, weswegen Theresa May in ihrer Rede im Januar sowohl den Rückzug aus dem Binnenmarkt ankündigte als auch erklärte, die Integration nicht in Teilbereichen fortbestehen zu lassen, sondern einen harten Schnitt zu vollziehen: „Not partial membership of the European Union, associate membership of the European Union, or anything that leaves us half-in, half-out.“¹⁴

Ein weicher Brexit nach dem „Modell Norwegen“, der aus wirtschaftlichen Motiven für geeignet gehalten werden kann, wird aus innenpolitischen Gründen nicht zu realisieren sein. Es sei denn, die EU würde bereit sein, den britischen Anspruch nach einer spürbaren Senkung der Einwandererzahlen aus EU-Staaten zu akzeptieren. Da das Vereinigte Königreich bei der Osterweiterung auf siebenjährige Übergangsregelungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern verzichtet hat, hätte – sofern alle Beteiligten guten Willens wären – der Kompromiss lauten können: Großbritannien verlässt Anfang 2019 die EU, verbleibt nach dem „Modell Norwegen“ im Binnenmarkt und darf für eine Zeitspanne von ebenfalls sieben Jahren die Arbeitnehmerfreizügigkeit für neue Fälle aussetzen.

Hiermit würde allerdings einem „Binnenmarkt à la carte“ Tür und Tor geöffnet, weshalb das Vereinigte Königreich nicht mit einer derartigen Nachgiebigkeit seitens des EU-Verhandlungsteams rechnen kann. Die EU-Institutionen sind vielmehr daran interessiert, „dass der Austritt für die Briten schmerzliche Folgen haben wird – schon deshalb, weil sie mögliche Nachahmer abschrecken und einem allmählichen Zerfall der Staatengemeinschaft vorbeugen wollen“¹⁵.

Vor diesem Hintergrund entschied sich May, das Heft des Handels in die eigene Hand zu nehmen und von sich aus zu erklären, den Binnenmarkt verlassen zu wollen. Stattdessen zielt sie auf ein Freihandelsabkommen mit der EU, das ihrem Land einen umfassenden Zugang zum Binnenmarkt sichert: „This agreement should allow for the freest possible trade in goods and services between Britain and the EU.“¹⁶

„hard Brexit“

Unter einem harten Brexit wird ein geregelter Ausstieg Großbritanniens aus der EU verstanden, wobei das Vereinigte Königreich auf eigenen Wunsch zu einem reinen Drittstaat degradiert wird, der nicht mehr in einer privilegierten Vertragsbeziehung zur EU steht. Innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Jahren wird ein Abkommen geschlossen, wobei der Aufenthaltsstatus für Briten in der EU und EU-Bürger im Vereinigten Königreich garantiert wird.

Zum Austrittszeitpunkt in Großbritannien ansässige Bürger aus den verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländern können nicht ausgewiesen werden. Das Oberhaus hat nach Prüfung dieses Sachverhalts solchen Überlegungen mit dem Verweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die Großbritannien anzuwenden hat, einen Riegel vorgeschoben. Die Argumente der Brexit-Befürworter, viele Briten ständen in Konkurrenz zu Zuwanderern auf dem angespannten Wohnungsmarkt und um Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte, werden also vermutlich nicht verstummen. Zwar erlangt das Vereinigte Königreich in Migrationsfragen die vollständige Souveränität zurück und kann alsdann die Zahl künftiger Einwanderer

Der „hard Brexit“ bringt England zukünftig die **SOVERÄNITÄT** in Migrationsangelegenheiten.

erheblich verringern; aber dies trifft nur für neue Fälle zu.

Mays Brexit-Strategie ist davon gekennzeichnet, der Forderung nach Kontrolle und Reduktion der Migration Rechnung zu tragen und dafür sogar die Mitgliedschaft im Binnenmarkt zu opfern. Ein harter Brexit bedeutet, dass dieses Anliegen gegenüber wirtschaftlichen Interessen die Oberhand gewinnt. Erwartet wird, dass May nach Abschluss eines Austrittsabkommens eine vorgezogene Unterhauswahl anberaumen wird, bei der sie sich ein Zeugnis über den Brexit-Vertrag ausstellen lassen möchte. Dies wäre ein äußerst geschickter Schachzug. Denn während die Abgeordneten des House of Commons größtenteils als Anhänger eines weichen Brexit gelten, favorisieren die meisten Bürger und Theresa May diesen harten Brexit. Die Wähler werden aller Voraussicht nach mit Mehrheit für die Conservative Party der Premierministerin stimmen, die ihren eindringlichen Appell in der Zuwanderungsfrage erhört und umgesetzt hat. Natürlich besteht das Risiko, dass die United Kingdom Independence Party die Wahlkampf-Debatten darauf zuspitzen wird, dass lediglich die künftige Migration aus EU-Staaten begrenzt werden kann. Erfolgversprechend ist diese Taktik freilich nicht, da auch die UKIP im unwahrscheinlichen Fall eines Wahlsiegs an die Europäische

Menschenrechtskonvention gebunden sein wird. Sollte es darüber hinaus anschließend zu einer Rezession kommen, kann die britische Regierung die Verantwortung der Bevölkerung anlasten, die den Ausstieg aus dem Binnenmarkt hinzunehmen bereit war, wenn dafür die Einwanderung gedrosselt werden würde. Vor diesem Urnengang wird das Abkommen in beiden britischen Parlamentskammern beraten und zur Abstimmung gestellt. Dieses Zugeständnis haben die Abgeordneten der Premierministerin inzwischen abgerungen. Sollten die Parlamentarier viele Aspekte als negativ für Großbritannien betrachten, könnten sie ihr Einverständnis verweigern. Gerade die Abgeordneten des Unterhauses, die allesamt durch das Mehrheitswahlsystem ins Parlament einziehen, müssen die Auswirkungen dieses Deals auf ihre jeweiligen Wahlkreise im Blick haben.

Dass das Brexit-Abkommen einige nachteilige Gesichtspunkte für das Vereinigte Königreich beinhalten wird, ist beinahe unumgänglich. Denn die britische Verhandlungsposition ist denkbar ungünstig. Das Land zeigt sich erstens durch das Austrittsvotum extrem illoyal gegenüber der EU und ist zweitens ökonomisch deutlich stärker von ihr abhängig als andersherum: „Im Jahr 2015 lieferte das Vereinigte Königreich gut 44 % seiner Ausfuhren in die übrigen EU-Mitgliedsstaaten – aber nur 6,5 % aller EU-Exporte gingen auf die britischen Inseln.“¹⁷ Aus dem Gefühl der Überlegenheit heraus meint die EU, die Bedingungen des Abkommens weitgehend diktieren zu können, was die Chancen auf Milde und Entgegenkommen dämpft.

Während die Bevölkerung die Kontrolle der Migration mit einem harten

Brexit verbindet, sind ökonomische Aspekte für die Parlamentarier relevanter. Wenige Konzessionen bei der Frage nach dem Zugang britischer Finanzprodukte zur EU könnten zu einer Ablehnung des Austrittsdeals führen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen eines Scheiterns in einer oder beiden Parlamentskammern sind schwer einzuschätzen. Die vollmundige Ankündigung Mays, der Austritt werde sanft und geregelt ablaufen, hätte sich in diesem Fall nicht bewahrheitet.

Zoll- und Freihandelsabkommen

Das Vereinigte Königreich könnte mit der EU aushandeln, den im Vergleich zum Drittstaat etwas abgemilderten Status eines Vertragspartners eines Freihandelsabkommens zu erreichen und manche Regelungen aus der Zollunion in ein neues Vertragswerk zu überführen. May strebt einen zollfreien Handel

England soll die **VORTEILE** der Zollunion bewahren.

mit der EU an. In der Zollunion will Großbritannien hingegen nicht verbleiben, um die Handelsbeziehungen mit den USA, China, Indien, Brasilien, Australien, Neuseeland, den Golfstaaten und anderen unabhängig gestalten zu können. Es soll jedoch ein Zollabkommen mit der EU geschlossen werden, damit Großbritannien die vorteilhaften Bestimmungen aus der bestehenden Zollunion wieder anwenden kann. Ein

„Modell Türkei“ ist also nicht intendiert.

Im Januar 2017 hat May ihre Überlegungen zu einem Freihandelsabkommen erstmals dezidiert gegenüber der Öffentlichkeit geäußert. Der Entstehungsprozess wäre gewiss langwierig; es könnten sich beispielsweise ähnliche Schwierigkeiten wie bei CETA und TTIP ergeben. Zeitintensiv wäre darüber hinaus, dass Großbritannien sich mit der Welthandelsorganisation (WTO) auf die eigenen Mitgliedschaftsbedingungen verständigen müsste. Zwar ist das Vereinigte Königreich natürlich bereits heute WTO-Mitglied, allerdings wurden die WTO-Regeln mit der EU und nicht mit deren Einzelstaaten vereinbart. Es ist daher zu erwarten, „dass Zölle und nichttarifäre Handelsbeschränkungen zumindest bis zur Unterzeichnung eines solchen Abkommens auf Basis der WTO wieder eingeführt werden“¹⁸ müssten, was in der Übergangszeit wahrscheinlich ökonomischen Schaden nach sich ziehen wird.

Diese Probleme sind der britischen Regierung bewusst. Da sie große Sympathien für ein Freihandelsabkommen mit der EU hegt, pocht sie darauf, dass dem Vereinigten Königreich zwischen dem EU-Austritt und dem Vertragsabschluss dieses Handelsabkommens Sonderregeln gewährt werden, die vor allem dem Finanzsektor helfen, sich der neuen Situation außerhalb des Binnenmarkts anzupassen. Gleichzeitig soll diese Übergangsphase begrenzt sein, um lang andauernde Unsicherheiten zu vermeiden. Die Vorzüge dieser losen Zusammenarbeit liegen freilich darin, dass Großbritannien keine Vorgaben wie beim „Modell Norwegen“ berücksichtigen muss. Ein größtmöglicher Zugang zum EU-Binnenmarkt soll erreicht werden, damit

Waren und Dienstleistungen weiter zollfrei ausgetauscht werden können.

Nach dem EU-Austritt kann das Vereinigte Königreich Freihandelsabkommen mit Nicht-EU-Mitgliedern unabhängig vereinbaren. Zunächst mussten die britischen Chancen als eher

May strebt ein **FREIHANDELSABKOMMEN** mit der EU an.

schlecht eingeschätzt werden, auf diesem Gebiet nennenswerte Resultate zu erzielen. So betonte der frühere US-amerikanische Präsident Barack Obama bei seinem kurz vor dem EU-Referendum erfolgten London-Besuch, er strebe ein Handelsabkommen mit der EU an; ein ausgeschiedenes Großbritannien könne mittelfristig nicht mit einem separaten US-amerikanisch-britischen Freihandelsabkommen rechnen. Ein knappes Dreivierteljahr später ist diese Sichtweise überholt. TTIP gilt heute als gescheitert und der neue US-amerikanische Präsident Donald Trump hat dem engen Verbündeten bereits vor seiner Amtseinführung ein bilaterales Handelsabkommen angeboten. Postwendend warnte Brüssel, mit den Beratungen nicht vor dem EU-Austritt zu starten.

„cold hard Brexit“

Ein „cold hard Brexit“ würde bedeuten, dass Großbritannien die EU ohne jegliche Regelung verlässt, weil beide Seiten die zweijährige Frist ohne Vertragser-

gebnis verstreichen lassen bzw. sich nicht auf eine Verlängerung des Verhandlungsprozesses einigen können. Als Ursache kommt in Betracht, dass die Einstimmigkeit im Europäischen Rat verfehlt wird. Spannungen und offener Streit mit Unterhändlern des Vereinigten Königreichs könnten der Auslöser dafür sein, dass die EU dem austrittswilligen Land keine oder kaum Zugeständnisse und keine Fristverlängerung über die vertraglich verankerten 24 Monate hinaus einräumen wird, was einen „cold hard Brexit“ zur Konsequenz hätte. Eine derartige Fahrlässigkeit käme einer Bankrotterklärung der EU gleich. Denn sie erlaubt bei der Ausarbeitung des aktuellen EUV erstmals eine Austrittsoption; danach scheint sie unfähig zu sein, eine solche in der Praxis umzusetzen.

Ausblick

In den acht Monaten nach dem EU-Referendum zeichnet sich ab, dass die befürchteten dramatischen ökonomischen Auswirkungen des Brexit-Entscheids ausgeblieben sind. „Trotzdem sollten Brüssel und London in den Verhandlungen nicht vergessen, wie wichtig eine florierende Wirtschaft für beide Seiten ist.“¹⁹ Großbritannien hat die EU, anders als Deutschland und Frankreich, nie als Friedensprojekt begriffen. Die traditionell andere Sichtweise auf die EU, die von Pragmatismus und ökonomischen Interessen geprägt ist, sollte bei den Austrittsgesprächen anerkannt werden. „Man muss faire Verhandlungen führen im Bewusstsein, dass Großbritannien ein strategischer Partner ist, der schon immer in einem Sonderverhältnis zu Kontinentaleuropa stand.“²⁰ ///

Die Austrittsverhandlungen sollten **FAIR** bleiben

mischen Interessen geprägt ist, sollte bei den Austrittsgesprächen anerkannt werden. „Man muss faire Verhandlungen führen im Bewusstsein, dass Großbritannien ein strategischer Partner ist, der schon immer in einem Sonderverhältnis zu Kontinentaleuropa stand.“²⁰ ///



/// **DR. ALICE NEUHÄUSER M.A.**
ist Politikwissenschaftlerin und lehrt an der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Münster.

Anmerkungen

- ¹ Art. 50 Abs. 2 EUV.
- ² Brexit. Gespräche sollen in 18 Monaten abgeschlossen sein, in: Wirtschaftswoche, 6.12.2016, http://www.wiwo.de/politik/europa/brexit-gespraech-sollen-in-18-monaten-abgeschlossen-sein/v_detail_tab/14941704, Stand: 2.1.2017.
- ³ Brexit trade deal could take 10 years, says UK's ambassador, 15.12.2016, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-38324146>, Stand: 2.1.2017.
- ⁴ Borger, Sebastian: 60 Milliarden Euro kostet der Brexit, in: Frankfurter Rundschau, 15.11.2016, <http://www.fr-online.de/brexit/grossbritannien-60-milliarden-euro-kostet-der-brexit,34340058,34940068.html>, Stand: 2.1.2017.
- ⁵ British Influence: EEA Briefing, 2016, <http://www.influencegroup.org.uk/eea>, Stand: 2.1.2017.
- ⁶ May, Theresa: Brexit Speech, London, 17.1.2017.
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Bolzen, Stefanie: Zentralbankchef lobt Vorteile der EU-Mitgliedschaft, in: Die Welt, 23.10.2015, S. 10.
- ⁹ Die Brexit-Strategie. Gut gerüstet? Was Unternehmen bei einem eventuellen EU-Austritt beachten sollten, in: International Business 2016, hrsg. von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, S. 5.
- ¹⁰ May: Brexit Speech.
- ¹¹ Teure Alternativen zur EU, in: Brexit, Digitalisierung, Grundeinkommen, in: iwd. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln 22/2016, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2.6.2016, S. 5.

- ¹² Sinn, Hans-Werner: Deutschland ist der größte Verlierer, in: Handelsblatt, 1.7.2016, S. 54-57, hier: S. 54.
- ¹³ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, in: Brexit, Digitalisierung, Grundeinkommen, S. 2.
- ¹⁴ May: Brexit Speech.
- ¹⁵ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, S. 2.
- ¹⁶ May: Brexit Speech.
- ¹⁷ Rosinenpickerei ist Wunschdenken, S. 2.
- ¹⁸ Die Brexit-Strategie, S. 5.
- ¹⁹ Dubbert, Mathias: Thema des Monats. Deutsche Exporte in Zeiten des Brexit, in: Brexitnews. Aktuelle Informationen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, hrsg. vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Newsletter November 2016, S. 2.
- ²⁰ Forstner, Christian: Politischer Bericht aus Brüssel, in: Berichte aus dem Ausland 12/2016, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, 29.6.2016, S. 6.

/// Der Untergang des Abendlandes?

BREXIT – EINE NOCH OFFENE FRAGE

PETER BILD /// 1918 erschien der erste Band von Oswald Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“. Hatte der Autor ein Jahrhundert zuvor mit seinen Aussagen etwa schon richtig gelegen? Die britische Volksentscheidung, die Europäische Union zu verlassen, und die Wahl von Donald Trump erwecken diesen Eindruck. Werden Historiker künftig 2016 als das Jahr des Untergangs des Abendlandes sehen oder – wie Spengler wirklich meinte – als ein Jahr, das einen schon längst begonnenen Untergang bestätigte?

Echt jetzt?

Weder die eine noch die andere Entwicklung wurde von den etablierten Meinungsforschern vorausgesagt. Nicht das Abendland, sondern die Meinungsforschung als ernst zu nehmende Wissenschaft ist daher zu betrauern. Die politischen Turbulenzen im noch United Kingdom, übertrumpft – over-Trumped – jenseits des Atlantiks, verwandeln politische Prognosen und Vorhersagen zu Gesellschaftsentwicklungen derzeit in Hellscherei. Nur auf William Shakespeare ist eben immer Verlass:

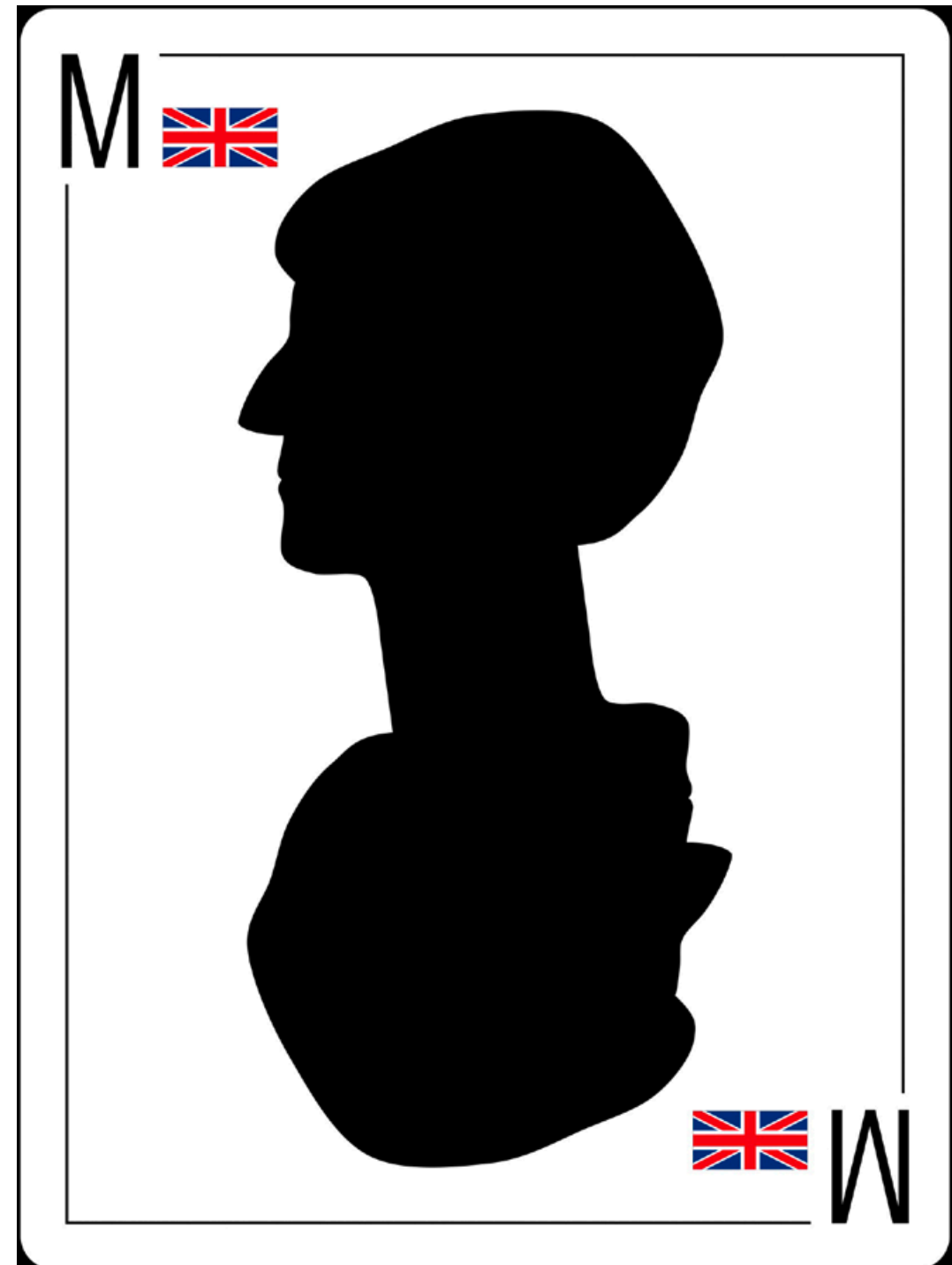
Wenn ihr durchschauen könnt
die Saat der Zeit
Und sagen: dies Korn sprosst
und jenes nicht
So sprecht zu mir [...]

so die Aufforderung von Macbeths engstem Freund an die Hexen, die ihn

mit rätselhaften Prophezeiungen zu seiner Zukunft verwirrt haben. Hätte Macbeth die drei als Berater beauftragt, hätten sie ihm weniger rätselhaft, aber falsch eine glorreiche Zukunft prophezeit. Ich vermute, die Hexen hätten das Sprossen der „Brexit-Saat“ genauso wenig vorausgesagt wie die heutigen Meinungsforscher.

In weniger als zwei Jahren wird entschieden, ob und zu welchen Bedingungen Großbritannien die EU verlässt. Wer darüber entscheidet – die Regierung, das Parlament, der britische Bürger – ist die

Die **MEINUNGSFORSCHUNG** lag beim Brexit völlig daneben.



... May-be or May-be-not. Welche Karte spielt Theresa May als nächste aus?

große Frage, mit der sich die britische Politik in diesen Wochen nun befasst.

Am späten Abend des 23. Juni 2016 gehen die Briten noch in die 50.000 Wahllokale, die für das EU-Referendum 15 Stunden und damit länger als die meisten Supermärkte geöffnet haben. Um 22.00 Uhr ist dann Schluss. Bis dahin haben sich 33.5 Millionen oder 72 % der Wahlberechtigten die Mühe gemacht, ein Wahllokal aufzusuchen. In Schulen, Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden, so wie in einigen ländlichen Bezirken in Privathäusern, Wohnwagen und sogar Kneipen, wird den Wählern ein sehr einfaches Formular ausgehändigt. Ein Stift, mit dem man sein Häkchen in einem der beiden Kästchen macht, ist vorhanden. Dann wirft man den Zettel in eine Wahlurne. Keine 30 Sekunden braucht man für das Verfahren, das die politische Zukunft von 65 Millionen Briten und insgesamt 500 Millionen EU-Bürgern bestimmen wird.

Bereits nach Mitternacht zeichnet sich der EU-AUSTRITT ab.

Um 22.00 Uhr sitze ich mit meiner Frau vor dem Fernseher. Es gibt keine Wählerbefragung und somit auch keine Prognosen. Von der Regierungsseite wird betont: Ganz gleich wie das Kopf-an-Kopf-Rennen ausgehen wird – David Cameron bleibt im Amt. An Rücktritt denke er nicht. Um kurz nach Mitternacht wird das Ergebnis von Newcastle-upon-Tyne bekannt gegeben. Es zeigt

eine Mehrheit für „Remain“, die aber mit 51 % viel knapper ausfällt, als für die nordöstliche Stadt vorausgesagt wurde. Bald darauf wird der Ausgang im naheliegenden Sunderland, wie Newcastle eine ehemalige Industrie- und Werftstadt im Nordosten von England, bekannt gegeben. Hier haben über 60 % für den Brexit gestimmt.

In New York, Sydney und Singapur sitzen derweilen die Devisenhändler vor den Bildschirmen. Trotz der späten Uhrzeit brennen die Lichter auch noch in London, Frankfurt und Paris – für den Fall des Falles. Der tritt erstmals mit Newcastle ein und das Pfund rutscht in wenigen Sekunden um 3 % ab. Mit dem Ergebnis von Sunderland wird klar: Das Unerwartete ist da. Die Händler verkaufen Pfund gegen Euro und Euro gegen Dollar. Um etwa 10 % wird die britische Währung im Laufe des Vormittags nach Schätzungen politisch neutraler Devisenmärkte fallen.

Diese beklopten „Brexitier“

Um zwanzig nach Acht morgens tritt David Cameron mit seiner Frau aus der Downing Street 10 vor die laufenden Fernsehkameras und kündigt live seinen Rücktritt an. Jeder britische Politiker kennt den Spruch „A week is a long time in politics.“ So orakelte einst Premierminister Harold Wilson, um zu verschleiern, dass er nicht wusste, wie die damalige Währungskrise und der internationale Druck auf den Sterling zu bewältigen seien. Und auch für seinen Nachfolger David Cameron war diese eine Nacht „a long time“.

Als „Beklopte, Spinner und verklopte Rassisten“ bezeichnete Cameron einst den UKIP-Gründer Nigel Farage und seine Anhänger. Aber sie sind nun mal die klaren Sieger des EU-Referen-

SKURILLE Typen in der Politik nehmen zu und gewinnen erst zu nehmenden Einfluss.

dums. Aus Berührungsängsten hatten die Politiker der großen Parteien, die für den EU-Austritt warben, Farage von der „Vote Leave“-Aktion ausgeschlossen. Zusätzlich zu dieser offiziell anerkannten Aktion mit ihrer in Bayern geborenen Vorsitzenden Gisela Stewart, kämpften für den Austritt noch die Bewegungen „Leave.EU“, „Grass roots Out“ (Go) und „Better Off Out“. Die Aufsplitterung der Brexiters – nachfolgend „Brexitier“ genannt – scheint sie eher gestärkt als geschwächt zu haben.

Über Jahre wurde UKIP-Chef Nigel Farage mal als wilder „Brexitier“, mal als unseriöser Clown abgeschrieben. 2016 hat sich die Vermutung, dass Politik als Zirkus zu verstehen ist, in der die Clowns eine ernst zu nehmende Hauptrolle spielen und den Ton bestimmen, nicht nur im Vereinigten Königreich verstärkt. Man denke nur an Beppe Grillo in Italien oder an Farages neuesten Freund, Donald Trump, der selber seine Präsidentschaftskampagne als „Brexit plus plus plus!“ bezeichnete und seinen Intimus Nigel höchstpersönlich zu seiner Amtseinführung einlud. Politik 2016: das Jahr der Clowns? Das Unwort des Jahres: post-truth, auf deutsch postfaktisch.

Wie war das nur möglich?

Als sozialliberaler Konservativer war Cameron für die Erzkonservativen seiner europamissrauschen Parteibasis

eine verdächtige Figur. Die Koalition, die er nach einer zweiten nicht gewonnenen Wahl mit den europaenthusiastischen Liberal Democrats eingehen musste, hatte ihn bei seiner ständig lauter werdenden Basis nicht beliebter gemacht. Aus Angst vor parteiinternen Abspaltungen und in der Erwartung, den Brexit-Flügel seiner Partei durch einen Sieg im Referendum mundtot machen zu können, vereinbarte David Cameron einige kleine Ausnahmeregelungen mit EU-Partnern, die gelten sollten, solange sich das Land für „Remain“ entscheide. Der selbstsichere Cameron hatte sich nicht zum ersten Mal politisch verschätzt und geriet in Konflikt mit dem Gesetz der unbeabsichtigten Folgen, mit denen nun seine Nachfolgerin fertig werden muss.

Wenige Wochen bevor sie das höchste Amt übernahm, hatte Theresa May als Innenministerin im Kabinett Cameron mit diesem und seinem Finanzminister George Osborne noch vor den grausamen Gefahren eines Brexit gewarnt. „Unsinn“ erwiderten redselige „Brexitier“ wie der jetzige Außenminister Boris Johnson. Es käme gar nicht so weit. Sie hinterließen erfolgreich den Eindruck, die EU-27 würden die Briten, auch wenn sie das Abo für den EU-Club kündigten, weiter als Gäste einladen und einen kostenlosen Zugang zum wichtigen Binnenmarkt gewähren. Autohersteller wie z. B. BMW würden ihre Behörden schon davon abhalten, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Voller Überzeugung wurde behauptet: „Die auf dem Kontinent brauchen uns mehr als wir sie.“

Ein Schreckgespenst namens Brüssel

Über die Einzelheiten und Folgen eines Brexit war die britische Öffentlichkeit

am Tag des Volksentscheids nicht aufgeklärter als Frau May in den Wochen danach. Die clever geführte Vote Leave-Aktion hatte es vermocht, mit Sprüchen wie „Let’s take back control“ den Eindruck zu erwecken, das Land könne, indem es die EU verlasse, endlich die „Migrationsflut“ eindämmen und die Kontrolle über seine Grenzen zurückgewin-

Die Briten wurden mit den Kampagnen der Austrittsbefürworter GETÄUSCHT.

nen, damit der Brite wieder Herr im eigenen Hause sei. Und man müsse sich vor den Brüsseler Eurokraten retten. Das britische Parlament solle britische Gesetze für britische Bürger machen und britische Gerichte in der Justiz anstatt des europäischen Gerichtshofs das Sagen haben. Nicht erwähnt wurde: Von den „zu vielen Ausländern“, wie manche es empfinden, wandert weniger als die Hälfte aus der EU ein. Und, wenn es zu viele waren, hätten Herr Cameron und seine Innenministerin Frau May schon seit längerem eine wirksamere Kontrolle über die Grenzen ausüben können.

Viele aber glaubten die an Lügen grenzenden Slogans, die den Leave-Kampagnenbus zierten und auch täglich im Fernsehen zu sehen waren: 350 Mill. Pfund pro Woche an Zahlungen nach Brüssel könne sich das Land ersparen und für den überforderten staatlichen Gesundheitsdienst (NHS) ausgeben. Betrachten wir hingegen die realen

Nettosummen, ergibt sich ein Betrag von 150 bis 200 Mill. Pfund, den man auch nicht hätte zweckbinden können. Nicht erwähnt wurden die, allerdings schwer quantifizierbaren Vorteile eines freien Zugangs zum enormen EU-Binnenmarkt, dessen Regeln man als Mitglied auch mitbestimmt. Wenn es keine Lügen der „Brexitiers“ waren, dann zumindest falsche Angaben oder Unter- und Auslassungen.

It’s NOT the economy, stupid!

Auch wenn viel mit Zahlen jongliert wurde, ging es nicht ums Geld und auch nicht um die Wirtschaft. In Sunderland, einer heruntergekommenen ehemaligen Werft- und Industriestadt, ist eine Fabrik von Nissan, die als eine der modernsten und produktivsten der Welt gilt, der große Arbeitgeber. Sie beliefert von Sunderland aus den ganzen europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig leidet die Stadt unter hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Maß an sozialem Elend. Vor dem Volksentscheid warnte die Firma, sie fürchte bei einem Brexit um ihren freien Zugang zum Binnenmarkt und müsse bei einem EU-Ausstieg ihre Investitionspolitik überdenken. Trotzdem stimmte die Stadt mit großer Mehrheit für den Ausstieg. Das Gefühl, in einer Welt zu leben, in der man nicht mehr mitspielt und nicht beachtet wird, führt zu Trotzreaktionen. „Brexit bedeutet Brexit“, so die süffisante Antwort von Premierministerin Theresa May auf die Frage, was sie darunter verstehe. Es hörte sich gut an, bedeutete aber wenig und diente, ähnlich wie bei Harold Wilson vor 50 Jahren, nur zur Ablenkung von derselben Wirklichkeit: Sie weiß nicht, was soll es bedeuten ... Jede Aussage von Kabinettsmitgliedern bezüglich eines harten Brexit übte weiteren Druck auf das Pfund aus.

„May-be“

Einmal in ihrem Amt als Premierministerin, versuchte Frau May zu vermitteln, sie könne einen Sonderstatus für das Vereinigte Königreich aushandeln. Das Land bleibe ein virtuelles Mitglied der EU mit Zugang zum Binnenmarkt für seine Güter und Dienstleistungen, werde weiter als Europas Finanzzentrum fungieren und dabei die Einwanderungsrechte von EU-Bürgern einschränken. Britannien wollte nicht nur gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzen, sondern dabei auch noch einen Scheidungsantrag einreichen – wahrhaftig ein Kunststück. „Britannia rules the waves“ versteht man. Aber „Britannia waives the rules“ – England missachtet die Vorschriften?

Der Ton blieb arrogant. Erst im Januar 2017 gab Theresa May in einer Rede vor EU-Botschaftern zu: Bei einer Kontrolle über die Landesgrenzen sei der Zugang zum Binnenmarkt und zur Zollunion ausgeschlossen. Das bedeutet eine Abkehr von der Vorstellung, die EU würde in puncto Freizügigkeit für EU-Bürger nachgeben. Bejubelt in der europafeindlichen Presse – „Theresa zeigt Europa Stärke!“ – erteilte sie eine Warnung an die 27: Führten Verhandlungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, sei „no deal better than a bad deal“. Man erwäge dann, die weltsechste, vor dem Volksentscheid noch weltfünfte,

Premierministerin MAY vermittelt England den Brexit als Scheidung ohne Trennung.

Volkswirtschaft mit seinen 65 Mill. Einwohnern in eine wettbewerbsstarke Offshore-Steuroase umzuwandeln.

Das Parlament

Der EU-Austritt sollte neben der Einschränkung der Zuwanderung auch die Hoheitsgewalt des britischen Parlaments sichern. Aber erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Mitte Januar 2017 hielt die Regierung davon ab, den Artikel 50 am eigenen Parlament vorbei zu verkünden. Für Frau May eine kleine Rüge, aber keine Niederlage. Eher eine beabsichtigte Stimmungsmache zu Gunsten der „Brexitiere“ und gegen die Richter, die die sehr einflussreiche Daily Mail als Feinde des Volkes bezeichnet hatte. Zwei Tage später brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der laut Brexit-Minister David Davis nach nur fünf Tagen Aussprache im Unterhaus verabschiedet werden sollte. Der Entwurf lautet: „Die Premierministerin darf die Absicht des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU, gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union bekannt geben.“ Text und Zeitplan waren bewusst knapp gehalten und sollten weder Stoff noch Zeit für Änderungsanträge oder eine sorgfältige Aussprache bieten. Der Wortlaut, aber nicht der Geist des Gerichtsurteils wurde respektiert, um die von der Premierministerin bestimmte Frist bis Ende März einhalten zu können. Im allerletzten Moment versprach May auf Drängen von Abgeordneten doch noch ein Weißbuch zu ihren Verhandlungszielen zu veröffentlichen, damit die Exekutive daran gemessen werden könne. Das „White Paper“ wurde veröffentlicht und den Abgeordneten erst nach Verabschiedung des Artikel-50-Gesetzes zugänglich gemacht. Den taktischen Sieg sehen viele Abgeordnete

– auch einige, die schweren Herzes mit „Ja“ zum Gesetzentwurf stimmten – als eine Verschmähung des Unterhauses, die im Laufe des Ausstiegsverfahrens zu einem echten parlamentarischen Widerstand führen könnte.

Das Parlament stimmt dem Austritt trotz vorhandener ZWEIFEL aus Respekt vor dem Volkswillen zu.

Mit Ausnahme bei der mit nur einem Sitz vertretenen UKIP stand der Brexit 2015 in keinem Parteiprogramm. In allen anderen Fraktionen sind die EU-Remainer in der überwiegenden Mehrzahl. Noch scheuten sie sich aber, mit wenigen Ausnahmen, das Verfahren zu blockieren, selbst diejenigen, die den Brexit für einen historischen Fehler hielten. Dies geschehe aus „Respekt vor der Volkstimme“. Sehr demokratisch. Eine große Rolle spielt auch die Furcht davor, in vielen Wahlkreisen bei der nächsten Wahl von der UKIP abgelöst oder vom Wahlkreiskomitee der Partei als Kandidat abgesägt zu werden.

Am 13. März 2017 verabschiedeten beide Häuser des Parlaments, Commons und Lords, endgültig den Artikel 50, nachdem zwei Änderungsanträge, die erstens EU-Bürgern ein automatisches Aufenthaltsrecht im United Kingdom und zweitens dem Parlament ein echtes und aussagekräftiges Abstimmungsrecht über das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen garantieren sollten, im zweiten Anlauf niederge-

stimmt worden waren. Bis zum 31. März oder 281 Tage nach der Liebes- und Klagenacht des Referendums – genau der Zeitraum einer normalen Schwangerschaft – sollte die Geburt des Brexitkinde verkündet werden, aber erst nach einem turbulenten Keimungsprozess und heftigen Wehen. Mal sehen, ob es ein gesundes Kind wird oder, wie viele befürchten, ein Monstrum, ein Ungeheuer, das zwei Jahre lang horrenden Schaden anrichten und sich dann als nicht lebensfähig erweisen wird.

Und nun?

Soweit die Vorgeschichte und die Lage im März 2017.

Das Mehrheitswahlssystem sorgt für ein fast statisches parteipolitisches Duopol. Kleinere Parteien werden dadurch stark diskriminiert und sind so in Westminster kaum mehr vertreten. Seit die Labour Party vor nicht ganz 100 Jahren die Liberalen im Unterhaus ersetzte, hat sich bis vor Kurzem fast nichts geändert. Das System verzerrt und erzeugt absolute Mehrheiten im Parlament für die eine oder andere Partei, so z. B. 2015 für die Konservativen mit nicht ganz 37 % der abgegebenen Stimmen. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 2010 eine Koalition unvermeidlich, auch wenn sie nur fünf Jahre dauerte.

Was meinen die Schotten?

Die Scottish National Party (SNP), die für die Unabhängigkeit Schottlands wirbt, destabilisiert das Duopol und könnte, wenn sie es konsequent und erfolgreich durchzieht, das Vereinigte Königreich damit ins Schwanken bringen. Obwohl eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit 2014 mit 55 % für den Verbleib im United Kingdom ausgegangen war, gewann die linksorientierte Partei

2015 bei den Parlamentswahlen über 50 % der Stimmen und 56 von 59 Wahlkreisen im ehemaligen Labour-Kernland. In der Arithmetik des laufenden Parlaments spielen ihre Abgeordneten die Oppositionsrolle mit, die früher in England, Wales und Schottland fast alleine die Labour Abgeordneten spielten, aber mit einem großen Unterschied: Das Brexit-Votum hemmt Labour, in England als Opposition zu wirken. Es stärkt die SNP. Nun droht sie, nach einem harten Brexit ein zweites Mal über die Unabhängigkeit abzustimmen, mit der Begründung, die Schotten würden gegen ihren Willen gezwungen – 62 % waren für Remain –, ihre EU-Bürgerschaft aufzugeben. Der Vertrag zur Vereinigung der englischen und schottischen Königreiche, der Act of Union, sollte verhindern, die alte katholische Allianz mit Frankreich (Auld Alliance) gegen ein protestantisches England wieder aufleben zu lassen. Ein Auflösen des seit 300 Jahren Vereinigten Königsreiches als Nachwirkung eines vorwiegend in England gewollten Brexit ist nicht wegzu-denken und kann auch vom Ton und Ausgang der bevorstehenden Brexitverhandlungen abhängen.

Harte Partie im Unterhaus

Die britische Politik wird durch eine extreme Parteinahme – einen Tribalismus – geprägt. Die vorwiegend privatfinanzier-

ten Parteien verstehen sich als Clans und benehmen sich dementsprechend. Man denke nur an die taktische Rangelei vor der Verkündung des Artikel 50. Themen wurden hier weniger nach Inhalt behandelt als nach der Gelegenheit, es einem feindseligen Clan heimzuzahlen.

Viele Zeitungen berichten über die Politik wie über den Sport. Beobachter des britischen Fußballs würden das dortige tägliche Geschäft im Unterhaus wiedererkennen und mit manchem Lokalderby vergleichen können. Vorne, auf den gegenüberliegenden Bänken, sitzen der Premierminister und die Oppositionsführer, flankiert jeweils von den Kabinettsmitgliedern und ihren Schatten. Angefeuert von ihren entsprechend den Sicherheitsvorschriften getrennten Anhängern beäugen sich die Mannschaftskapitäne und die Stürmerstars der beiden Seiten und versuchen, gegenseitig verbale Tore zu schießen. Jeder gelungene Schuss wird mit lautem Spott der Gegenseite gefeiert. Durch geschickte Vorlagen aus den Rängen, die vom Mannschaftskapitän politisch verwandelt werden, träumen ambitionierte Fans davon, nach vorne in die Mannschaft gerufen zu werden. Der Schlagabtausch erreicht seinen wöchentlichen Höhepunkt bei den „Prime Minister’s Questions“, bekannt dafür, dass ernsthafte Fragen weder gestellt noch beantwortet werden. Premierminister und Oppositionsführer versuchen, einander rhetorisch auszu-tricksen, um persönliche und parteipolitische Punkte zu sammeln. Das ist eine feurige halbe Stunde, welche die Gemüter erhitzt, aber wenig Licht in die Sache bringt. Gelegentlich muss sogar der Sprecher als Schiedsrichter eingreifen, um einen Hooligan vom Platz oder von den Rängen zu verweisen.

Der Brexit könnte noch die AUFLÖSUNG des Vereinigten Königreichs nach sich ziehen.

Europa und ich

Seit 30 Jahren leiden die Conservatives unter dem Gerangel zwischen der europäischen Mehrheit und einer verbohrtten Minderheit von Euroskeptikern. Drei Mitglieder von John Majors Kabinett verweigerten ihm eine Mehrheit zur Verabschiedung des Maastrichter Abkommens. „The bastards“, so nannte sie Premierminister Major, weil sie ihm das Leben so schwer machten. Der nächste mögliche Aufstand bei den Tories wäre in zwei Jahren von den Remainern gegen die „Brexitiere“ zu erwarten, wenn es darum geht, das Ergebnis der Verhandlungen zu beurteilen.

Nun ist auch Labour, der zweite Teil des traditionellen Duopols, dran. Widersprüche und brutale Realitäten drohen die grundsätzlich EU-freundliche Labour Partei und deren Fraktion auseinanderzureißen. Es ist nicht vorauszusehen, wie und ob sie damit fertig werden. Fast täglich entstehen Konflikte zwischen den mehrheitlich sozialdemokratisch-orientierten Abgeordneten und den linken Parteiaktivisten. Letztere wählten 2015 und erneut 2016 den linkssozialistischen Jeremy Corbyn zum Partei- und Fraktionschef. Für viele in der Fraktion ist das ein parteiinterner Putsch, der die Partei unwählbar macht. Zum Thema Brexit geraten auch Labour Abgeordnete individuell in große Gewissenskonflikte. Einerseits betrachten

sie den Ausstieg als riesigen Fehler, andererseits wollen sie das demokratische Votum des Volksentscheids respektieren. Trotz strikter Anweisung von Fraktionschef Corbyn widersetzen sich bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs 47 von 220 Labour Parlamentariern dem Fraktionszwang. Manche konnten die Entscheidung damit begründen, dass sie die demokratischen Wünsche der Wähler im eigenen Wahlkreis respektieren würden. Anweisungen von Jeremy Corbyn wirken auch wenig glaubwürdig. Er ist weniger für seine Führungsqualitäten bekannt als dafür, dass er als Hinterbänkler in 30 Jahren bei 500 Abstimmungen lieber sein Gewissen als den Fraktionszwang beachtete. Zurzeit ist Labour als Regierungspartei schwer vorstellbar, denn sie ist unfähig, ihrer Rolle als parlamentarische Opposition nachzukommen.

Europa und die Gesellschaft

Ein harter Brexit wäre mit der deutschen Wende zu vergleichen, nur die Richtung ist eine andere. Willy Brandt hätte kommentiert: „Es wächst auseinander, was zusammen gehört.“ Die EU-Frage hat die Politik und ihre Strukturen in Bewegung gebracht. Das alte Gefälle Links-Rechts/Labour-Conservative entspricht weder aktuellen Gesellschaftsstrukturen noch der allwichtigsten Trennlinie, nämlich parteienübergreifend pro oder contra den Brexit. Dies könnte den Weg in eine neue parlamentarische Zukunft weisen. Landesweit werden EU-freundliche Bürger – das sind immerhin 48 % aller Wähler – durch die winzige Liberal Democrat Fraktion vertreten, im absurden Westminster-Theater mit läppischen 9 von 650 Sitzen. Wie die Natur verabscheut die Politik jegliches Vakuum. Bei einem repräsentativeren Wahlsystem

würde eine zentralistische EU-Fraktion, vielleicht die größte im Unterhaus, dieses Vakuum füllen. Das würde einen Machtverlust für Labour und Conservative und ein Zerbröckeln des herkömmlichen Tribalismus bedeuten.

Der Brexit **SPALTET** die englische Gesellschaft.

Dass der Brexit die Gesellschaft spaltet, sagt wenig aus. Dies tut die Politik. Der Brexit hat eine völlig andere Qualität. Die enttäuschte Hälfte der Bevölkerung kann sich nach jeder Wahl wie beim Fußball so trösten: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel, nach der Wahl ist vor der Wahl. Beim Brexit – Ja oder Nein – fehlt dieser Trost. Ein Mal könnte das Verfahren eventuell wiederholt werden, aber nicht alle vier oder fünf Jahre. Es stört wenig, wenn ein Nachbar seine Stimme für eine andere Partei abgegeben hat. Aber wie bleibt man mit einem noch so netten Nachbarn befreundet, der eventuell zur EU-Ausbürgerung beigetragen hat? Das Thema erzeugt in der britischen Gesellschaft seltene Leidenschaften. Der Groll der Remainers wird viele Jahre anhalten, ganz gleich wie die bisher unbekanntten Nachwirkungen aussehen mögen. Der Groll der „Brexitiere“, falls der Austritt nicht stattfinden sollte, wäre kaum zu beschreiben. Die britische Gesellschaft erleidet tiefe Wunden, die auch in 10 oder 20 Jahren noch schmerzhaft sein werden.

Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird

Der englischen Sprache fehlt zwar dieser schöne deutsche Spruch, aber auch auf der Insel wird politisch nicht immer so heiß gegessen, wie gekocht wird. Ein warmes English Breakfast oder ein harter, schwerverdaulicher English Brexit? Was schmeckt den Briten besser, wenn sie ein zweites Mal von der politischen Speisekarte wählen dürften? Ein Unterschied: Beim zweiten Ma(h)l müssten die politischen Inhaltstoffe und ökonomischen Zutaten des angebotenen Brexit-Gerichts in allen Einzelheiten aufgeschrieben werden. Herunterschlucken oder ausspucken? Statt Brexit ein gekochtes Breakfast, aber bitte mit englischen Sausages, die fast mehr Brot als Fleisch beinhalten. Ein Weißwurstfrühstück stünde aber nicht zur Wahl.

Noch genießt die Regierung eine Schonfrist. Noch wird nicht verhandelt. Noch sind keine internationalen Firmen wegen des Brexit abgewandert. Bis Ende 2018 könnten die Atmosphäre und Rahmenbedingungen aber anders aussehen. Bis dahin dürften die vielleicht sehr mageren Inhalte eines ausgehandelten Brexit-Abkommens bekannt sein. Und wenn sie zu mager sind? Politiker der May-Regierung spielen Überlegungen, man könne binnen zwei Jahre den angekündigten Austritt rückgängig machen, herunter. Remainer, die das erhoffen, werden als „Remoaner“ (Nörgler) oder als „Remaniacs“ (Irre) belächelt und als elitäre Vertreter einer metro- und kosmopolitischen Gruppe beschimpft, die sich mit dem Wunsch des Volkes, die EU zu verlassen, nicht abfinden wollen oder können.

Ich wiederhole: Noch wissen wir nicht, wer die Wahl treffen wird. Mit einem kaum informierten Volk hat das

Innerparteilich herrschen KONFLIKTE bezüglich Europa.



Brexit: Alles „nur“ geträumt oder passiert das wirklich?

Ganze begonnen. Mit einem besser informierten Volk sollte es abgeschlossen werden.

The future's not ours to see

Auch zwei Jahre sind „a long time in politics“. Aber angenommen, der Brexit wird Wirklichkeit: In welchem Fach ist der Experte zu finden, der Fragen zu seinen Auswirkungen beantworten kann? Für die Gesellschaft sind Soziologen zuständig, für die Politik Politologen und für die Wirtschaft Wirtschaftler. Der Brexit ist mit so vielen bekannten und unbekanntem Unbekanntem belastet – die „unknown unknowns“ von Donald Rumsfeld –, so dass sich die Wissenschaftler dem Thema nur in endlosen Thesen und noch längeren Antithesen

zuwenden. Was aber fehlt, ist eine knappe Synthese.

Ich würde dazu gerne einen Wirtschaftler befragen, aber ein Freund erzählte mir, warum der US-Präsident Harry Truman sich einst nach einem einarmigen Volkswirt sehnte. Er bekam von seinen Wirtschaftsberatern nie eindeutige Antworten auf seine Fragen: „On the one hand ... and on the other hand ...“ Damals gab es von fünf Weisen zehn Szenarien, heute fünfzehn. Denn in der Zwischenzeit hat der Homo Economicus im Zuge der Evolution eine dritte Hand erworben, die dem Wirtschafts(un)wissenschaftler nun als Rückendeckung dient!

Gelehrte gleich welchen Fachs, seien sie mit akademischen Titeln noch so be-

laden, sehen nicht heller als Shakespeares Hexen. Sie fragen berechtigterweise: Wie findet der Brexit statt: einvernehmlich oder nach einem langem streitigen Scheidungsverfahren, mit oder ohne Vereinbarungen zu Zahlungsverpflichtungen und zu dem künftigen Verhältnis der ehemaligen Partner? Eines steht jedoch fest: Sie werden auch nach der Trennung lebenslanglich Nachbarn bleiben, die sich beim Einkaufen häufig begegnen.

nEUrotischer Albtraum

Ein weiterer Kollege empfiehlt mir nach einem beunruhigenden Traum einen Psychiater. Der Traum geht so: eine Kreuzfahrt – die soll aus alten Feinden Freunde machen. Das Gewässer wird stürmisch und das Schiff schaukelt von Seite zu Seite. Die Schiffskapelle aber musiziert weiter. Einige Passagiere werden leicht seekrank und fragen: „Ist das Schiff denn auch seetüchtig? Wurde es solide gebaut? Wie fähig ist die vielsprachige Besatzung in einer Krise?“ Kritiker äußern ihre Zweifel an dem fröhlichen Kapitän. Dieser lässt nämlich die Deckstühle neu aufstellen und leichte Stresstests durchführen. Die Schiffskapelle spielt derweilen Beethovens Neunte. Passagiere rangeln sich um Kabinen. Ein Herr Farrago – der Name bedeutet Durcheinander – schimpft lauthals, seine Landsleute würden für ihre Außenkabinen zu viel bezahlen. Er verlangt eine Rückerstattung und warnt auch vor einem unbenannten und versunkenen Felsen im Ärmelkanal. Das Schiffskommando solle das Ruder um 180 Grad herumreißen, damit er von Bord gehen könne. Aber der Schiffschor singt gerade die „Ode an die Freude“. Und so werden auch die Kratzgeräusche unter dem Schiffsboden überhört.

Der Brexit **MUSS** geregelt werden.

Der Chor singt: „O Freunde nicht diese Töne ...“.

Aus dem Schiffstagebuch vom 24. Juni 2016: „Strandung auf einem unbenannten Felsen. Die Schäden sind zu begutachten Das große Schiff Europa kommt langsam vom Felsen – inzwischen Brexit genannt – weg. Wasser strömt durch das Leck im Schiffsboden ein. Selbstgerechte ‚Brexitierer‘ sehen sich bestätigt: Wir wollten schon länger das Schiff verlassen. „Brexi-Ratten“ wollen sich durch den kleinen Riss retten und nagen an ihm, bis sie durchschlüpfen können. Die meisten ertrinken im Sog des nun sinkenden Wracks. Passagiere und Besatzung steigen in die von Banken gesponserten Rettungsboote. Den Ratten wird der Zugang verwehrt. Die Boote liegen immer tiefer im Wasser. Wellen spülen über die Seiten rein ...“

Ich werde wach. Albtraum oder Wirklichkeit? Auch der Psychiater weiß es nicht. ///



/// PETER BILD

war langjähriger Korrespondent britischer Zeitungen und lebt jetzt in London.

/// Die aktuelle Bedrohungslage in Deutschland

ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

ALEXANDER STRASSNER /// ist Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg. Seit Jahren beschäftigt er sich in seiner Forschung mit Fragestellungen der politischen Extremismus- und Terrorismusforschung. Nach Paris, Brüssel und Nizza ist der islamistische Terrorismus mit dem Anschlag in Berlin im Dezember 2016 endgültig in Deutschland angekommen und beherrscht die Debatte um die aktuelle Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus und die innere Sicherheit.

Politische Studien: Der sog. „Islamische Staat“ (IS) hat sich innerhalb kürzester Zeit zum Anschlag in Berlin bekannt. Nach Paris, Brüssel und Nizza ist nun auch in Deutschland ein islamistisch motivierter Terroranschlag durchgeführt worden, der mehrere Todesopfer forderte. Europa und Deutschland sind schon seit längerem im Fadenkreuz des IS. Allerdings scheint es, dass die Häufigkeit und Intensität von Anschlägen zuletzt zugenommen hat. Gleichzeitig kann die breite internationale Koalition gegen den IS, der u. a. auch Deutschland angehört, beträchtliche militärische Erfolge gegen den IS in Syrien und im Irak verbuchen. Wie beurteilen Sie die Lage des IS in Syrien und im Irak? Wie wirkt sich dies auf die Bedrohungslage in Europa aus?

Alexander Straßner: Im Irak und in Syrien ist der sogenannte „Islamische Staat“ seit einem guten Jahr in der Defensive. Das bezieht sich auf die militärische Auseinandersetzung mit der Internationalen Koalition in Syrien und die Offensive der irakischen Armee im Nachbarland. Der IS hat mindestens ein Drittel seines Territoriums eingebüßt, darunter so wichtige Städte wie Falludscha und in den nächsten Wochen und Monaten wohl auch Mossul, die zweitgrößte Stadt des Irak. Dies sind jedoch eher strategische militärische Niederlagen. Viel schwerer wiegen der Entzug der finanziellen Basis, die für Aktionen im Westen nicht unwichtig ist, und symbolische Misserfolge. Das Online-Magazin „Dabiq“ des IS wurde nach dem prognosti-



Was bewegt einen Menschen zu so einer radikalen Tat wie den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016? Und wo muss und kann man ansetzen, um diese Radikalisierung zukünftig gar nicht erst aufkommen zu lassen?

zierten Ort der Entscheidungsschlacht der muslimischen Armeen gegen die Ungläubigen benannt. Da der IS auch diesen Ort räumen musste, wurde das wichtigste Publikationsorgan der Organisation in „Rumiya“ umbenannt. Die langfristige Erfolglosigkeit des IS-Herrschaftsmodells zeigt sich aber vor allem am Verhalten der Bevölkerung in den befreiten Gebieten. Sofort werden die rigiden Regeln des IS-Alltags abgestreift

und das Ende der Unterjochung gefeiert. Dass vor allem auch sunnitische Verbände am Kampf gegen den IS beteiligt sind, spricht Bände bezüglich der Verankerung der Organisation, die vor allem auf Herrschaftswissen und Repression beruht.

Die Auswirkungen auf den Westen sind unklar, und prinzipiell denkbar

„ Im Irak und in Syrien ist der sogenannte „Islamische Staat“ seit einem guten Jahr in der **DEFENSIVE**.

sind zwei Stoßrichtungen: einerseits die rasche Abnahme der Bedrohung durch westliche Dschihadisten infolge der militärischen Niederlage des IS, der seinen Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren und dessen Expansionsdrang auch kommunikativ Grenzen gefunden hat. Andererseits aber ist durch die Ausbreitung des Krieges auf die westlichen Gesellschaften auch eine Intensivierung denkbar, aus Rache für die Niederwerfung des Kalifats.

In den letzten Monaten war tatsächlich eine Intensivierung der Aktivitäten zu beobachten, aber allesamt auf einem niedrigen Gewaltniveau und begangen von ideologisch keineswegs sattelfesten Individuen. Der IS nimmt hier anscheinend alles, was er kriegen kann. Jede Aktion ist besser als keine Aktion. Das würde ich in jedem Falle als Akt der Schwäche interpretieren, die auch den entsprechenden Subkulturen die Augen öffnet. Insofern glaube ich, dass analog zum Niedergang des IS in seinen Stammländern uns auch die Anschläge zurückgekehrter oder hier radikalisierte Islamisten noch eine Zeit lang begleiten werden. Es dürfte sich aber langfristig nur um ein Strohfeuer handeln. Die erhebliche Anziehungskraft schichtenübergreifend war ja nicht zuletzt auch das Gefühl, an etwas Neuem produktiv mitzuarbeiten. Sich ohne Aussicht auf ein Kalifat oder einen zukünftigen Er-

folg sinnlos zu opfern, dürfte aber keine so große Integrationskraft mehr entfalten, wie in den letzten Jahren. Die tiefer liegenden Ursachen für die Radikalisierung von Individuen sind damit jedoch nicht beseitigt und werden sich andere Kanäle suchen.

Politische Studien: Anis Amri war den Behörden bekannt und wurde als sog. „Gefährder“ eingestuft. Was versteht man darunter? Wie beurteilen Sie das Risiko für Deutschland?

Alexander Straßner: Der Begriff des „Gefährders“ entstammt den Landespolizeibehörden, allen voran den Landeskriminalämtern, und ist gesetzlich nicht fixiert. Wenn Sie so wollen, ist es ein Arbeitsbegriff. Unter seiner Rubrik werden seit 2004 Menschen zusammengefasst, bei welchen zwar kein konkreter Hinweis auf eine Straftat vorliegt, bei denen aber mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass sie „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ begehen werden. Da es sich also rechtlich eigentlich um Unschuldige handelt, stand der Begriff teilweise unter erheblicher Kritik. Seit 2007 wurde er einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, vor allem in der Auseinandersetzung mit der islamistischen Szene in Deutschland. Derzeit führen Bund und Länder 760 Ermittlungsverfahren gegen mehr als 1.000 Terrorverdächtige aus dem islamistischen Spektrum.

INFORMATION:

Laut Bundeskriminalamt werden derzeit ca. 570 Personen in Deutschland als „Gefährder“ eingestuft, 360 weitere als „relevante Personen“, die u. a. in der islamistischen Szene Unterstützungsarbeit leisten.¹ Hinsichtlich der Ausreisearchivitäten geht das Bundesamt für Verfassungsschutz von ca. 910 Personen aus Deutschland aus, die nach Syrien bzw. in den Irak gereist sind, um sich dem IS oder anderen terroristischen Gruppierungen anzuschließen. Ca. 140 Personen sollen nach Behördenangaben dort ums Leben gekommen sein, ein Drittel der Ausreisenden befindet sich wieder in Deutschland.²

Für die Behörden erfolgt die Unterteilung der „Gefährder“ in acht Gefahrenstufen, wobei eine „1“ einen unmittelbar bevorstehenden Angriff impliziert, während die 8 einen Anschlag ausschließt. Die Nützlichkeit des Terminus ist umstritten. Mehrere kleinere Anschläge (Würzburg, Ansbach) wurden von Menschen begangen, die überhaupt nicht als Gefährder eingestuft waren, Amri selbst rangierte auf einer soliden „5“. Die Kenntnisse der Behörden sind naturgemäß begrenzt. Um den relevanten Personen deutlich zu machen, dass sie beobachtet werden, existiert das Mittel der „Gefährderansprache“. Auch hier hat sich nur bedingt Erfolg eingestellt. Mehrere Mitglieder der islamistischen Szene sind nach entsprechenden Kontaktaufnahmen der Behörden sofort untergetaucht.

Das Risiko einzuschätzen ist schwierig. Es geht ja nicht nur um die Rückkehrer aus den Kampfgebieten, sondern auch um Dschihadisten aus anderen europäischen Staaten oder Nordafrika. Ich

warne jedoch vor Alarmismus. Bezugnehmend auf extremistische Personengruppen aus dem links- oder rechtsextremen Umfeld etwa ist die Zahl hoch, will man unter ihnen gewaltbereite oder potenzielle Terroristen verstehen. Das Risiko, in Deutschland Opfer eines terroristischen Angriffs zu werden, ist aber insgesamt sehr gering, zumindest was die Statistik betrifft. Durch die mediale Präsenz wird dem Thema aber eine viel größere Verbreitung zuteil als es angesichts der faktischen Bedrohungslage sein müsste. Etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit Terrorismus täte uns allen gut.

Politische Studien: Neben den sich aktuell in Deutschland befindlichen Gefährdern sind den deutschen Sicherheitsbehörden derzeit ca. 900 Fälle bekannt, in denen deutsche Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland nach Syrien oder in den Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS oder anderen terroristischen Organisationen zu kämpfen bzw. nach einer „Ausbildungszeit“ wieder nach Europa und Deutschland zurückzukehren. Angesichts des nicht zu unterschätzenden Anteils von Konvertiten scheinen Radikalisierungsprozesse über religiöse und herkunftsbezogene Hintergründe hinauszu- gehen. Wie erfolgt die Radikalisierung von Individuen bzw. welche Faktoren tragen dazu bei?

Alexander Straßner: Seit mehreren Monaten steht das Problem der Radikalisierung sowohl bei den Behörden als auch in der Wissenschaft ganz oben auf der Agenda. Relativ früh in der Auseinandersetzung mit dem Thema wurde deutlich, dass Radikalisierungstheorien aus den 60er-Jahren der kriminologischen Forschung durchaus noch Gültigkeit besitzen. Als Quintessenz lässt sich her-



Die Nützlichkeit und der Terminus „Gefährder“ sind **UMSTRITTEN**.



Die **MOTIVE** zum Beitritt dschihadistischer Organisationen unterscheiden sich kaum von denen zu anderen extremistischen oder terroristischen Gruppe.

auslesen, dass die Motive zum Beitritt dschihadistischer Organisationen nicht großartig von denen abweichen, sich anderen extremistischen oder terroristischen Gruppen anzuschließen oder etwa Amok zu laufen. Stets geht es über inhaltliche Motive hinaus um Gruppenzugehörigkeit, Aufwertung des Selbstbewusstseins, jahrelange Isolation und Exklusion. Das ernüchternde Fazit der Jugendforschung lautet daher: Es braucht nur ein entsprechend disponiertes Individuum. Danach ist es relativ unwägbar und nicht prognostizierbar, welcher Weg devianten Verhaltens eingeschlagen wird. Es kommt nur darauf an, welcher Extremismus zuerst Zugriff auf das Individuum bekommt.

Auf der anderen Seite aber zeigen sich so vielfältige Radikalisierungswege, dass kaum vereinheitlichende Theorien geschaffen werden können. Eine nicht intakte Kernfamilie, problematische Peer-Groups und schwache Integration in Vereine oder Verbände, dazu radikalisierte Akteure im Umfeld, z. B. salafistische Prediger, scheinen aber eine gewisse Rolle zu spielen. Danach aber enden die Gemeinsamkeiten: Der Radikalisierungszeitraum differiert zwischen mehreren Jahren und wenigen Stunden („Schlafzimmerdschihadis-

mus“). Soziostrukturell lassen sich kaum Gemeinsamkeiten ausmachen. Dazu gesellt sich die vollkommen differente Wahl der Mittel und Motive. Nicht zuletzt deshalb haben sich nach wenigen Jahren der Forschung viele Wissenschaftler wieder resignierend von den Radikalisierungstheorien verabschiedet. Die Realtypen streuen zu stark, als dass sich vereinheitlichende Erkenntnisse ableiten ließen: In Deutschland sind es hauptsächlich ausgegrenzte und bildungsferne Schichten, in Großbritannien und Belgien sowie den Niederlanden durchaus auch statushöhere und besonders gebildete Schichten, nicht zuletzt unter den Frauen, die sich dem IS angeschlossen haben. Auch was die Motive betrifft, treten hier Aspekte hervor, die nicht gefallen wollen: Bei Frauen neben Solidarität oftmals sexuelle Unterwerfung, ebenso wie idealistische Motive, als Ärztin oder Krankenschwester am Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuwirken. Hier idealtypische, generalisierbare Erkenntnisse abzuleiten, ist ausgesprochen schwierig.

Insofern ist man gezwungen, sich wieder auf das klassische Einmaleins der soziologischen Forschung zu besinnen: Jeder Mensch verbindet mit seinem Handeln – immer davon ausgehend, dass er ist nicht wahnsinnig ist, und das sind Terroristen nie – einen spezifischen Sinn. Dieser mag anderen Menschen

unzugänglich erscheinen, ist für das Individuum aber strikt zweckrational.

Als kleinster gemeinsamer Nenner aber lassen sich meines Erachtens vier Idealtypen herauslesen. Das erste idealtypische Motiv ist Rache. Die Jahrhunderte andauernde Unterdrückung der muslimischen Gesellschaften wird als historisch ungerecht angesehen, da diese in einer perzipierten Blütezeit (Kalifat von Bagdad oder Cordoba) über künstlerische, philosophische, architektonische und wissenschaftliche Erkenntnisse verfügten, die dem Westen zu diesem Zeitpunkt nicht zugänglich waren. Erst die von Max Weber diagnostizierte „Entzauberung der Welt“, die Hinausklärung Gottes aus der realen Welt, die Unterwerfung aller Bereiche des öffentlichen Lebens unter ein Nutzenmaximierungs- und Effizienzkriterium führte innerhalb weniger Jahrhunderte zu einer völlig umgepolten internationalen Ordnung, in welcher der Westen als dominanter Akteur in Erscheinung trat. Von vielen mehr oder minder gläubigen Muslimen werden die zentralen Werte der Aufklärung (Laizismus, Individualität etc.) als Degeneration und Beliebigkeit erlebt und abgelehnt. Vor allem die Globalisierung als Versuch, diesen Werten als Voraussetzung für Stabilität, Demokratie und Marktwirtschaft weltweit Geltung zu verschaffen, wird als Fremdbestimmung empfunden, was den Weg in den fundamentalistischen Islam logisch erklärbar macht. Diese Form des

Krieges durch den Westen kann nur mit Gewalt beantwortet werden.

Das zweite Motiv liegt in der individuellen Wahrnehmung begründet und ist unabhängig von religiösen Aspekten. Das Individuum erfährt in der extremistischen Ideologie Status und Identität. Was westliche Gesellschaften betrifft, können hier mangelhaft sozialisierte Individuen Pluralismus auch als Bedrohung empfinden oder als fehlende Orientierungshilfe über „richtige“ und „wahre“ Werte. Insofern bietet die dschihadistische Ideologie zunächst einmal eine politische Heimat, da sie die politische Welt in „richtig“ und „falsch“ unterteilt. Für das Individuum bedeutet dies die Zuweisung eines politischen Ortes und einer Identität, von denen aus alle anderen Entwürfe fehlerhaft sind. Damit ist immer eine Aufwertung des Einzelnen verbunden, und es versteht sich, dass besonders sozial Isolierte, vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzte, auf der Suche nach Sinn, hier rasch attraktive Komponenten finden. Vor allem bietet die dschihadistische Gruppierung Aufstiegsmöglichkeiten, die in westlichen Gesellschaften niemals existiert hätten. Menschen ohne politische Orientierung wie Denis Cuspert konnten so in der Hierarchie des IS rasch aufsteigen, weil sie sinnbildlich für viele, in westlichen Gesellschaften mangelhaft Integrierte standen und als Vorbild fun-



Aus den Verlierern im Westen wurden die **MULTIPLIKATOREN** des Dschihad.

gieren sollten. Aus den Verlierern im Westen wurden die Multiplikatoren des Dschihad.

Das dritte Motiv ist Abenteuerlust. Westliche Gesellschaften sind medial vollständig reizüberflutet. Zahlreiche Jugendliche zeigen sich ziellos und stets auf der Suche nach dem nächsten „Kick“. Wer in einer individualisierten, ja atomisierten Massengesellschaft herausragen und Gesprächsgegenstand sein will, muss möglichst deviantes Verhalten an den Tag legen. Die im Augenblick „angesagte“ Betätigungsform ist daher nicht selten das Spiel mit dem Feuer „Dschihadismus“. Nur so ist es erklärbar, dass sich in Österreich 15-Jährige bereitfinden, Anschläge auf Bahnhöfe anzudrohen oder durchzuführen, oder dass in den Niederlanden und Belgien 13- und 14-Jährige mit und ohne Wissen ihrer Eltern und der Behörden einen dschihadistischen Sommer im Nahen Osten verbringen und zum ersten Schultag wieder in ihren Klassenzimmern sitzen. In einer extremen Spielart sind es die Abenteurer, die im „Islamischen Staat“ ums Leben kommen. Unter den ausländischen, besonders unter den westlichen Dschihadisten ist der Anteil an Selbstmordattentätern am größten. Lange, materialintensive Offensiven wie gegen die syrisch-türkische Grenzstadt Kobane, wären

ohne eine Flut an Selbstmordattentätern gar nicht denkbar gewesen.

Politische Studien: Wo können Staat und Gesellschaft ansetzen, um diesen Radikalisierungsprozessen frühzeitig entgegenzuwirken?

Alexander Straßner: Selbstverständlich sind in freien Gesellschaften die Möglichkeiten des Staates, Einfluss auf primäre Sozialisationsphasen zu nehmen, begrenzt. Die Schaffung intakter Familienstrukturen entzieht sich dem Zugriff des Staates. Die Faustregel lautet, dass ein Zusammenwirken von natürlichem Familienleben, geregelte Integration in Freundes- und Vereinskreise sowie der Kontakt zu gemäßigten Imamen erfolgversprechend ist, was die islamistische Szene betrifft. Die geschaffenen Zentren zur Deradikalisierung zeigen sich gemischt erfolgreich und können zumindest für Angehörige und Freunde eine Anlaufstelle sein, um rasch über das Abgleiten in die fundamentalistische Szene informiert zu werden. Aber auch hier zeigt sich angesichts des teilweise rasanten Tempos der Radikalisierung nur begrenzt Erfolgspotenzial.

Vielleicht muss daher auch ein unorthodoxer Weg eingeschlagen werden. Staat und Gesellschaft können dem Problem nur gemeinsam begegnen. Es heißt, die Augen zu öffnen für die Probleme von Ausgegrenzten und Minderheiten, die ökonomisch und sozial keinen Anschluss mehr finden. Das bedeu-



Es heißt, die Augen öffnen für die **PROBLEME** von Ausgegrenzten und Minderheiten, die ökonomisch und sozial keinen Anschluss mehr finden.



In **FREIEN** Gesellschaften können sich Individuen dazu entscheiden, ihre Freiheit zu nutzen, um anderen zu schaden.

tet auch tatsächliche Integrationsleistung und ist freilich anstrengend und arbeitsintensiv, aber niemand hat gesagt, dass es im Handumdrehen gehen wird. Von staatlicher Seite wäre besonders die Nutzung von Rückkehrern eine probate Option. Die Gründe für die Desillusionierung von Heimkehrern deutlich zu machen und sie für die politische Bildungsarbeit bzw. Deradikalisierungsprozesse zu nutzen, sind Möglichkeiten. Informationen aus erster Hand können den Hochglanzbroschüren des IS solide Argumente bezüglich der Tristesse und Unterdrückung im real existierenden „Islamischen Staat“ entgegenhalten. Der entsprechenden Glorifizierung wäre damit der Nährboden zumindest teilweise entzogen. Insgesamt müssen wir uns aber die unbequeme Frage stellen, ob die Zahl an potenziellen Terroristen nicht auch etwas über die mangelhafte Integrationskraft unserer Gesellschaften aussagt.

Politische Studien: Aufgrund der jüngsten Anschläge in Europa und Deutschland hat die Angst der deutschen Bevölkerung vor Terrorismus deutlich zugenommen. Zudem hat der Fall Anis Amri Schwachstellen in der Terrorismusbekämpfung der nationalen und internationalen Sicherheitsbehörden offengelegt. Wie beurteilen Sie die Arbeit der Sicherheitsbehörden und wo bestehen Ihrer Meinung nach noch Verbesserungsmöglichkeiten?

Alexander Straßner: Diese Schwachstellen sind einerseits notwendige Defekte in einer offenen Gesellschaft, andererseits der Preis unserer Art des Zusammenlebens. In freien Gesellschaften können sich Individuen dazu entscheiden, ihre Freiheit zu nutzen, um anderen zu schaden. Dies vollständig zu vermeiden hieße, in nicht-freien Gesellschaften mit totaler Überwachung, vorbeugendem Gewahrsam und unter permanenter Kontrolle zu leben. Ulrich Beck hat bereits Mitte der 80er-Jahre darauf hingewiesen, dass wir in „Risikogesellschaften“ leben, in denen mit dem steigenden Grad an technischer Abhängigkeit und Differenzierung auch das Risiko steigt, persönlich Schaden zu leiden. Nur handelt es sich bei Terrorismus im Gegensatz zu Rauchen, Alkoholkonsum oder Autofahren um ein gesellschaftlich nicht akzeptiertes Risiko. Will heißen: Wir haben gemischte Gefühle, wenn wir uns in die U-Bahn oder auf einen belebten Platz begeben, steigen aber sorgenfrei ins Auto. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, bei einer Spritztour ums Leben zu kommen, signifikant höher, als Opfer einer terroristischen Attacke zu werden. Angst ist daher in jeglicher Hinsicht ein schlechter Ratgeber, zumal Terroristen noch nie die Überwindung einer Demokratie gelun-

INFORMATION:

Aus einer repräsentativen Umfrage der R+V-Versicherung („Die Ängste der Deutschen 2016“) geht hervor, dass die Angst der deutschen Bevölkerung vor Terrorismus und politischem Extremismus im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen hat: Demnach stellt die Angst vor terroristischen Anschlägen mit 73 % (Steigerung um 21 % im Vergleich zu 2015) die größte Sorge der Befragten dar, gefolgt von der Angst vor politischem Extremismus mit 68 % (Steigerung um 18 %).³

gen ist, sehr wohl aber die Verbreitung irrationaler Angst und Panik, befeuert durch mediale überzogene Berichterstattung und fragwürdige Experten.

Die Schwachstellen in der Terrorismusbekämpfung sind in Deutschland auch das Ergebnis föderal organisierter Sicherheitsstrukturen, in welchen jedes Landesamt für Verfassungsschutz und jedes Landeskriminalamt seine eigenen Erkenntnisse eifersüchtig schützt. Daten ohne Anlass preiszugeben ist für Geheimdienste naturgemäß besonders sensibel oder nur im Austausch für andere Informationen sinnvoll. Dazu kommen Fehlerquellen wie unvollständige Information oder die menschliche Natur. Es kann selbstverständlich auch zu Fehleinschätzungen kommen wie im Fall Amri, ohne dass dadurch konkrete Schuldzuweisungen möglich werden. Aber eine Straffung oder zumindest fortschreitende Zentralisierung der geheimdienstlichen Tätigkeit muss überdacht werden, zumal die strikte Trennung der Geheimdienste historische Berechtigung hat, aber einfach auch nicht mehr zeitgemäß ist. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), in

welchem über 40 Behörden seit 2001 kooperieren, hat hier ja erfolgreich Modell gestanden.

Weitaus bedenklicher als die spezifisch deutsche Rolle finde ich angesichts der Transnationalität terroristischer Strukturen die Unfähigkeit auf europäischer Ebene, konstruktiv zu kooperieren. Das Schengener Informationssystem (SIS), eigentlich eine paneuropäische Informationsquelle für Ermittler, leidet an Kinderkrankheiten wie unterschiedlichen Transkriptionen aus dem Arabischen, das „European Counter Terrorism Center“ (ECTC) ist ineffizient, da nicht alle Staaten gleichmäßig Informationen liefern. Hier sind gerade die deutschen Behörden Vorreiter beim Teilen von neuralgischen Informationen, während andere Staaten wie z. B. Griechenland ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Deshalb haben die EU-Staaten gemeinsam mit Norwegen und der Schweiz bereits 2002 die „Counter Terrorism Group“ (CTG) gebildet. Es ist aber zweifelhaft, ob die bestehenden Probleme in der europäischen Sicherheitsarchitektur durch neue Parallelitäten beseitigt werden.

Politische Studien: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Andrea Rotter M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PD DR. ALEXANDER STRASSNER
ist Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Anmerkungen

¹ Bundeskriminalamt, 2.2.2017, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2017/Presse2017/170202_Radar.html?nn=27906, Stand: 6.2.2017.

² Bundesamt für Verfassungsschutz, 17.1.2017, <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-reisebewegungen-in-richtung-syrien-irak>, Stand: 6.2.2017.

³ R+V-Studie: Die Ängste der Deutschen 2016, 12.7.2016, <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen/presseinformation-aengste-der-deutschen-2016>, Stand: 6.2.2017.

Lesen Sie hierzu auch:
Argumentation Kompakt 5/2016
Zwischen Individualismus, Gruppendynamik und (gefühlter) Benachteiligung: Motive weltlicher Dschihadisten



/// Putins Einfluss in Europa

DEUTSCHLAND, RUSSLAND, DIE UKRAINE UND EUROPA

REINHOLD BOCKLET /// Die Okkupation der Krim durch Russland und die massive Unterstützung ostukrainischer Separatisten durch russische Kräfte haben mit einem Schlag die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Mit seiner aggressiven Expansionspolitik stellt der russische Präsident Wladimir Putin ganz ungeniert die Nach-Wende-Ordnung in Europa in Frage, die die Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen der ehemaligen Satelliten und der Nachfolgestaaten der UdSSR anerkannte.

Russland selbst hatte zusammen mit den USA und Großbritannien im sogenannten Budapester Memorandum von 1994 den territorialen Bestand der Ukraine im Zusammenhang mit deren Verzicht auf Atomwaffen vertraglich garantiert. Der Westen erlebt nun ein Russland, das sich nicht mehr an den vereinbarten Konsens über Sicherheit in Europa gebunden fühlt, der in der KSZE-Schlussakte, der Charta von Paris von 1990 und weiteren Vereinbarungen

festgeschrieben wurde. Wörtlich heißt es in der Präambel der Charta: „Das Zeitalter der Konfrontationen und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“ Dies waren ein schöner Traum und ein Missverständnis nach dem Ende des Kalten Krieges.

Realpolitische Gegebenheiten vernachlässigt

Das neoimperialistische Verhalten Russlands hat weitreichende Auswirkungen auf die EU, den Westen insgesamt und auf die internationale Sicherheit. Es scheint, dass mit dem Jahr 2014 eine Phase zu Ende gegangen ist, die mit den friedlichen Revolutionen in Ostmittel-



Die Ukraine gedenkt der Menschen, die bei den Massenprotesten des „Euromaidan“ im Jahr 2014 gestorben sind.

europa begonnen, im Fall der Berliner Mauer ihr historisches Symbol gefunden und die Welt mit der Erwartung erfüllt hat, dass sich die Ideen und Werte des Westens allgemein, zumindest aber auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion durchsetzen würden. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in Europa zwischen Ost und West schien gebannt. Es war sogar vom Ende der Geschichte die Rede. Im idealistischen Überschwang der 1990er-Jahre wurden die realpolitischen Gegebenheiten vernachlässigt. Von diesem etwas naiven Blick muss sich der Westen inzwischen gründlich verabschieden.

Europa ohne trennende Einflusszonen

Als Russland 1991 unter Präsident Boris Jelzin das außenpolitische Erbe der aufgelösten Sowjetunion antrat, waren die

Erwartungen und Hoffnungen auf beiden Seiten zunächst hoch gesteckt. Die Überlegungen zur Sicherheit Europas beruhten seit Beginn der 90er-Jahre auf der Vorstellung einer ganz Europa einschließlich Russland und der post-sowjetischen Nachfolgestaaten umfassenden Partnerschaft ohne trennende Einflusszonen. Im Westen war die Hoffnung verbreitet, dass sich Russland demokratisieren und nach einer Phase erfolgreicher Reformen in den Rahmen der Welt der demokratischen Staaten eingliedern würde. Auf russischer Seite wurde als Ziel sogar die Eingliederung Russlands in die „zivilisierte Staatenwelt“ (Boris Jelzin) formuliert. Präsident Jelzin forderte aber schon 1993, dass ausländische Regierungen und internationale Organisationen der Russischen Föderation besondere Vollmachten als Garantien für Frieden und Stabilität in

Russlands **OKKUPATION** der Krim hat Europas Sicherheitslage grundlegend verändert.

den früheren Regionen der UdSSR zugehen mussten. Als wichtiger Schritt in Richtung Zusammenarbeit galt das im Juni 1994 abgeschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, das aber erst zum 1. Dezember 1997 ratifiziert wurde. In der 1999 beschlossenen gemeinsamen Strategie wurde das Verhältnis der EU zu Russland als eine „strategische Partnerschaft“ definiert. 2002 gelangte man in der Kaliningrad-Frage zu einer gütlichen Einigung

Osterweiterung der EU verändert Blickwinkel

Die Osterweiterung mit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten am 1. Mai 2004 brachte auf beiden Seiten einen veränderten Blickwinkel in die Beziehungen der EU zu Russland. Die neuen Mitgliedstaaten hatten ihre spezifischen Erfahrungen mit Kommunismus und Sowjetdiktatur gemacht und sich aus eigener Kraft daraus befreit. Sie stehen Russland als Rechtsnachfolger und Kernland der ehemaligen Sowjetunion überwiegend mit deutlichen Vorbehalten gegenüber. Die Aggression Russlands in der Ukraine hat in einer Reihe dieser Staaten inzwischen zu Unruhe und Besorgnis geführt. Für Russland rückte die Europäische Union mit der Osterweiterung unmittelbar an die eigenen Grenzen heran und erfasste damit einen großen Teil des Gebiets der ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR. Dessen ungeachtet haben sich im Mai 2005 die EU und Russland im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nach langen und zum Teil zähen Verhandlungen auf die Schaffung von vier sogenannten „gemeinsamen Räumen“ (Wirtschaft; Frei-

Die neuen EU-Mitgliedstaaten stehen Russland mit deutlichen VORBEHALTEN gegenüber.

heit; Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung, Bildung und kulturelle Aspekte) geeinigt. Die Fortsetzung liegt aber seit dem Georgien-Konflikt 2008 auf Eis. 1996 trat das OSZE-Mitglied Russland dem Europarat bei und unterliegt seitdem auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wobei allerdings das russische Verfassungsgericht im Juli 2015 entschieden hat, dass russisches Recht Vorrang vor internationalen Normen hat.

Kein Verzicht der NATO auf Osterweiterung

Mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990, der die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte, wurde festgelegt, dass ausländische Truppen auf ostdeutschem Gebiet weder stationiert noch dorthin verlegt werden dürfen. In einem Interview im Jahr 2004 hat im Übrigen Michail Gorbatschow der Behauptung widersprochen, ihm sei in Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung ein Verzicht auf eine Ost-Erweiterung der NATO zugesagt worden, zumal zu diesem Zeitpunkt noch der Warschauer Pakt existierte. Seit dem Ende des Warschauer Paktes im Jahr 1991 arbeiteten die NATO und Russland in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zusammen. Obwohl bereits 1991/92 ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten da-

rauf drängten, Mitglieder der NATO und der EU zu werden, zögerte die NATO lange und suchte zunächst, Zeit zu gewinnen. So wurde 1994 die Russische Föderation Mitglied im Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Mit Unterzeichnung der „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation“ vom Mai 1997 wurde die Kooperation gefestigt und als Konsultationsforum der „Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat“ geschaffen. Im Jahr 2001 hat die NATO ein Informationsbüro in Moskau eingerichtet und Russland eröffnete eine Ständige Vertretung beim NATO-Hauptquartier in Brüssel und das Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) in Mons. Die Kooperation mit der NATO trat mit der Vereinbarung des NATO-Russland-Rates im Mai 2002 in eine neue Phase, die neben der politischen Konsultation und Kommunikation auch die praktische Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten vorsah. Sie beinhaltete aber kein Vetorecht Russlands in der Allianz. Parallel zur vertraglichen Verdichtung der Beziehungen zu Russland hat sich die NATO ab 1999 schrittweise erweitert. Zuerst traten Tschechien, Ungarn und Polen der Allianz bei, denen im Jahr 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien und 2009 Albanien und Kroatien als NATO-Mitglieder folgten.

Irritationen und Frustrationen in Russland

Die massiven Erweiterungen von NATO und EU und die Pläne zum Aufbau von Raketenabwehrsystemen gegen Nordkorea und Iran in Europa lösten in Russland trotz der vertraglichen Beziehun-

gen Irritationen und Frustrationen aus, die 2002 durch die Kündigung des 1972 geschlossenen ABM-Vertrages durch die USA noch verstärkt wurden und in der russischen Militärdoktrin von 2005 zu einer Neubewertung der Sicherheitslage führten. Es gab auch schon Zeichen, die auf eine Neuorientierung der russischen Politik hindeuteten. So beanspruchte Präsident Putin im Jahr 2004 die weltweite Verantwortung für den Schutz von 25 Millionen Russen, wofür er notfalls auch seine Streitkräfte einsetzen wollte. Im Jahr 2007 warnte der russische Präsident auf der Münchner Sicherheitskonferenz den Westen, dass er eine weitere Ausdehnung des Einflusses der USA, der EU oder der NATO in Richtung Russland nicht hinnehmen werde. Er forderte Respekt für Russland als Weltmacht Nummer Zwei und Anerkennung seiner Einflusszone. Nachdem

Putin fordert Respekt für Russland als WELTMACHT Nummer Zwei.

die NATO wegen des Georgien-Konflikts die Arbeit des NATO-Russland-Rates 2008 ausgesetzt hatte, wurden die Gespräche aber im März 2009 wieder aufgenommen. Am 1. April 2014 stoppte die NATO schließlich als Reaktion auf die Ukraine-Krise die militärische Zusammenarbeit mit Russland, setzte jedoch die Kooperation auf der diplomatischen Ebene im NATO-Russland-Rat fort. Die NATO verständigte sich angesichts der russischen Aggression auf

eine nicht dauerhaft in den osteuropäischen Staaten stationierte schnelle Eingreiftruppe für diese NATO-Staaten, wobei die Bundesrepublik Deutschland auf die Feststellung Wert legte, dass diese Maßnahme im Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 stehe. Im Frühjahr 2015 richtete die NATO angesichts der zahlreichen Flugmanöver russischer Kampffjets im europäischen Luftraum einen direkten Draht zum russischen Militär ein.

Kein gemeinsames Werteverständnis

In der Praxis hat sich von 1990 bis in die letzten Jahre ein dichtes Netz an gegenseitigen Bindungen zwischen dem Westen und Russland herausgebildet. Aus russischer Sicht stand vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit Deutschland als auch mit der EU im Vordergrund. Eine Einflussnahme auf die inneren Verhältnisse Russlands ist in diesem Rahmen nicht vorgesehen und auch nicht erwünscht. Putin stand den Kooperationsangeboten des Westens zunehmend zwiespältig gegenüber. Einerseits erhoffte er sich einen Beitrag zur Modernisierung seines Landes, andererseits befürchtete er Überfremdung, „kapitalistische Ausbeutung“ und vor allem seit der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 den demokratischen Bazillus und die Einflussnahme des Auslands, insbesondere der USA. Hinzu kam, dass die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) als loser Zusammenschluss von Teilrepubliken der ehemaligen UdSSR und russische Einflusszone nicht vorankommt. Auch die am Vorbild der EU orientierte Eurasische Wirtschaftsunion von Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgistan steht erst am Anfang. Lange Zeit

hatte Putin erfolglos versucht, die Ukraine in die Planungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion einzubeziehen. Seit der Okkupation der Krim und der Unterstützung der Separatisten im Donbass ist ein Beitritt der Ukraine aber unwahrscheinlich geworden.

Autoritäres Regierungssystem

Putins Regierungszeit ist gekennzeichnet von einer schrittweisen Rückkehr Russlands zu einem autoritären Regierungssystem und von dem imperialistischen Versuch der Wiedergewinnung der Weltmachtrolle, die der der USA ebenbürtig ist. Dazu gehört auch die Sicherung des postsowjetischen Raumes des sogenannten nahen Auslandes als russische Einflussosphäre. Den Hintergrund für diese Entwicklung bilden die fehlende bürgerliche und demokratische Tradition Russlands, der erhebliche technologische Rückstand, die anhaltende wirtschaftliche Schwäche und der massive Bevölkerungsrückgang. Dazu kommen zwei traumatische Erfahrungen der Jelzin-Ära: Das, was damals als Demokratie und freie Marktwirtschaft daherkam, haben viele Russen als politisches Chaos und wirtschaftlichen Niedergang mit gleichzeitiger schamloser Bereicherung einer kleinen Schicht erfahren. Putin selbst hat den Zusammenbruch der Sowjetunion als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Kaum etwas anderes dürfte Wladimir Putin im Übrigen so getroffen haben, wie die abfällige Bemerkung von US-Präsident Obama über die „Regionalmacht“ Russland. Putins innenpolitische Antwort ist seit mehr als einem Jahrzehnt die konsequente Stärkung der Position und Kontrolle der Zentralgewalt gegenüber autonomen Machtpolen in der Gesellschaft ein-

schließlich einer verschärften Gesetzgebung gegenüber NGOs und ausländischen Stiftungen. Konsequenterweise wird diese Politik durch die staatsnahen Medien, insbesondere das staatliche Fernsehen.

Gegenpol zum Westen

Außenpolitisch wird diese Strategie durch einen Neoinperialismus flankiert, der auf die Sammlung der russischen Erde und der Russen, wo auch immer sie sich befinden, ausgerichtet ist. In diesen Kontext gehören auch die eingefrorenen Konflikte in Transnistrien, Bergkarabach, Ossetien und Abchasien. Mit dem forcierten Nationalismus, für den er breite Zustimmung in der Bevölkerung genießt, versucht Putin

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist für Putin die geopolitische KATASTROPHE des 20. Jahrhunderts.

offenbar, Russland als wiederauferstandene Großmacht zu etablieren, um den technologischen Rückstand seines Landes und die wachsende soziale Kluft in der Gesellschaft zu überspielen. Dabei stützt er sich auf den Stolz und das nationale Bewusstsein vom hart erkämpften Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg, der einzig positiven Erinnerung an die Sowjetzeit, mit der gleichzeitig die Verbrechen Stalins aus dem historischen Gedächtnis verdrängt werden. Die Sanktionen des Westens beant-

wortet Putin mit einem Appell an den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung und der Mobilisierung eines antiwestlichen Nationalismus, der sogar bis zur Vernichtung von aus dem Westen eingeführten Lebensmitteln geht. Ideologisch sieht Putin in der Russischen Föderation, zum Teil im Gleichklang mit der russisch-orthodoxen Kirche, das Kernland eines eigenen orthodoxen Kulturkreises, den Gegenpol zum vermeintlich dekadenten Westen und den Hort aller Kräfte der multipolaren Welt, die sich gegen die universelle Geltung der Menschenrechte auflehnen. Er unterstützt Anti-EU-Parteien von links und rechts und all diejenigen, die Europa von Amerika abkoppeln und das Atlantische Bündnis sprengen wollen. Die blutigen Proteste in Kiew im Winter 2013/2014 signalisierten dem Kreml schließlich, dass in der Ukraine westlich-demokratische Ideen an Einfluss gewinnen, sich eine Abkehr nicht nur großer Teile der Bevölkerung, sondern auch der herrschenden Klasse der Oligarchen von Russland vollzieht und die Ukraine für Russland verloren zu gehen droht. Dieser Entwicklung, verbunden mit der Gefahr eines „Maidan in Moskau“, wollte Putin offenbar nicht tatenlos zusehen

Brücke zwischen Ost und West

Die Betrachtung der Beziehungen der EU zu Russland wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung des besonderen deutsch-russischen Verhältnisses, das sich bis heute sowohl durch ausgesprochen intensive wirtschaftliche Beziehungen als auch durch eine sehr große kulturelle Breite und Dichte auszeichnet. Ungeachtet der räumlichen Entfernung und der politischen und sprachlichen Barrieren sind über die Jahrhunderte zwischen

Deutschland und Russland enge Verbindungen entstanden, die auch schwierigste Zeiten überlebt haben. Deutschland ist heute einerseits fest im Westen verankert, andererseits haben mit dem Ende des Kalten Krieges Deutschlands Rolle als „Brücke zwischen Ost und West“ ebenso wie die tief verwurzelte Tradition

Deutschland ist der größte **HANDELS-PARTNER** Russlands.

deutsch-russischer Zusammenarbeit wieder an Bedeutung gewonnen. Deutschland ist der größte Handelspartner Russlands. Es importiert aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas und ist der Hauptlieferant von Investitionsgütern. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts 2014 und den Wirtschaftssanktionen durch die EU ist der bilaterale Handel jedoch belastet. Zugleich ist Deutschland durch kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen in zahlreichen russischen Städten vertreten. Russland bildet den Hauptadressaten der deutschen auswärtigen Kulturpolitik.

Deutsch-russische Beziehungen als Chefsache

Auf Initiative von Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin wurde 1998 die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen gegründet, die 2014 den ersten Band über das 20. Jahrhundert publiziert hat. Seit 1998 fanden die jährlichen Regierungs-

konsultationen als Gipfeltreffen und auf Ministerebene abwechselnd in Deutschland und Russland statt. Als Plattform des zivilgesellschaftlichen Dialogs wurde 2001 von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin der Petersburger Dialog ins Leben gerufen. 2002 wurde Russland auf deutsche Initiative hin Vollmitglied der auf acht Mitglieder erweiterten G8 und erhielt damit die Anerkennung als eine, den großen Wirtschaftsdemokratien des Westens ebenbürtige Macht. 2008 hat Deutschland Russland eine Modernisierungspartnerschaft angeboten, um den technologischen und zivilisatorischen Rückstand Russlands beheben zu helfen. Dahinter stand die Philosophie einer Annäherung durch Verflechtung. Schließlich war es u. a. Deutschland, das 2008 die Aufnahme der Ukraine in die NATO mit Rücksicht auf Russland verhinderte. Das Deutschlandjahr in Russland und das Russlandjahr in Deutschland 2012/13 vergegenwärtigten die vielfältigen Beziehungen und die Hochs und Tiefs zwischen beiden Staaten. Die letzten Jahre sind allerdings von einer wachsenden Entfremdung zwischen Deutschland und Russland gekennzeichnet. Nach der Okkupation der Krim hat sich Deutschland im Übrigen mit dafür eingesetzt, dass Russlands Mitgliedschaft im Kreis der G8-Staaten suspendiert wurde

Ukraine zwischen Westorientierung und russischer Einflusszone

Wie ein Lehrstück zur Ukraine-Politik Russlands stellt sich der Konflikt um Georgien im Sommer 2008 dar. Dieser Konflikt hat gezeigt, dass Russland bereit ist, seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen auch mit militärischen Mitteln zu erreichen. In der Ukraine hatte zu diesem Zeitpunkt bereits

die Orangene Revolution stattgefunden, durch die Viktor Juschtschenko nach wochenlangen friedlichen Protesten und einer Wahlwiederholung im Jahr 2004 als Präsident ins Amt gekommen war. Nachdem sich die beiden Protagonisten der Revolution, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, heillos zerstritten hatten, gewann die nächste Präsidentschaftswahl 2010 Viktor Janukowytsch, der Gegenkandidat von 2004. Als er sich weigerte, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen und stattdessen die Annäherung an Russland suchte, kam es im November 2013 erneut zu gewalttätigen Protesten auf dem Maidan-Platz in Kiew, die aber diesmal blutig verliefen und schließlich zur Vertreibung und Flucht von Präsident Janukowytsch nach Russland führten

Die Ukraine war mit der Osterweiterung der EU zum unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union geworden. Sie ist seit dem Jahr 1991 und erstmals in ihrer Geschichte für eine längere Zeit unabhängig. Die Ost- und Südukraine waren ab Mitte des 17. Jahrhunderts zur russischen Provinz (Neurussland) geworden und nach der Oktoberrevolution unter sowjetischer Herrschaft gestanden, während ein Großteil der Westukraine abwechselnd zu Polen und Österreich-Ungarn gehörte, bevor

Russland ist bereit, seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen mit **MILITÄRISCHEN Mitteln zu erreichen.**

sie von 1945 bis 1991 Teil der ukrainischen Sowjetrepublik war. Die Ukraine wird kulturell nach wie vor geprägt von der Bruchlinie zwischen dem orthodoxen Osten und dem unierten Westen. Alle Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 waren elementar von der inneren Spaltung zwischen der Westorientierung einerseits und engen Beziehungen zu Russland andererseits geprägt.

Annäherung von Ukraine und Europäischer Union

In der Außenpolitik strebten die Ukraine und die EU bereits in den 1990er-Jahren eine Annäherung an, während gleichzeitig gute Beziehungen zu Russland für das Land von elementarer Bedeutung waren, zumal die Ostukraine von einem starken russischsprachigen Bevölkerungsteil bewohnt wird. Nach dem Scheitern der Orangen Revolution und der Wahl von Viktor Janukowytsch zum Präsidenten Anfang 2010 hatte sich die Ukraine wieder stärker Russland angenähert. Im April 2010 hatte Janukowytsch mit Russland die Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim bis 2042 vereinbart. Bis Oktober 2011 verhandelten die Ukraine und die EU über das umfangreiche Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, das unter Präsident Juschtschenko in Angriff genommen worden war. Ende März 2012 beschloss die EU, das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen zu paraphieren, um ihren Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine zu behalten. In Kraft gesetzt sollte das Abkommen aber nur werden, wenn die ukrainische Justiz aufhört, gegen Julia Tymoschenko und andere Oppositionspolitiker vorzugehen. Im August 2013 erklärte Putin, dass Russland im Falle

der Unterzeichnung des EU-Abkommens „Schutzmaßnahmen“ ergreifen werde. Russland verschärfte die Importkontrollen auf ukrainische Güter. Nach einem monatelangen Tauziehen beschloss die ukrainische Regierung schließlich am 21. November 2013 das „Einfrieren des Abkommens mit der EU“, um „die nationalen Sicherheitsinter-

EUROMAIDAN ist eine Bewegung aus der Mitte der Bevölkerung gegen die korrupte Staatsführung von Präsident Janukowytsch.

ressen zu wahren und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu beleben“. Die überraschende Stilllegung des Abkommens war schließlich Auslöser der mehrmonatigen blutigen Demonstrationen und Proteste des sogenannten „Euromaidan“, eine Bewegung aus der Mitte der Bevölkerung und gegen den korrupten Herrschaftszirkel um Präsident Janukowytsch, die sich gegen die Politik der ukrainischen Staatsführung richtete und am 22. Februar 2014 letztlich zum Sturz von Präsident Janukowytsch führte. Die EU erkannte bereits zwei Tage später die Übergangsregierung an und erklärte sich zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nach den Präsidentenwahlen bereit, was unter dem neu gewählten Präsidenten Poroschenko im politischen Teil am 21. März 2014 und im wirtschaftlichen Teil am 27. Juni 2014 geschah. Die Umsetzung der Freihandelsbestimmun-

gen wurde jedoch in Abstimmung mit Russland auf den 31. Dezember 2015 verschoben.

Putin beugt einem Maidan in Russland vor

Aus Putins Sicht war mit den Protesten auf dem Maidan die farbige Revolution an den Grenzen Russlands angekommen. Er sah in Kiew, dass die von ihm als dekadent verachteten westlichen Ideen wie Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte Autokraten hinwegfegen können und er sah die Gefahr für sein Regime und den Vielvölkerstaat Russland und damit den Moment des Eingreifens in der Ukraine gekommen. Zuerst wurde die Krim, die erst 1954 der Ukraine angegliedert worden war, durch russisches Militär besetzt, dessen Einsatz zunächst geleugnet und dann doch eingeräumt wurde. Dann wurde die überwiegend von Russischstämmigen bewohnte Ostukraine systematisch destabilisiert und die Separatisten durch getarnte russische Soldaten massiv unterstützt. Mit dem Abkommen Minsk II vom 12. Februar 2015, das von den Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine ausgehandelt wurde, ist es gelungen, den Konflikt vorläufig zu deeskalieren und einzufrieren. Dessen ungeachtet kommt es immer wieder zu Kampfhandlungen, die die Arbeit der OSZE-Beobachter zunehmend erschweren. Neben einer umfassenden Waffenruhe, der Einrichtung einer Pufferzone, dem Abzug schwerer Waffen, einem Gefangenenaustausch und der Überwachung der Front und der Einhaltung der Vereinbarungen durch die OSZE sollte es auch eine Verfassungsreform zur Dezentralisierung der Ukraine bis Ende 2015 geben. Erst danach sollte die Ukra-

ine die Kontrolle über ihre Grenze zu Russland im Osten zurückerhalten. Nachdem diese Bedingung bis heute nicht erfüllt wurde, bietet sie Putin die Möglichkeit, weiterhin die besetzten Gebiete im Donbass zu destabilisieren.

Europa sieht sich einem global gestärkten Russland gegenüber

Im Jahr 2016 ist der Ukraine-Konflikt angesichts der Bürgerkriegsauseinandersetzungen und der Ausbreitung des IS in Syrien in den Hintergrund der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gerückt. Zur selben Zeit hat Russland seine Position im Nahen Osten dank der Zurückhaltung der USA konsequent ausgebaut. Putin geht es dabei nicht nur um die Sicherung seiner Stützpunkte in Latakia und Tartus, sondern um die Etablierung Russlands als Garantiemacht der Befriedung Syriens und der Neuordnung des Nahen Ostens. Dieser Wiederaufstieg Russlands als globaler Akteur hat auch Putins Einfluss in Europa gestärkt. Dies dürfte zur Verhärtung der Haltung Russlands im Ukraine-Konflikt beitragen. Einen Vorgeschmack davon hat Deutschland mit dem Vorsitz der OSZE im Jahr 2016 bekommen. Trotz seiner Doppelrolle in der OSZE und Partner im Normandie-Format hatte es nur begrenzte Möglichkeiten, das Verhalten Russlands und der Ukraine im Hinblick auf die Umsetzung

Russlands Wiederaufstieg als GLOBALER Akteur hat auch Putins Einfluss in Europa gestärkt.

der Minsker Beschlüsse zu beeinflussen. Die Zeichen stehen nicht auf einer schnellen Konfliktlösung. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein demokratischer Erfolg in der Ukraine für Putins Machtsystem eine existenzielle Bedrohung darstellen würde. Umso notwendiger bleibt die Geschlossenheit der EU-Staaten in ihrer Politik gegenüber Russland. Erst wenn Minsk II dauerhaft hält und nicht fortwährend gebrochen wird und dies durch die OSZE bestätigt wird, könnte der Westen die wegen der Ostukraine verhängten Sanktionen lockern. Aber auch Kiew muss sich bei der Umsetzung von Minsk II voll engagieren. Hiervon sollte die EU ihre Vergünstigungen und Hilfen an die Ukraine abhängig machen.

Die Ukraine und die sogenannte Östliche Partnerschaft der EU

Die EU muss in der Erkenntnis der strategischen Bedeutung einer selbständigen Ukraine für die Sicherheit Europas alles tun, um die Entwicklung ihres nach Russland größten östlichen Nachbarlandes zu einem regierbaren, wirtschaftlich stabilen Rechtsstaat mit funktionsfähigen Institutionen und innerer Befriedung zwischen der Ost- und Westukraine zu fördern. Es geht dabei auch um die Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die im vorletzten Winter auf dem Maidan für eine bessere, eine europäische Ukraine demonstriert und in Wahlen dafür votiert hat.

Die EU hat mit dem Konzept der sogenannten Östlichen Partnerschaft seit 2008 für Zwischeneuropa den Prozess der Annäherung durch Transformation in Osteuropa zu beschleunigen versucht und in diesem Rahmen 2014 mit der Ukraine, Georgien und Moldau Assoziierungsabkommen abgeschlossen.

Auf dem EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft im Mai 2015 in Riga wurde dabei das Prinzip der differenzierten Beziehungen bekräftigt. Die EU hatte seit Beginn versucht, Russland einzubeziehen, traf jedoch in Moskau auf – verständliche – Ablehnung. Russland versteht sich nicht als Teil eines EU-Konzepts mit Nachbarländern, die es zu seiner Einflussosphäre zählt, sondern fürchtet eine Integrationskonkurrenz. Deshalb muss die EU ihre bisherige Nachbarschaftspolitik generell überprüfen. Die von Russland ausgehende Destabilisierung an der europäischen Peripherie stellt für die EU eine Herausforderung dar, auf die sie konzeptionell reagieren muss.

Der Westen und insbesondere die Europäische Union sehen sich heute mit einem expansiven Russland konfrontiert, das als eines der bedeutendsten Länder der Erde mit einem gewaltigen Nuklearpotenzial gleichwohl unentbehrlich für eine gesamteuropäische Friedensordnung und bei der Lösung internationaler Konflikte ist. Vor diesem Hintergrund muss die Politik der Eindämmung und Sanktionierung des russischen Expansionsdrangs auf Seiten des Westens gleichzeitig von der Bereitschaft zu Verhandlungen und zur diplomatischen Konfliktlösung flankiert werden. Insbesondere könnte Moskau die Perspektive eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion eröffnet werden. Deshalb darf der Gesprächsfaden zu Moskau nicht abreißen und müssen die Kontakte und Verbindungen zu Russland intensiv fortgeführt werden. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind konstitutiv für die weitere europäische und weltpolitische Lage.

Umgehen mit einem Gegenüber, das ein Faustpfand besitzt

Russland hat sich mit der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine ein Faustpfand gesichert, das ihm erlaubt, die weitere innere Entwicklung in der Ukraine entscheidend zu beeinflussen und etwaige internationale Vereinbarungen über die Ukraine mitzubestimmen.

Der Westen muss Putin von den Vorteilen einer KOOPERATION für Russland überzeugen.

Das betrifft zum einen, wie Minsk II zeigt, die staatspolitische Gliederung des Landes. Im Kern geht es zum anderen aber um die Frage, ob die Ukraine Bestandteil des Westens wird, ob sie sich der Eurasischen Union Russlands anschließt oder ob sie als Demokratie eine, von allen Seiten akzeptierte neutrale Brücke zwischen Ost und West bilden kann. Es ist aber schlimmstenfalls auch ein „frozen conflict“, eine Teilung und eine dauerhafte Destabilisierung des Landes nicht auszuschließen. Das destruktive Potenzial Russlands ist enorm. Die Antwort darauf hängt vor allem davon ab, ob Putin glaubt, durch Konfrontation mehr gewinnen zu können als durch Kooperation. Hier muss der Westen im Bewusstsein der Überlegenheit seines Modells alles unternehmen, um Putin die Vorteile der Kooperation für Russland deutlich zu machen. Dabei könnte auch an die Wiederaufnahme der Verhandlungen über das

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und des EU-Russland-Dialogs gedacht werden.

Die NATO hat auf die russische Annexion der Krim und die andauernde russische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine 2015/2016 mit einem Programm der politisch-militärischen Rückversicherung insbesondere im Hinblick auf die baltischen Staaten und Polen reagiert. Gegenüber einer hybriden Kriegsführung Russlands ist die NATO dabei, in Europa ihre Abschreckungsbereitschaft und -fähigkeit zu verstärken.

Der Ausschluss Russlands aus dem G8-Kreis der westlichen demokratischen Industrienationen war nach der Okkupation der Krim unvermeidlich. Er lässt sich auch mit Blick auf das Thema Krim mittelfristig kaum ohne Gesichtungsverlust für den Westen rückgängig machen. Dazu kamen der Verhandlungsstopp hinsichtlich des Beitritts Russlands zur OECD und zur Internationalen Energieagentur sowie die Absage der EU-Russland-Gipfel. Andererseits bedarf es einer Plattform, auf der auch in Zukunft internationale Fragen unter Einbeziehung Russlands behandelt werden können. Die Antwort darauf ist die wichtigste Voraussetzung, um zu einem Modus vivendi unter Berücksichtigung der Interessen der Europäer und des Westens generell zu kommen. ///



/// REINHOLD BOCKLET, MDL

ist 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags und Mitglied des Petersburger Dialogs, München.

Das Medical-Valley-Center (MVC) in Erlangen begleitet und unterstützt seit 2003 sehr erfolgreich neue Unternehmen bei ihrem Start.



Quelle: Medical Valley EMN e. V., Erlangen

/// Wer wagt, gewinnt

WAS IST UNS DIE ZUKUNFT WERT?

SIEGFRIED BALLEIS /// Die Gründungsdynamik in Deutschland hinkt massiv hinter der in den USA und China hinterher. Dort stehen nach Expertenmeinung 50 Mal mehr Mittel für Wagniskapitalfinanzierungen zur Verfügung als in Deutschland. Dabei ist es unbestritten, dass die Dynamik einer Volkswirtschaft im Wesentlichen von jungen Startups getrieben wird. Dies zu unterstützen, war lange Zeit eine Forderung an die Politik. Die Bundesregierung hat nunmehr zumindest mit steuerlichen Erleichterungen für Wagniskapital auf diese Herausforderung reagiert.

Aktuelle wirtschaftliche Situation

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit in einer außerordentlich stabilen und robusten wirtschaftlichen Verfassung. Die Arbeitslosenquote weist derzeit den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung 1990 auf und die Zahl der Beschäftigten verweilt auf einem Allzeithoch. Deutschland steht momentan von allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union am besten da. Dennoch gibt es keinerlei Veranlassung, sich bequem zurückzulehnen.

Es muss allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft klar sein – und das gilt für ganze Nationen –, dass „Erfolg träge macht“. Dieser Gefahr ist nicht nur Deutschland, sondern selbst die Schweiz ausgesetzt. Ob-

wohl diese 2016 im weltweiten Competitiveness-Ranking den zweiten Platz nach Hongkong und noch vor den USA erzielte, gibt es massive Warnungen, „dass dies nur eine Momentaufnahme sei, die zu Behäbigkeit verleiten kann“¹. Es ist durchaus zulässig, in diesem Zusammenhang eine Analogie zu biologischen Systemen herzustellen. Leigh Van Valen hat 1973 die „Rote Königin Hypo-

Deutschlands **WIRTSCHAFTLICHE** Lage ist derzeit stabil.

these" entwickelt, die besagt, dass sich jede Art permanent optimieren muss, wenn sie ihre einmal erhaltene Position behalten will beziehungsweise nicht zurückfallen will.² Diese Hypothese hat er aus dem von Charles Dodgson verfassten Buch „Alice hinter den Spiegeln" abgeleitet, in dem Alice von der Roten Königin erfährt: „Hierzulande musst du so schnell rennen wie du kannst, wenn du am gleichen Fleck bleiben willst."³

Wie groß die Gefahr ist, dass die aktuell gute wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland die strukturellen Mängel überdeckt, wird anhand der Abwanderung außerordentlich wichtiger Industriebereiche wie Schwer-, Pharma-, Textil- und Elektroindustrie in den vergangenen 5 bis 10 Jahren aus Deutschland deutlich. Von den beschäftigungsintensivsten Industrien ist somit hier nur noch die Automobilindustrie übriggeblieben. Aber

Ökonomische Entwicklung baut nach SCHUMPETER auf schöpferische Zerstörung auf.

auch diese steht momentan vor gewaltigen Umbrüchen. Die Produktmerkmale der neuen Automobilindustrie sind: autonom, elektrifiziert, vernetzt. Autos werden zum ersten Mal „Auto-mobil," und fahren selber. Der Antrieb erfolgt ökologisch nachhaltig mit grünem Strom. Der Verkehr kontrolliert sich via Vernetzung selber. Das Auto wird zum fahrbaren Büro.⁴

Berücksichtigt man die Tatsache, dass die Automobilmärkte in Europa und Übersee bereits weitgehend gesättigt sind, und berücksichtigt man weiterhin, dass China beispielsweise allein 2016 500.000 Elektro-Autos gebaut hat, bedeutet das eine der größten Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte in der Automobilindustrie. Diese Entwicklung wird mit einem entsprechenden Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sein.

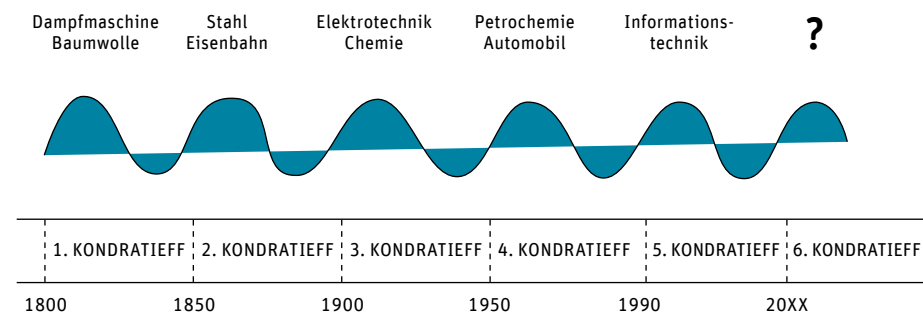
Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung

Diese Erkenntnis führt uns sehr schnell zu der Frage, was die Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind und welche Theorien darüber in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur zu finden sind. Erste Theorien im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum entstanden bereits im 18. Jahrhundert, wobei insbesondere der Einsatz der Faktoren Arbeit, Kapital und Wissen im Mittelpunkt der Betrachtung stand. Erst mit dem Werk „Wealth of Nations" von Adam Smith wurde die Arbeitsteilung zur zentralen Größe für die Erklärung wirtschaftlicher Dynamik.⁵

Ansatz von Schumpeter

Als Klassiker kann sicherlich die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von Joseph Alois Schumpeter gesehen werden, die dieser bereits im Jahr 1912 aufstellte. Der Kerngedanke ist, dass jede ökonomische Entwicklung auf einem Prozess der schöpferischen beziehungsweise kreativen Zerstörung aufbaut. Wichtigster Akteur ist dabei der Unternehmer, der Produktionsfaktoren neu kombiniert. In seinem 1942 erschienenen Hauptwerk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" hat er

Die langen Wellen der Konjunktur und ihre Basisinnovationen



Quelle: Nefjodow, Leo A.: Der Sechste Kondratieff - Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information, Sankt Augustin, 3. überarbeitete Aufl., 1999, S. 3.

diesen Gedanken so konkretisiert: „Die Eröffnung neuer, fremder oder einheimischer Märkte und die organisatorische Entwicklung vom Handwerksbetrieb und der Fabrik zu solchen Konzernen wie US Steel illustrieren den gleichen Prozess einer industriellen Mutation – wenn ich diesen biologischen Ausdruck verwenden darf, der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft. Dieser Prozess der schöpferischen Zerstörung ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum, darin besteht der Kapitalismus und darin muss auch jedes kapitalistische Gebilde leben.“⁶ Im gleichen Werk hat Schumpeter aber auch die Begriffe Innovation und Innovator neu geprägt und eine Theorie des russischen Volkswirtschaftlers Kondratieff aufgegriffen. Dieser hatte 1926 in der Berliner Zeitschrift „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ den Aufsatz über „Die langen Wellen der Konjunktur“ veröffentlicht.⁷

Die Theorie der „langen Wellen“ von Kondratieff

Der Kerngedanke von Kondratieff, der für seine Theoriebildung empirische Erkenntnisse aus Deutschland, Frankreich und den USA verwendete, war, dass die kurzen Konjunkturzyklen von langen Konjunkturwellen überlagert werden. Er postulierte, dass ein Zyklus dieser langen Wellen zwischen 40 und 60 Jahren andauere und auf tiefgreifenden Basisinnovationen beruhe. Diese bestehen seit 1800 bis heute aus den folgenden großen Entwicklungen:

- Erfindung der Dampfmaschine;
- Entwicklung des Eisenbahnwesens, der Stahlverarbeitung und der Dampfschiffahrt;
- Elektrotechnik und Chemie;
- Automobilwirtschaft, Petrochemie und
- Informations- und Kommunikationstechnik.

Seit vielen Jahren wird darüber spekuliert, welche Basistechnologie den

Nach Etzkowitz entsteht wirtschaftliche Entwicklung durch INTERAKTION von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

sechsten Kondratieffzyklus dominieren wird. Der Wissenschaftler Nefjodow plädiert in seinem Buch „Der sechste Kondratieff“ ganz massiv für den Bereich der Gesundheitswirtschaft.⁸ Es gibt in diesem Zusammenhang aber durchaus auch konkurrierende Technologien wie beispielsweise die Biotechnologie, die Nanotechnologie, die Robotik beziehungsweise künstliche Intelligenz, die Ressourceneffizienz einschließlich regenerativer Energien sowie Cloud-computing und das Internet der Dinge, die als Kandidaten für die Basistechnologie des sechsten Kondratieffzyklus infrage kommen.⁹ Inzwischen existiert ein klarer Konsens in den Wirtschaftswissenschaften, dass Innovationen nur durch Forschung und Entwicklung entstehen, und dass Innovationen und Unternehmertum einen sehr engen Zusammenhang bilden. Dies hat insbesondere auch einer der Altmeister der Wirtschaftswissenschaften, der Amerikaner Peter Drucker, herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang sei vor allem auf sein Werk „Innovation and Entrepreneurship“ verwiesen.¹⁰

Der Triple Helix-Ansatz von Etzkowitz

In jüngerer Zeit entstanden weitere interessante Ansätze zur Erklärung des Zusammenhangs von Innovation und wirt-

schaftlicher Entwicklung wie z. B. das Konzept der Triple Helix von Etzkowitz aus dem Jahr 1993. Dessen Kerngedanke besteht darin, dass wirtschaftliche Entwicklung auf einer intensiven Interaktion zwischen den drei Sektoren Wirtschaft, Wissenschaft und Politik beruht. Der Ansatz bietet einen klaren Einblick in das Verständnis der Quellen und Wege der Innovationen und kann als Paradigma für die Entwicklung von wirtschaftlich, wissenschaftlich und politisch intensiv miteinander verwobenen Clustern interpretiert werden.¹¹

Richard Floridas Formel: Technik, Talente und Toleranz

Richard Florida hat in seinem Werk „The Rise of the Creative Class“ aus dem Jahr 2002 anhand empirischer Untersuchungen in den USA nachgewiesen, dass das ökonomische Wachstum sehr stark auf der Existenz kreativer Köpfe, Technologie und Toleranz beruht und dass daraus Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung resultieren. Die Angehörigen der kreativen Klasse sind nach Richard Florida vor allem Wissenschaftler, Künstler und insbesondere Unternehmer. Der Autor konnte in zahlreichen US-amerikanischen Großstädten nachweisen, dass die wirtschaftliche Dynamik umso größer war, je höher der Anteil der kreativen Köpfe, der Verfügbarkeit neuer Technologien und die gesellschaftliche Toleranz in der jeweiligen Region waren.¹² Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Aufsatz von Christian Gottschalk und Rüdiger Hamm in den „Statistischen Monatsheften Niedersachsen“ vom September 2011. Hier wird die Theorie von Richard Florida auf deutsche Städte und Landkreise übertragen, wobei die Autoren zu dem Ergebnis kommen, dass die Stadt

Erlangen in Deutschland die ausgeprägteste kreative Klasse aufweist.¹³ Dieser Befund kann auch empirisch bestätigt werden, da im Zeitraum von 1996 bis 2014 die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Erlangen von 78.000 auf 104.000 anstieg. Einen derartigen Zuwachs im genannten Zeitraum konnte keine der anderen 83 bundesdeutschen Großstädte aufweisen.

Matthias Horx: „Wie kommt das Neue in die Welt?“

Schließlich soll noch auf einen Aufsatz von Matthias Horx aus dem Jahr 2005 verwiesen werden, in dem er unter dem Titel „Innovation: Wie kommt das Neue in die Welt?“ ein Modell der Evolution von Innovationen entwickelt hat. Dabei stellt er fest, dass die Geschichte großer Erfindungen immer nach demselben Muster verläuft. Auf eine „Prototypenphase“ mit unausgereifter Technik folgt eine „Hightech Phase“. Danach wird an der Börse über Erfolgchancen spekuliert. Ob es sich dann aber um einen Erfolg oder einen Flop handelt, entscheidet sich erst in der Phase menschlicher Lernprozesse (Human-Adaption-Phase). Dabei sind dann die Faktoren der Bedienerfreundlichkeit und des Preises entscheidend.¹⁴

Wachstum, Innovation und Wohlstand Vereinbarung im Koalitionsvertrag 2013

Wie kann nun die Politik Rahmenbedingungen so gestalten, dass Innovationen bestmöglich gefördert werden? Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom Herbst 2013 nimmt bereits das erste Kapitel „Wachstum, Innovation und Wohlstand“ eine prominente Rolle ein. Im Rahmen des Unterkapitels „Unsere

Strategie für nachhaltigen Fortschritt“ wird klargestellt, dass unsere Wirtschaft für neue Produkte, Verfahren und Beschäftigung Innovationen braucht. „Wir wollen mit unseren privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu den globalen Spitzenreitern gehören. Deshalb wollen wir 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft nutzen. Nur so bleibt Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industrie- und Produktionsstandort und erschließt gleichzeitig die Potenziale für neue Arbeitsplätze in industriebezogenen und stärker wissensbasierten Dienstleistungen – vor allem im Mittelstand.“¹⁵

Der Koalitionsvertrag 2013 beinhaltet eine finanzielle und strategische INNOVATIONSFÖRDERUNG.

Im Koalitionsvertrag findet sich dann auch noch ein eigenes Unterkapitel zum Thema „Strategische Innovationspolitik“. Darin wird postuliert, dass wir „neue branchenübergreifende Netzwerke und die Bildung von Innovationsclustern stärker als bisher unterstützen wollen“. In diesem Zusammenhang wird auch ausgeführt, dass die Koalitionspartner Verfahrensinnovationen fördern wollen, „die das Zusammenspiel von Industrie und industrienahen Dienstleistungen (etwa IT und Logistik) weiter verbessern“. Weiterhin wird ein

Zusammenschluss von Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Bildung in Innovationsbündnissen angeregt. Schließlich sollen auch Innovationsprozesse beispielsweise durch Spitzenclusterwettbewerbe initiiert werden.¹⁶

Die **HIGH-TECH STRATEGIE** der Bundesregierung definiert die Innovationsförderung.

Bemerkenswert ist, dass im Koalitionsvertrag auch ein eigenes Kapitel zum Thema „Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung“ zu finden ist. Wörtlich wird dabei Folgendes ausgeführt: „Wir wollen die Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen insbesondere bei neu gegründeten Unternehmen steigern. Dazu werden wir entsprechend der vorhandenen Mittel die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge, wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech Bereich unterstützen. Mit dem High-Tech Gründerfonds steht ein gutes Instrument für die Frühphasenfinanzierung zur Verfügung, das auskömmlich fortgesetzt werden soll. Wir wollen die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital international wettbewerbsfähig gestalten und Deutschland als Fondsstandort attraktiv machen. Hierfür ist ein eigenständiges Regelwerk erforderlich. Auch neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“) brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen.“¹⁷

Die High-Tech Strategie der Bundesregierung

In ihrer High-Tech-Strategie hat die Bundesregierung im Herbst 2014 wesentliche Innovationsfelder definiert und Rahmenbedingungen beschrieben, wie diese Innovationen gefördert werden können. Darin wird klar, dass kleine Unternehmen und innovative Startups „auf öffentliche Fördermittel und privates Wagniskapital angewiesen“ sind, „weil sie vielfach nicht über ausreichendes Eigenkapital und externe Finanzierungsmöglichkeiten verfügen“.¹⁸ Im Detail werden dann mehrere Programme der Bundesregierung aufgeführt, die zur Entfaltung einer neuen Gründungsdynamik beitragen wie beispielsweise EXIST, GO-Bio, IKT innovativ, INVEST sowie der High-Tech Gründerfonds.¹⁹ Im Hinblick auf die Finanzierung mit Wagniskapital hat die Bundesregierung in ihrer Hightech-Strategie auch klare Ziele formuliert: „Die Bundesregierung wird Deutschland als Innovationsstandort für Wagniskapital international attraktiver machen. Insbesondere für schnell wachsende Startups sollen bessere Finanzierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir werden die entsprechenden Anreize dafür schaffen, auch in steuerlicher Hinsicht.“²⁰

Bayerns Zukunftstechnologien

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) hat im Juli 2015 gemeinsam mit der Prognos AG eine bemerkenswerte Studie zu den bayerischen Zukunftstechnologien vorgelegt. Diese war von dem erkenntnisleitenden Gedanken geprägt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen auf den internationalen Märkten in Zukunft noch sehr viel stärker vom For-

schungsniveau in den zentralen Technologiefeldern abhängt. Weiterhin geht es darum, die Forschungsergebnisse so schnell und effizient wie möglich in wertschöpfende Produktionsprozesse und Produkte umzusetzen.

Die Gutachter haben für die jeweiligen Technologiefelder ein außerordentlich differenziertes Bild der Finanzierungsnotwendigkeiten gezeichnet. Sie kommen zu dem Schluss, dass in den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik und Ernährungs- und Lebensmitteltechnologie in starkem Maße Wagniskapitalfinanzierung erforderlich ist. Im Bereich der Nanotechnologie halten sie vor allem eine Finanzierung der innovativen Technologien bei der Markteinführung für erforderlich.²¹

Steuerliche Entlastung von Venture Capital-Investitionen

Unmittelbar vor dem Jahreswechsel 2016/17 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat ein „Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften“ verabschiedet. Beide reagierten damit darauf, dass bei Körperschaften nicht genutzte Verluste wegfallen, wenn Anteilerwerbe an einer Körperschaft in bestimmter Höhe stattfinden. Andererseits galt diese Beschränkung nicht für bestimmte Übertragungen im Konzern (Konzernklause). Die jetzt beschlossene Neuregelung des Verlustvortrags ist eine der wichtigsten steuerlichen Verbesserungen für die Finanzierung mit Venture Capital seit mehreren Jahren. Das Gesetz hat einen Vorschlag des Bundesverbands der deutschen Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) aufgegriffen, der darauf abzielte, die gesamte Wertschöpfungskette vom Startup über die Venture Capital-Gesellschaft bis zum Investor in

Venture Capital zu stärken. Nach der bisherigen Regelung war es so, dass Verluste eines Unternehmens dann steuerlich nicht mehr geltend gemacht werden konnten, wenn ein neuer Anteilseigner in das Unternehmen einstieg. Nach dem neuen Gesetz ist dagegen die steuerliche Nutzung der aufgelaufenen Verluste weiter möglich, auch wenn sich ein neuer Investor an dem Unternehmen beteiligt: „Die mit dem Gesetzentwurf angestrebte Neuausrichtung zielt darauf ab, dass nicht genutzte Verluste trotz eines qualifizierten Anteilseignerwechsels weiterhin genutzt werden können, wenn der Geschäftsbetrieb der Körperschaft nach dem Anteilseignerwechsel erhalten bleibt und wenn eine anderweitige Verlustnutzung ausgeschlossen ist.“²² Mit diesem Gesetz wurde noch vor Beginn des nächsten Bundestagswahlkampfes ein wichtiges Versprechen des Koalitionsvertrags befriedigend erfüllt.²³

Das Gesetz, dem der Bundesrat am 16. Dezember zugestimmt hat, ist für die Venture Capital-Geber auch insofern noch günstig gestaltet, dass es rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft tritt, die steuerlichen Vorteile also noch für das ganze Jahr 2016 genutzt werden können. Negativ ist jedoch, dass den größten Teil der damit verbundenen Steuerausfälle der öffentlichen Hände die Kommunen tragen müssen. Man rechnet für 2018 mit Steuerausfällen von

Die gesetzliche **NEUREGELUNG** des Verlustvortrags fördert Venture Capital-Investitionen.

660 Mio. Euro, wovon die Kommunen 259 Mio. Euro, d. h. ca. 40 %, tragen werden müssen.²⁴

Die Bedeutung von Gründerzentren

Neben der Wagniskapitalfinanzierung spielen bei technologieintensiven Unternehmensgründungen auch die Gründerzentren eine außerordentlich wichtige Rolle. Ausgehend von weltweit 10.000 Gründerzentren, entfallen auf die Europäische Union nur circa 1.000. Von diesen sind allerdings allein 500 in Deutschland angesiedelt. Das bedeutet für Deutschland bei diesen Einrichtungen eine EU-weite Führungsrolle. Auf

Angesichts der internationalen **KONKURRENZ** braucht es weitere Förderung der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland.

kommunaler Ebene sind beispielsweise die beiden Gründerzentren in Erlangen, das Innovations- und Gründerzentrum (IGZ) in Erlangen-Tennenlohe seit 1986 und das Medical-Valley-Center (MVC) im Stadtzentrum seit 2003, dafür verantwortlich, dass bereits hunderte neuer Unternehmen entstanden sind. Dabei wurden grob geschätzt bis heute ca. 3.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Deutschland ist mit seinen Gründerzentren und der steuerlich begünstigten Wagniskapitalfinanzierung für technologieintensive Unternehmensgründungen also auf einem guten Weg, um sich im europäischen Wettbewerb behaupten zu können.

Im internationalen Vergleich und vor allem im Verhältnis zu den USA und zu China besteht jedoch noch enormer Handlungsbedarf.

Internationale Herausforderungen

Die Finanzierung über Venture Capital ist volkswirtschaftlich betrachtet die wichtigste Finanzierungsform zur Hervorbringung innovativer Großunternehmen. So hat beispielsweise der chinesische Staat Ende 2016 angekündigt, dass er circa 80 Milliarden Dollar in Venture Capital Fonds investieren wird, um nachhaltig Industrien mit hoher Wertschöpfung in China zu entwickeln.

Bereits heute ist China die Volkswirtschaft mit dem größten Produktionsvolumen. Strukturell haben auf internationaler Ebene längst die Kommunikationsunternehmen die Unternehmen der klassischen Industrien wie z. B. Elektroindustrie (General Electric) oder Energie / Erdöl (Exxon, Shell) von den ersten Plätzen verdrängt. Heute dominieren Unternehmen wie Apple, Alphabet, Microsoft, Amazon und Facebook bezüglich Größe, Umsatz und vor allem Ergebnis. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Unternehmen, die es vor wenigen Jahrzehnten noch gar nicht gab. Gerade diese Tatsache ist die wichtigste Begründung für die Förderung von Startup-Unternehmen. Sie verleiht der wirtschaftlichen Dynamik entscheidenden Schwung. ///



/// SIEGFRIED BALLEIS

ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen / Nürnberg sowie Lehrbeauftragter am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Anmerkungen

- ¹ Rösch, Manfred, in: Finanz und Wirtschaft, 17.5.2016.
- ² Van Valen, Leigh: A new evolutionary law, in: Evolutionary Theory, Bd. 1, S. 1 ff.
- ³ Carroll, Lewis: Alice im Spiegelland, Wien / Leipzig / New York 1923.
- ⁴ Becker, Helmut: Die Digitalisierung macht's möglich - Autoindustrie vor neuem Wachstumszyklus, n-tv.de, 12.12.16.
- ⁵ Smith, Adam: Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 1776.
- ⁶ Schumpeter, Joseph Alois: Capitalism, Socialism and Democracy, 1942.
- ⁷ Kondratieff, Nikolai D.: Die langen Wellen der Konjunktur, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, 1926, S. 573 ff.
- ⁸ Nefjodow, Leo A.: Der Sechste Kondratieff - Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information, Sankt Augustin, 3. überarbeitete Aufl., 1999.
- ⁹ Ebd., S. 66 ff.
- ¹⁰ Drucker, Peter: Innovation and Entrepreneurship, 1986.
- ¹¹ Etzkowitz, Henry / Ranga, Marina: Triple Helix Systems: An Analytical Framework for Innovation Policy and Practice in the Knowledge Society, 1993.
- ¹² Florida, Richard: The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure Community, and Everyday Life, 2003.
- ¹³ Gottschalk, Christian / Hamm, Rüdiger, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 9/2011.
- ¹⁴ Horx, Matthias, in: Innovations P.M. Offensive, 2005.
- ¹⁵ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: „Deutschlands Zukunft gestalten“, 2015, S. 13.
- ¹⁶ Ebd., S. 19 f.
- ¹⁷ Ebd., S. 22.
- ¹⁸ High-Tech-Strategie der Bundesregierung 2014, S. 34
- ¹⁹ Ebd., S.38.

²⁰ Ebd., S. 41.

²¹ Vbw: Die bayerische Wirtschaft, Bayerns Zukunftstechnologien, eine Studie im Auftrag der vbw-Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e. V., erstellt von der Prognos AG, Juli 2015.

²² <http://www.bvkap.de/presse/pressemitteilungen/2016-09-14/bundeskabinett-beschliesst-entwurf-eines-gesetzes-zur>, Stand: 8.1.2017.

²³ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetztexte/Gesetze_Verordnungen/2016-12-23-Verlustverrechnung-bei-Koerperschaften.html, Stand: 8.1.2017.

²⁴ Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, S. 2998.

/// Christen

DIE RELIGION DER ASYLANTEN

WERNER WIATER /// Unter den 2015 in die Bundesrepublik Deutschland Geflohenen ist auch ein beachtlicher Prozentsatz von Christen, die ihre Religionszugehörigkeit aus Angst vor Repressalien durch muslimische Asylanten in der Regel nicht offen erkennen lassen. Für sie ist die Situation in Deutschland schwierig. Sie gehören christlichen Kirchen und Gemeinschaften an, für die es hier nur selten eine Entsprechung gibt, und sie benötigen außer wirtschaftlicher auch religiös-spirituelle Unterstützung.

Die Christen aus dem Orient und den arabischen Staaten gehören meist ganz verschiedenen christlichen Kirchen an, die dort selbständig nebeneinander bestehen. Das erklärt sich aus der Kirchengeschichte, wird aber bei deren Übersiedlung nach Deutschland für sie selbst und für die christlichen Kirchen hier zu einer besonderen Herausforderung.

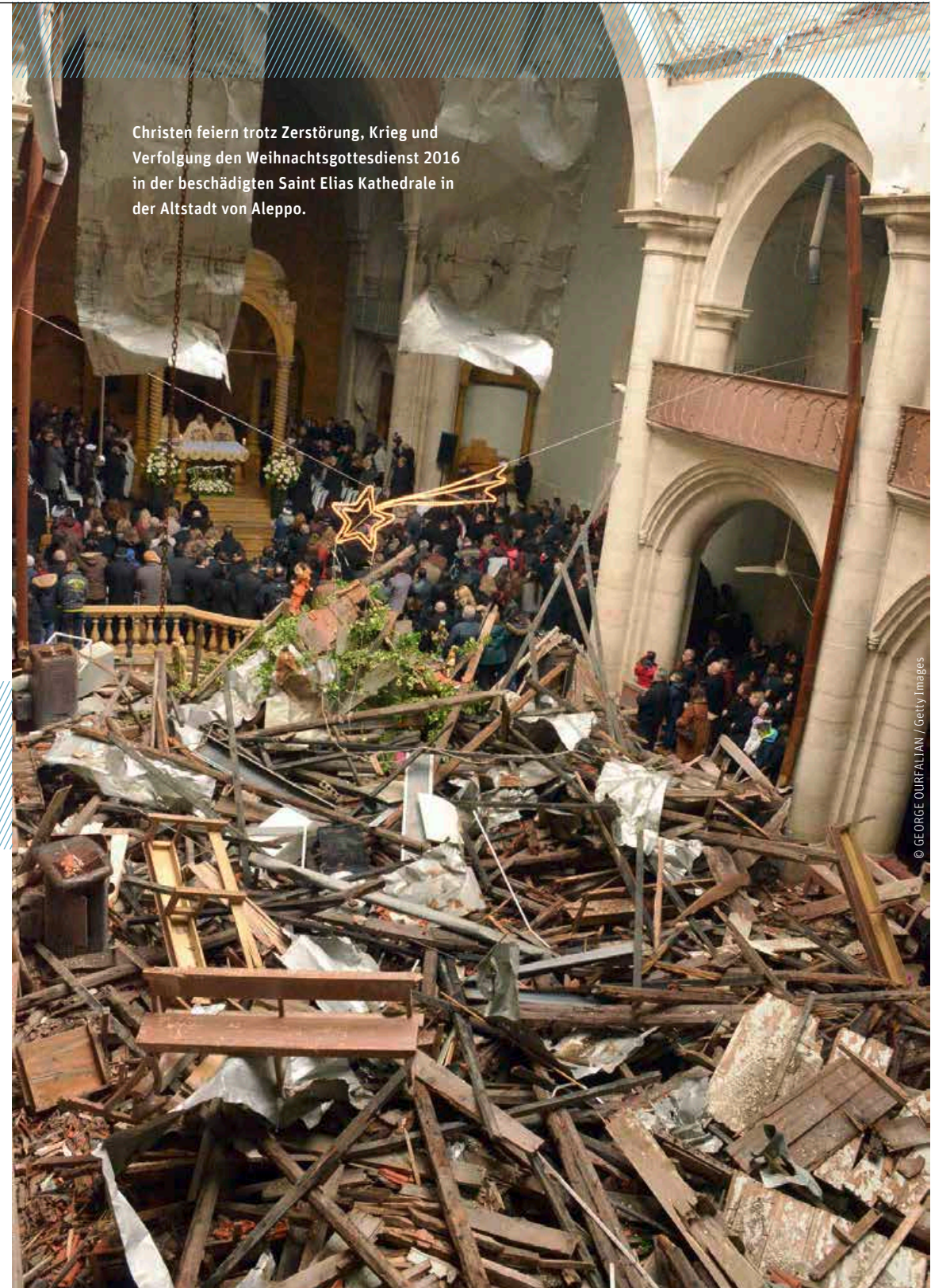
Das Christentum

Das Christentum ist eine Offenbarungs- und Erlösungsreligion. Offenbarungsreligion, weil der Gott Jahwe, der Gott des Volkes Israel, sich durch Propheten und Ereignisse, zuletzt durch Jesus Christus, geoffenbart hat, und Erlösungsreligion, weil Gott in seiner Barmherzigkeit und Liebe Jesus von Nazareth geschickt hat, um die Menschen von ihren Verfehlungen zu erlösen, ihrem Leben und Handeln Orientierung zu geben und ihnen im Leben Gottes Nähe und nach dem

Das **CHRISTENTUM** ist eine Offenbarungs- und Erlösungsreligion.

Tod Gottes Gemeinschaft zuzusprechen. Christen sind die Anhänger dieses Predigers Jesus aus Nazareth in Galiläa („Jesus“ = der Gesegnete), der ca. 7 vor der christlichen Zeitrechnung geboren wurde, mit etwa 30 Jahren umherzog, predigte, Zeichen und Wunder tat, Jünger um sich scharte, Apostel berief und die Frohe Botschaft vom liebenden und vergebenden, aber auch richtenden Gott in Worten und Taten verbreitete. Da seine Verkündigung in Widerspruch zu den Lehren der Juden stand, wurde er dafür etwa drei Jahre später zum schändlichen

Christen feiern trotz Zerstörung, Krieg und Verfolgung den Weihnachtsgottesdienst 2016 in der beschädigten Saint Elias Kathedrale in der Altstadt von Aleppo.



Tod am Kreuz verurteilt, starb am Kreuz, wurde beerdigt und nach dem Glauben und den Erfahrungen seiner Anhänger nach drei Tagen aus dem Grab auferweckt und wenig später in den Himmel zu Gott aufgenommen. Für seine Anhänger war er der von den Juden erwartete Messias, der Christus (Christus = hebr. „Messias“ = der gesalbte König oder Prophet). Ihr religiöses Bekenntnis galt seiner Person, deren Erlösungswerk sie bis heute in Gebet, Gottesdienst und Glaube weiterführen, solange, bis Gott zum großen Endgericht kommt. „Christen“ wurden die Jesus Christus Nachfolgenden erstmals in der Stadt Antiochia (heute türkisch: Antakya) genannt, etwa 10 bis 15 Jahre nach Jesu Tod und Auferstehung.

Das Fundament des christlichen Glaubens und aller Richtungen im Christentum ist das Bekenntnis zu Gott, dem allmächtigen Vater und Schöpfer der Welt, und zu Jesus Christus als dem von Gott gesandten Retter der Welt, Erlöser und Sohn, der nach seinem Wirken auf der Erde, seinem Tod, seiner Auferweckung von den Toten und seiner Aufnahme in den Himmel den Menschen durch seinen Heiligen Geist bis an das Ende der Zeiten weiter hilft. Das Bekenntnis zu Jesus als dem Messias unterscheidet das Christentum radikal vom Judentum.

Textgrundlage für das Christentum ist die Bibel, die aus dem Alten und dem

Neuen Testament besteht. Das sogenannte Alte Testament beginnt mit Gottes Erschaffung der Welt, dem Sündenfall der ersten Menschen und Gottes Reaktion darauf. Es erzählt dann den wechselvollen Weg des Volkes Israel, das Gott sich auserwählt hat, durch die Jahrhunderte hindurch mit Höhen und Tiefen und führt bis zur Erwartung eines Messias, der das im Glauben instabile Volk Israel wieder auf Gott ausrichten werde. Das sogenannte Neue Testament verkündet in der Form einer geschichtlichen Darstellung Jesus von Nazareth als den erwarteten Messias, berichtet von seiner Lehre und seinen Taten, seinen Predigten und außergewöhnlichen Handlungen (Wunder und Zeichen), seiner Kreuzigung durch die jüdische Obrigkeit in Verbindung mit der römischen Besatzungsmacht, seiner Auferweckung durch Gott und seiner Aufnahme in den Himmel zu Gott. Ferner liest man im Neuen Testament über die ersten christlichen Gemeinden und die Verbreitung des Christentums durch die Apostel und Jünger, besonders durch Paulus. Auch endzeitliche Texte finden sich darin (Apokalypse). In der Bibel sehen die Christen Gottes Offenbarung, die nur aus ihrem jeweiligen sprachlichen, historischen und gesellschaftlichen Kontext heraus verstanden werden kann und deshalb immer auf die jeweilige Gegenwart ausgelegt werden muss.

Die Hl. Schrift ist für alle christlichen Konfessionen gleichermaßen verbindlich. Bei theologischen Abhandlungen der Kirchenväter, später überlieferten Texten, den Beschlüssen der Konzile, die ab dem 4. Jh. n. Chr. unter Beteiligung möglichst aller hohen Amtsträger der Kirche stattfanden, um entscheidende theologische Fragen zu klären, und bei der Liturgie gehen die Meinungen

**Die Bibel ist die verbindliche
TEXTGRUNDLAGE des Christentums.**

**Im ARABISCHEN Raum gibt es eine
Vielzahl an konfessionell und
kirchenrechtlich unterschiedlichen
christlichen Kirchen.**

über die Verbindlichkeit auseinander, ebenfalls beim Alleinvertretungsanspruch des Papstes.¹

Unter dem römischen Kaiser Konstantin wurde das Christentum 313 n. Chr. Staatsreligion. Heute ist es die zahlenmäßig größte Religion der Welt. Weltweit gibt es etwa 2,1 Milliarden Christen, was etwas weniger als ein Drittel der Weltbevölkerung ausmacht. Als Christ erfasst wird nur, wer christlich getauft wurde und nicht aus der jeweiligen christlichen Gemeinschaft / Kirche ausgetreten ist. In Deutschland sind etwa 60 % der Einwohner als „christlich“ registriert, wobei Katholische und Evangelische etwa gleichauf sind – bei rückläufiger Tendenz.

Die konfessionelle Vielfalt der Christen im arabischen Raum

Im arabischen Raum gibt es eine Vielzahl und große Verschiedenheit christlicher Konfessionen. An Syrien, dem Land, aus dem die meisten Christen in der letzten Zeit nach Europa geflohen sind, lässt sich das exemplarisch gut darstellen.² Konfessionell und kirchenrechtlich unterschiedliche christliche Kirchen bestehen hier im Land, in den Regionen und auch in den Städten nebeneinander. Die meisten sind Orthodoxe Kirchen, einige unterstehen der Römisch-Katholischen Kirche oder sind mit ihr uniert, andere grenzen sich von ihr ab, wieder andere wenige, seit der

Missionierung im 20. Jh., sind evangelische Kirchen. Sie verstehen sich alle gemeinsam als Kirche Jesu Christi, wenngleich das Nebeneinander z. B. bei den Katholiken nicht frei von Problemen ist, da die Orthodoxen christlichen Kirchen römisch-katholische Kirchengründungen von je her als Einmischung Roms und Verdrängung ihrer frühchristlichen Kirchen-Tradition ansehen.

Die christlichen Kirchen unterscheiden sich darin, dass sie in Kult, Sprache und Organisation einer byzantinisch-orthodoxen, einer altorientalischen oder einer westkirchlichen / lateinischen Tradition folgen. Hinzu kommt, dass für einen kleinen Teil der christlichen Kirchen bis heute eine im 5. Jh. auf den Konzilen von Chalcedon und Konstantinopel geklärte Grundfrage der Christologie, nämlich dass Jesus Christus wahrer Gott und wahrer Mensch ist, noch offen gehalten wird (vgl. Nestorianismus, Miaphysiten). In Europa gibt es Anhänger aller dieser Kirchen, viele davon auch in Deutschland. Sie gehören grundsätzlich zu den Patriarchaten, Bischofssitzen oder Metropolen-Sitzen ihrer Herkunftsländer, haben aber in der Regel eine Kontakt- und Anlaufstelle in Deutschland.

Um die konfessionelle Vielfalt zu veranschaulichen, werden die christlichen Kirchen des arabischen Raums im Folgenden kurz aufgelistet.

Eigenständige Kirchen

- Assyrische (oder auch Apostolische) Kirche des Ostens;
- Orientalisch-orthodoxe Kirchen: Äthiopisch-orthodoxe Kirche, Syrisch-orthodoxe Kirche, Griechisch-orthodoxe Kirche, Armenische Apostolische Kirche, Eritreisch-orthodoxe Kirche.

Unierte Kirchen

(mit dem Papsttum und der Katholischen Kirche Roms kirchenrechtlich verbunden)

- Katholische oder auch Melkitisch-katholische Kirche;
- Griechisch-Syrisch-katholische Kirche;
- (Syrisch-) Maronitische Kirche;
- Armenisch-katholische Kirche;
- Lateinische Kirche (direkt dem Papst und Rom unterstellt);
- Chaldäisch-katholische Kirche;
- Äthiopisch-katholische Kirche (seit 2015 unter der Hierarchie Roms) und
- Eritreisch-katholische Kirche.

Zu erwähnen sind noch arabisch-christliche Stämme wie die Ghassaniden, die in Nordarabien leben, deren Ursprünge ins 1. nachchristliche Jahrhundert zurückgehen und die als vor-paulinische Christen gelten.

Die Koptische Kirche

Die Gesamtzahl der Christen in Ägypten, von denen die meisten Kopten sind, wird zwischen 8 und 11 Mill. angenommen. Kopten sind Christen, deren Ursprung in Alexandrien in den 40er-/50er-Jahren des 1. Jh. nach Chr. liegt. Sie unterteilen sich in

- die Kirche der Koptischen Christen;
- die Koptisch-katholische Kirche;
- die Griechisch-orthodoxe Kirche,
- die Griechisch-katholische Kirche und
- die Protestantische Kirche.

Die Altkirchlichen Patriarchate

Man unterscheidet

- das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel;
- das Griechisch-orthodoxe Patriarchat von Alexandria und ganz Afrika;
- das Orthodoxe Patriarchat von Antiochien und dem ganzen Osten sowie

- das Griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem.

Ursachen für die Multikonfessionalität der arabischen Christen

Die Vielfalt christlicher Kirchen im arabischen Raum hat ethnische, kulturelle, geographische, theologische und machtpolitische Gründe. In ihrem Selbstverständnis sehen sich die orthodoxen Kirchen als die ursprüngliche Kirche an, von der sich andere (auch die Römisch-katholische Kirche) abgetrennt hätten. Der Grund dafür wird in der Tatsache gesehen, dass es christliche Gemeinden hier schon vor den Missionsreisen des Apostels Paulus gab, d. h. vor 45 n. Chr. Sie waren von den Aposteln aus Jerusalem und von zum Christentum bekehrten Diaspora-Juden, Händlern und Soldaten gegründet worden, wie die Apostelgeschichte (Apg.) im Neuen Testament berichtet. Alles spricht dafür, dass die Ursprünge des Christentums nicht nur in Jerusalem und im lateinischen Westen, sondern auch im griechischen Osten (d. h. im heutigen arabischen Raum) liegen. Die orthodoxen Kirchen sehen sich deshalb in der Tradition der Apostel („apostolisch“) und verstehen sich nicht als eine regionale, sondern als allumfassende Kirche („katholisch“). Sie bilden zusammen eine Gemeinschaft, die auch als Ostkirche (ein geo-

Die **VIelfalt** christlicher Kirchen im arabischen Raum hat unter anderem **geographische, theologische und machtpolitische Gründe**.

graphischer Begriff) bezeichnet wird und fast ununterbrochen bis zur muslimischen Eroberung 1453 unter der Herrschaft des Oströmischen (Byzantinischen) Reiches mit der seit 395 n. Chr. bestehenden Hauptstadt Konstantinopel (früher Byzanz, heute Istanbul) standen. Bereits 330 hatte Kaiser Konstantin seine Hauptstadt von Rom hierhin verlegt. Die Kirche im Westen behielt ihr Zentrum mit dem Papst als Nachfolger des Apostel Petrus in Rom; der Patriarch von Konstantinopel als Nachfolger des Apostel Andreas, dem ersten Bischof von Konstantinopel, beanspruchte für sich die gleichen Rechte wie der Papst in Rom.

Einige der orthodoxen Kirchen sind durch die Jahrhunderte hindurch an einer Einigung mit der Römisch-katholischen Kirche interessiert gewesen, andere sahen und sehen bis heute mit Skepsis und Ablehnung, dass die Römisch-katholische Kirche und die Protestantische Kirche sich im arabischen Raum mit eigenen Kirchen etabliert haben.

Die große Verbreitung des Christentums, besonders seine Stellung als Reichskirche seit Kaiser Konstantin 313 n. Chr., das Erstarken des Papsttums als religiöse und politische Macht sowie die Versuche von Theologen (vgl. die Apostolischen Väter, die frühchristlichen Apologeten und die Kirchenväter), Fragen des Glaubens genauer zu klären, systematisch und philosophisch zu beschreiben und so die Reinheit der Lehre zu sichern, sind weitere Ursachen für die Trennung von Westkirche und Ostkirche. Die theologischen Auseinandersetzungen um die Frage, wie zu verstehen wäre, dass Jesus Christus sowohl Mensch als auch Gott war und wie der Hl. Geist Gott und Jesus zuzuteilen wäre, führte auf den Konzilen (vgl. bes.

das Konzil von Ephesus 431 und das Konzil von Chalcedon 541) zur Separierung von Patriarchaten und zu Kirchenneugründungen (vgl. die Assyrische Kirche, die Orientalisch-orthodoxe Kirche von Alexandria (Ägypten) und Antiochia / Syrien), zu der heute die Syrisch-orthodoxe Kirche, die Koptisch-

Theologische Auseinandersetzungen sowie machtpolitische Ansprüche führten zur **TRENNUNG von West- und Ostkirche.**

orthodoxe Kirche in Ägypten, die Äthiopisch-orthodoxe Kirche in Äthiopien, die Eritreisch-orthodoxe Kirche sowie die Armenisch-orthodoxe oder Armenisch-apostolische Kirche zählen. Wegen des damaligen politischen Streits um die Machtbefugnis des römischen Papstes in den Kirchen des Ostens und theologischer Kontroversen kam es im Jahre 1054 unter Führung des Patriarchen von Konstantinopel zur Kirchenspaltung, d. h. zur Trennung des griechisch-byzantinischen Ostens vom lateinisch-römischen Westen.

Seit dem 15. Jh. (Konzil von Florenz) intensivierten sich die Bemühungen um die Wiedervereinigung der Kirchen, was ein über Jahrhunderte dauernder, mühsamer Prozess wurde. Die Reformation mit ihren dezentral organisierten protestantischen Kirchen und ihrer Theologie traf in der Ostkirche auf große Vorbehalte, so dass bis heute nur wenige protestantische oder evangeli-

sche Kirchen im arabischen Raum vorhanden sind. Die bestehenden gehen auf die Missionierung der Protestanten um 1900 zurück. Anders die Bemühungen der Römisch-katholischen Kirche. Sie richtete im ostchristlichen Raum römisch-katholische Kirchen ein, was zu einem Nebeneinander von orthodoxen und rom-unierten Kirchen vor Ort führte. Diese Missionierung Roms wurde zu einem großen Ärgernis der Orthodoxen Kirche und belastet das Verhältnis bis heute.

Seit dem 20. Jh. besteht der „Mittelöstliche Rat der Kirchen“ und „Rat der katholischen Patriarchen“, bei deren Zusammenkünften z. B. die gegenseitige Anerkennung der Sakramente und der wechselseitige Priestereinsatz vereinbart wurden. An der Ökumenischen Bewegung und dem seit 1948 bestehenden Ökumenischen Rat sind auch die orthodoxen Kirchen beteiligt und arbeiten mit daran, die Trennung der christlichen Kirchen zu überwinden. Die Römisch-katholische Kirche ist hier kein Mitglied. Der Konzilspapst Johannes Paul XXIII verstärkte die Bemühungen um die Einheit der Christen, ebenso seine Amtsnachfolger. 1984 kam es zu einem Abkommen mit der Syrisch-orthodoxen Kirche über eine wechselseitige Anerkennung des Eucharistie- und Bußsakraments sowie bei der Krankensalbung.³

Zwischen der West- und Ostkirche bestehen theologische und liturgische UNTERSCHIEDE.

Unterschiede in Theologie und Liturgie

In vielen Bereichen weisen die östlichen Kirchen Unterschiede zur westlichen Kirche auf, die eine lange Tradition haben. Auf einige soll kurz eingegangen werden.

Liturgische Unterschiede

In den christlichen Kirchen des Orients gibt es (ohne Berücksichtigung kleinerer Gruppierungen) fünf verschiedene Liturgien mit unterschiedlichen liturgischen Sprachen. Es gibt den Ostsyrischen und den Westsyrischen Ritus, den Alexandrinischen, den Armenischen und den Byzantinischen Ritus, die teilweise aus dem 4./5. Jh. n. Chr. stammen. So wird z. B. die „Göttliche Liturgie“, d.h. die Messfeier, im byzantinischen Ritus in zwei Phasen vollzogen. Am Wortgottesdienst dürfen auch die Taufanwärter teilnehmen, nicht aber an der Liturgie der Gläubigen. Große Bedeutung haben die Verehrung des Kreuzes mit dem mehrmaligen Ruf „Herr, erbarme dich“ und häufigem Kreuzzeichen sowie die Verehrung von Ikonen, durch die der Gläubige die Beziehung zu Christus und Gott herstellt. Die Eucharistie wird mit geweihtem (meist) gesäuerten Brot vollzogen; beim Herausgehen küssen die Gläubigen das Handkreuz des Priesters und erhalten ein Stück gesegnetes (aber nichtkonsekriertes) Brot mit auf den Weg. Eine Besonderheit der westsyrischen Liturgie sind Metallscheiben mit Glöckchen auf einem Stock, die geläutet werden, als Symbolisierung der Anwesenheit von Engeln. In einigen Ostkirchen wird bei sakramentalen Feiern Myron, ein duftendes Öl, das vom Katholikos alle sieben Jahre in einer besonderen Zeremonie geweiht wird, verwendet. Daneben gibt es Tagegebete zu festgelegten Zeiten.

Die kirchlichen Feste der Ostkirchen ähneln denen der westlichen Kirche. Allerdings werden sie, dem julianischen Kalender folgend, an anderen Tagen gefeiert: Ostern mehrere Wochen später als in der Westkirche, Weihnachten am 7. Januar, wobei die Armenier Weihnachten und Epiphanie zusammen feiern. Außerdem gibt es mehr Fastenzeiten. Das liturgische Jahr beginnt bei ihnen mit Ostern und nicht mit der Adventszeit wie in den Westkirchen.⁴

Theologische Unterschiede

Die orthodoxen Kirchen haben wie die katholische sieben Sakramente, die sie „Mysterien“ nennen: Taufe, Firmung, Eucharistie, Buße, Priesterweihe, Ehe und Krankensalbung. Allerdings werden anders als in der katholischen und evangelischen Kirche Taufe, Firmung und Erstkommunion nach dem Muster der altkirchlichen Erwachsenentaufe in einer Feier gleichzeitig gespendet. Deshalb nehmen auch kleine Kinder schon an der Kommunion teil. Bei der Taufe werden die Täuflinge dreimal völlig unter Wasser getaucht, dann werden sie mit Myron gesalbt, was der Firmung entspricht, und danach wird ihnen die Eucharistie gereicht. In den Ostkirchen sind die Priester verheiratet, Mönche und Bischöfe aber nicht.

Die gegenwärtige Situation der arabischen Christen

Mohammed, der nach seiner Flucht von Mekka nach Medina 622 n. Chr. mit seiner Lehre von den Juden und Christen dort nicht als Gottes letztgültiger Prophet anerkannt wurde, führte bis zu seinem Tod 632 einen Dschihad gegen diese. Teilweise verfuhr er dabei mit ihnen auf brutale Weise, teilweise zeigte er Nachsicht, weil auch sie monotheistisch

waren und in Abraham ihren Urvater sahen (Status als „Schutzbefohlene“ mit eingeschränkter Religionsfreiheit). Die dann folgenden Jahrhunderte zeigen ein wechselvolles, meist gewaltsames, manchmal auch wissenschaftlich-philosophisch befruchtendes Umgehen von Muslimen und Christen miteinander. Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart zeichnen aber ein für die Christen beängstigendes Bild.

Im Ursprungsgebiet des Christentums erfolgt derzeit seine AUSLÖSCHUNG.

Als Ende 19. / Anfang 20. Jh. in islamischen Ländern die Zugehörigkeit zum Islam Kennzeichen der nationalen Identität wurde, verschlimmerte sich die Lage der Christen. Vorläufiger Höhepunkt war 1915 der Genozid an Armeniern und syrischen Christen. Seitdem hören Gewaltakte gegen Christen, Morde, Kirchenzerstörungen und ethnische Säuberungen unter den Christen nicht mehr auf. Die Christen werden behandelt, als gehörten sie nicht in dieses Gebiet und so hat ihr Exodus aus ihrem Stammland seit langem begonnen. Der Bevölkerungsanteil der Christen im Orient am Beginn des 20. Jh. betrug durchschnittlich etwa 25 %, wobei der Libanon mit etwa 45 bis 50 % eine Ausnahme war. Waren Anfang des 20. Jh. in der Türkei die größten Christengemeinden des Nahen Ostens, gibt es in der Türkei heute nur noch wenige Tau-

send Christen mit sehr schwierigen Lebensbedingungen. Überall im Orient sinkt die Zahl der Christen rapide. Seit dem Sturz Mubaraks in Ägypten, dem Tod Saddam Husseins im Irak, dem Syrien-Krieg und dem Erstarren des sogenannten Islamischen Staats (und seiner terroristischen Gruppierungen) hat die Auslöschung des Christentums in diesem Teil der Welt begonnen.

Die Bilanz der Christenverfolgung z. B. in Syrien seit 2011 liest sich in einer Dokumentation der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, bei „Open Doors“ und bei „Kirche in Not“ wie folgt: schlimmste Massaker mit Lynchmorden, Erschießungen und Enthauptungen, Selbstmordattentate in von Christen bewohnten Stadtvierteln, Entführungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Verschleppungen christlicher Priester, Nonnen und Mönche, Versklavungen, Ermordungen, Vergewaltigung christlicher Mädchen und Frauen und deren Verkauf an muslimische Krieger, Zwangsverheiratungen und Zwangskonversionen zum Islam, Geiselnahmen mit unbezahlbaren Lösegeldforderungen, Zerstörung von christlichen Kirchen, Schulen, sozialen Einrichtungen und Kulturdenkmälern wie auch besondere Verbote für Christen und Nichtmuslime sowie massive Behinderung von deren Religionsausübung. Darin ist eine beabsichtigte Auslöschung der Christen in einem Gebiet zu erkennen, in dem das Christentum seinen Ursprung hatte. Wer nicht ermordet oder vertrieben werden will, muss fliehen. Seit der Intervention der USA sind von den 1,3 Millionen Christen nur noch etwa 300.000 dort, seit dem Syrien-Krieg haben von den früher einmal 1,5 Millionen Christen, die etwa 10 % der Gesamtbevölkerung ausmach-

ten, mittlerweile zwei Drittel Syrien verlassen, sind vertrieben oder getötet worden.⁵

Dem überkonfessionellen christlichen Hilfswerk „Open Doors“ zufolge nimmt die Verfolgung von Christen weltweit zu. Mittlerweile sind es 100 Millionen. Allein 2015 hat sich die Zahl der wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit ermordeten Christen und der Angriffe auf Kirchen und Denkmäler verdoppelt. Ganz entscheidend, aber nicht ausschließlich, dafür ist das Anwachsen des islamischen Extremismus (Dschihadisten, Islamisten, Salafisten, Islamischer Staat). Er ist fundamentalistisch und vertritt einen ursprünglichen Islam wie zu Zeiten Mohammeds mit der damaligen Scharia. Er versteht den Dschihad als Auftrag Mohammeds, den Islam zu verbreiten sowie alles Säkulare der westlichen Gesellschaften und alles Nichtislamische mittels Gewalt, Terror und Krieg auszumerzen. Die islamischen Extremisten halten sich von Ab-

Die weltweite Christenverfolgung NIMMT ZU.

trünnigen und Ungläubigen fern, wie es der Koran vorschreibt (Suren 2,120; 3,118; 5,51: 60,13), und gehen gegen Abtrünnige und Andersgläubige, insbesondere Christen, gewaltsam (vgl. die sogenannten „Schwertsuren“ 3,85; 3,110; 9,29; 5,33), wenn nötig auch militärisch vor (explizit Sure 9,29), um dem Islam zur weltweiten Verbreitung zu verhel-

fen. Sie glauben, dass sie mit einem Selbstmordattentat oder mit dem Töten von Christen und Nichtmuslimen von Allah sofort in das Paradies mit all seinen Verlockungen aufgenommen werden. Ein Übriges tut der religiös motivierte Nationalismus wie in Indien oder Myanmar, der die Bevölkerung gegen die Christen aufbringt.⁶ Der von „Open Doors“ 2016 veröffentlichte Weltverfolgungsindex, erstellt zwischen dem 1. November 2014 und dem 31. Oktober 2015, enthält eine Rangliste der Länder, in denen Christen wegen ihres Glaubens am meisten und grausamsten verfolgt werden. Die ersten zehn der 50 (!) aufgelisteten Länder heißen Nordkorea, Irak, Eritrea, Afghanistan, Syrien, Pakistan, Somalia, Sudan, Iran und Libyen.⁷

Konsequenzen für die Kirche in Deutschland

Kirchenverständnis, Kirchenleben, Feste, Riten und Lebensweisen sind bei den christlichen Kindern und Jugendlichen vollkommen anders als in ihrer Heimat. Dort bot ihnen die Gemeinschaft ihrer Kirche nicht nur religiösen Halt, sondern auch einen Lebensraum, in dem sie Hilfe, Trost und Ermutigung erfuhren. Die Flucht, für sie meist mit traumatisierenden und verstörenden Erlebnissen verbunden, brachte einen Abbruch dieser Beziehungs- und Bindungskultur mit sich, für die es in Deutschland zunächst keine Kompensation gibt. Die Aufnahme von Kontakten zu den Pfarrern, Erzpriestern oder Bischöfen, zum Generalsekretariat der Orthodoxen Bischofskonferenz oder zur Metropole, die es in Deutschland an manchen Orten gibt, oder zu den wenigen kleinen Gemeinden ihrer „Konfession“, soweit es sie in Deutschland gibt, ist hilfreich, kann aber allein das große Problem, vor-

dem die Asyl suchenden Christen aus dem Nahen Osten stehen, nicht lösen. Hier wäre die wichtigste Aufgabe der Christen in Deutschland, Beziehungen zu ihnen herzustellen, sie Akzeptanz erleben zu lassen und ihnen Hilfe beim religiösen und alltäglichen Eingewöhnen zu leisten, unabhängig davon, welcher speziellen Konfession / Kirche sie zugehörig sind. Trotz der Jahrhunderte alten Probleme, die die institutionalisierten Westkirchen mit den Ostkirchen und umgekehrt haben, und ungeachtet der pastoralen Zuständigkeiten, der kirchenrechtlichen Regelungen und der dogmatischen Differenzierungen muss alle Anstrengung auf deren religiöse Sozialisation in Deutschland gerichtet werden.

Die Schule als gesellschaftliche Institution im demokratischen Staat und mit Wurzeln im abendländischen Christentum hat hier einiges zu bieten: die Sprachförderung, die Gemeinschaftlichkeit beim Lernen und den Religions- und Ethikunterricht mit seinen Angeboten der Wertklärung und Sinnfindung. Doch ist, was den konfessionellen Religionsunterricht anbetrifft, auch hier mit Problemen zu rechnen, so z. B. wenn die Christen aus Kirchen kommen, die selbstständig und rom-unabhängig sind und die große Bedenken gegen katholische oder evangelische Kirchen in ihrem angestammten Gebiet hatten bzw. haben. Hier bedarf es hoher Sensibilität und offener Gespräche der ansässigen Christen mit den zugewanderten und der aufnehmenden Schulen mit den Eltern der Betroffenen. Auch mit dem hiesigen Verständnis des Religionsunterrichts kann es Schwierigkeiten geben. Denn der Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland ist kein Unterricht der Kirche in der staatlichen Schule und

zielt auch nicht auf Missionierung ab, sondern legitimiert sich aus der abendländisch-christlichen Kultur Europas und der Suche des Menschen nach Antworten auf die Fragen nach dem Woher, dem Wohin und dem Sinn des Lebens. Es ist damit zu rechnen, dass ein solches Verständnis von Religionsunterricht für Christen aus dem arabischen Raum, die wegen ihres Glaubens verfolgt wurden, befremdlich ist und dass sie anderes in Deutschland erwarten. Hier ist seitens der Lehrkräfte Einfühlungsvermögen nötig und die Bereitschaft, deren religiösen Erfahrungen Raum zu geben, um einer religiösen und spirituellen Entfremdung der betroffenen christlichen Schüler vorzubeugen.



/// **PROF. DR. DR. WERNER WIATER**
ist Professor für Schulpädagogik an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg.

Anmerkungen

- ¹ Fischer, A.: Die sieben Weltreligionen, Fränkisch-Crumbach 2004; Brunner-Traut, E.: Die fünf großen Weltreligionen, Freiburg i. B. 2007; Trutwin, W.: Weltreligionen. Christentum, München 2012.
- ² Bryner, E.: Die Ostkirchen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Leipzig 1996; Basdekis, A.: Die Orthodoxe Kirche, Frankfurt a. M., 4. Aufl., 2003; Oeldemann, J.: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen, Regensburg, 3. Aufl., 2011.; Mykhaleyko, A.: Die katholischen Ostkirchen, Göttingen 2012; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Christen aus dem Orient, Arbeitshilfen Nr. 283, Bonn 2016.
- ³ Jedin, H.: Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. 1-7, Freiburg 1962-1979 (passim); Kreikenbom, D.: Arabische Christen – Christen in Arabien, Frankfurt a. M. 2007; Khalil, Samir S. / Koller, M.: Muslime und Christen. Geschichte und Perspektiven einer Nachbarschaft, Augsburg 2011; Lange, Ch. / Pinggéra, K.: Die altorientalischen Kirchen. Glaube und Geschichte, Darmstadt, 2. Aufl., 2011; Fischer: Die sieben Weltreligionen, S. 61 ff; Trutwin: Weltreligionen. Christentum, S. 146-159 u. 160-173.
- ⁴ Betz, H.D. / Browning, S. / Janowski, B. / Jüngel, E.: Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6., Tübingen 2003; Oeldemann: Die Kirchen des christlichen Ostens; Ders.: Konfessionskunde, Paderborn 2015; Suermann, H.: Konfessionelle Vielgestaltigkeit, in: Herder Korrespondenz 6/2016, S. 27-30.
- ⁵ <https://www.gfbv.de/de/news/chronik-christen-verfolgung-syrien-7926/>; http://www.bpb.de/publikationen/R1HJSB,2,0,Christen_in_der_islamischen_Welt.html; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit: Syrien, Arbeitshilfen 277, Bonn 2015.
- ⁶ <http://www.dw.com/de/open-doors-verfolgung-von-christen-nimmt-zu/a-17212027>
- ⁷ <https://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2016/>; <http://www.kirche-in-not.de/>

Die Christen aus dem arabischen Raum brauchen **UNTERSTÜTZUNG** bei der religiösen Sozialisation im Westen.

Für die erwachsenen christlichen Asylsuchenden braucht es eine besondere Pastoral, bei der die christlichen Gemeinden den Kontakt zu ihnen suchen und institutionalisieren, um ihre Religiosität besser kennenzulernen und mit ihnen Liturgie feiern zu können. ///

Der erste Teil dieses Beitrages, „Die Religion der Asylanten: Muslime, Kurden, Jesiden“, erschien in den Politischen Studien 471, Januar/Februar 2017.



Masala, Carlo: Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens. München: C.H. Beck Verlag 2016, 176 Seiten, € 14,95.

/// Das „Räumkommando West-Wing“ ist gescheitert

DIE WELT IN UNORDNUNG

Carlo Masala erklärt in seinem neuen Buch „Weltunordnung“, warum die Versuche des Westens, eine globale Ordnung zu schaffen, gescheitert sind und unter welchen Bedingungen Staaten und nicht-staatliche Akteure in der internationalen Politik zukünftig handeln werden. Er wird sich damit unter seiner Leserschaft viele Feinde machen – Feinde, damit sind gemeint: Idealisten, Wunschdenker, Phantasten. Freunde wird er sich hingegen unter denen machen, die das klare Wort lieben, kluge Politik schätzen und eine – im Sinne der politikwissenschaftlichen Denk-

schulen – (neo-)realistische Sichtweise der internationalen Politik gegenüber einem liberal-institutionalistischen Modell favorisieren. Damit dürfte Masala sein erklärtes Ziel, mit seinem Buch kontroverse Debatten in der interessierten Öffentlichkeit anzustacheln, erreichen.

Der Autor stellt seine Ausführungen unter zwei zentrale Thesen: Erstens sei der Versuch, die Welt zu verwestlichen, gescheitert; zweitens sei die daraus folgende Unordnung weniger Übergangszeit als vielmehr Normalität. Daran müsse sich staatliche Politik anpassen.

Auf knapp 180 Seiten untersucht Masala, der an der Universität der Bundeswehr Internationale Politik lehrt, zunächst die Illusionen des Westens nach dem Ende des Kalten Krieges. So haben sich die Demokratisierungsprojekte des Westens nicht nur als illusionär erwiesen – schlimmer noch: Sie haben autoritäre Drittstaaten in die Hände autoritärer Großmächte wie China und Russland getrieben. Militärische Interventionen des Westens, allen voran das von den Neokonservativen um George W. Bush forcierte Eingreifen in Afghanistan und im Irak seien demzufolge gescheitert. Hinzu komme, dass die Institutionen NATO und EU als zentrale ordnungspolitische Pfeiler westlicher Politikgestaltung ausfielen. Die Idee einer stetigen Verrechtlichung der internationalen Politik habe sich daher überlebt. Der Traum von der Verwestlichung der Welt, so schließt Masala, sei ausgeblüht. Zurück bleibe eine neue Unordnung in der internationalen Politik.

Im zweiten Teil des Buchs befasst sich Masala mit den großen Mächten, den zentralen Einheiten einer neorealistischen Welt – einer Welt, die von Nationalstaaten, Anarchie, dem Selbsthilfeprinzip und Gleichgewichtsdenken dominiert wird. Militärisch haben die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges relativ an Macht verloren, seien aber immer noch führend. Masala weist dabei auch darauf hin, dass hybride Kriege in der internationalen Arena an Gewicht gewonnen haben und Narrative über Sieg und Niederlage entscheiden könnten. Sei hinsichtlich militärischer Macht das internationale System noch unipolar auf die USA hin konfiguriert, so lebten wir im ökonomischen Bereich bereits heute in einer multipolar geordneten Welt.

Ist das amerikanische Jahrhundert daher bereits zu Ende? Zwar seien die USA militärisch weiterhin überlegen und auch ökonomisch erscheine die amerikanische Wirtschaft vitaler als die seiner unmittelbaren Konkurrenten. Aber sie seien nicht mehr in der Lage, Entwicklungen in anderen Bereichen der Welt zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In der Peripherie amerikanischer Macht übernahmen bereits andere – zuvörderst China und Russland – das Sagen. Doch Motivation zu harter Gegenmachtbildung bestünde aufgrund des fehlenden amerikanischen Bedrohungspotenzials keine. Lediglich in ihrem regionalen geopolitischen Vorfeld würden China und Russland aktiv – Russland durch indirekte Imperienbildung in seinen Nachbarstaaten, China durch hegemoniale Ambitionen im südchinesischen Meer. Indirekt sei aber eine weiche Gegenmachtbildung bereits im Gange; man denke dabei an die rhetorische Verunglimpfung amerikanischer Macht oder den Aufbau alternativer internationaler Institutionen wie der Asiatischen Infrastrukturinvestment Bank (AIIB).

Dies alles deute darauf hin, dass es keine gemeinsame Auffassung darüber gebe, welche Spielregeln für die internationale Politik des 21. Jahrhunderts gelten sollten und dass Chaos und Unordnung im internationalen System tendenziell zunehmen. Ad hoc-Koalitionen zur Lösung konkreter Probleme seien Zeichen solcher Entwicklungen und verstetigten den Befund, dass die Ordnung, die uns erwarte, weder langfristig noch berechenbar sei.

Der dritte Teil des Buchs steht unter dem Titel „Neue Herausforderungen“. Signum der neuen Unsicherheit nach Masala sei ein rapide zunehmender Staatenzerfall – ein Problem, das beson-

ders nach dem Ende des Kalten Krieges virulent geworden ist. Nationalismus und Re-Nationalisierung, insbesondere im stabil geglaubten Europa, forderten das internationale System heraus. Ebenso täten dies hybride Herausforderungen wie der internationale islamistische Terrorismus oder Pandemien und Epidemien. Zudem berge Migration die Gefahr, Konflikte aus Herkunftsländern von Zuwanderern in die Aufnahmestaaten zu exportieren. Schließlich sei die Digitalisierung eher Fluch als Segen für die internationale Politik, da sie traditionelle Instrumente der Informationsvermittlung wie das Fernsehen entbehrlich mache und den Informationsvorsprung klassischer Akteure, also der Regierungen, minimiere.

Nach diesen Überlegungen überrascht Masalas Fazit kaum. Der Westen, allen voran die USA, habe mit seinem Ziel der Verwestlichung der Welt Widerstand provoziert. Dieser Widerstand äußere sich durch nicht-staatliche Akteure wie Terroristen, aber auch seitens der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Folglich müsse sich der Westen von großen Strategien und der Verbreitung universeller westlicher Werte verabschieden. Versuche, Ordnung zu stiften, solle der Westen sein lassen und sich vielmehr an die realistische Lösung konkreter Probleme wagen. Nur so lasse sich zumindest partiell Stabilität produzieren. Für Deutschland heiße dies, seine Außenpolitik strikt am nationalen Interesse zu orientieren und dieses in letzter Konsequenz in Koalitionen der Willigen durchzusetzen, denn eine Reform globaler liberaler Institutionen sei unmöglich.

Was in Masalas Darstellung fehlt, ist ein Bekenntnis zu den Erfolgen der

westlichen Demokratien. Der Wohlstand, Frieden und die Freiheit, die diese mit sich brachten, sind ein starkes Motiv für Weltordnungspläne genau nach diesem Muster und helfen zu erklären, warum westliche Demokratien auch Interventionsmächte werden können – so falsch dies nach des Autors Lesart auch immer sei.

Dessen ungeachtet hebt sich Masala mit seiner nüchternen Analyse wohlthuend von alarmistischen Zeitdiagnosen ab, die nicht erst seit der Inauguration Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten wieder in Mode sind. Insofern folgt der Verfasser zumindest mittelbar John Mearsheimers, Stephen Walts (z. B. *European Journal of International Relations*, 2013) und Maximilian Terhalles (*Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 2016) Credo, die Politikwissenschaft sollte aus dem Irrgarten, in dem sie durch Hypothesentesten und exzessive Anwendung quantitativer Methoden ihre Relevanz zu verlieren droht, herausfinden und statt dessen im öffentlichen Diskurs präsenter werden. Auch deswegen verdient Masalas Monographie eine klare Empfehlung – und zwar nicht nur für den geneigten Beobachter, sondern auch für den professionellen Politikwissenschaftler.

MANFRED GROSS M.A.,
HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTES
MANAGEMENT GMBH,
ISMANING

Marg, Stine / Trittel, Katharina / Schmitz, Christopher / Kopp, Julia / Walter, Franz: *NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: transcript-Verlag 2016, 161 Seiten, € 19,99.



Als Bundespräsident Joachim Gauck im letzten Jahr öffentlich von „Dunkeldeutschland“ sprach, geschah dies nicht zuletzt mit Blick auf das Phänomen der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Ob jene Protestbewegung die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft sei, fragten sich die Forscher des Instituts für Demokratieforschung und hüllten ihre gleichnamige Studie von 2015 in einen schwarzen Einband. Dem Grundsatz, „Wo Schatten ist, ist auch Licht“ folgend, kommt die nun vorgelegte Arbeit im weißen Buchumschlag daher. Die vierköpfige Autorengruppe liefert darin einen originellen Forschungsbeitrag.

Erkenntnisinteresse der insgesamt acht Kapitel umfassenden Untersuchung ist die Beurteilung von Politik, Demokratie und Gesellschaft durch die NoPegida-Aktivistinnen sowie deren Wertekanon. Die wahre Flut an Unterfragen – hier verliert der Leser auf knapp drei Seiten zuweilen den Durchblick – mündet in eine übersichtliche Gliederung. Zunächst stellen die Verfasser Besonderheiten der vier untersuchten Städte Dresden, Karlsruhe, Frankfurt und Leipzig heraus. Anschließend befragen sie die Bewegung über deren Verhältnis zu Polizei, Gewalt, Politikern und Medien. Den größten Part nehmen das Gesellschaftsbild und die Werteordnung ein.

So unbedarft, wie die hell-dunkel Gestaltung vermuten lässt, arbeiten die Göttinger nicht. Ihr umfassendes Studiendesign – eine Online-Umfrage, Experteninterviews, Gruppendiskussionen, Veranstaltungsbeobachtungen sowie die Analyse von Kommentaren in sozialen Medien – bemüht sich um eine differenzierte Betrachtung der Protestbewegung. Den Autoren gelingt es – hierin liegt die Stärke der Arbeit –, Widersprüche im Denken der Aktivistinnen herauszuarbeiten. Sie gestehen ihnen ein differenziertes Urteilsvermögen zu, erblicken aber ebenso das „Muster der Selbsterhöhung durch die pauschalisierende Deklassierung des Gegenübers“ (S. 71). Bemerkenswert ist die These, NoPegida sehe einerseits die diffusen Ängste der Pegida-Anhänger als deren größte Schwäche an und erschaffe andererseits selbst ein Angstnarrativ, demzufolge gerade die unscheinbarsten Pegida-Aktivistinnen ihre extremistischen Überzeugungen bisher verbergen.

Die Verfasser arbeiten die lokale Spezifik in den vier untersuchten Städten pointiert heraus. Ihr breiter Blick ist löblich, hätte aber von einem systematisch angelegten Vergleich profitiert. Vereinzelt stellt die Studie ihre Thesen den Erkenntnissen über andere Bewegungen gegenüber. Leider wirkt dies mitunter willkürlich, die Chance einer umfassenderen Einordnung wird versäumt. Etwas ertragreicher ist der direkte Vergleich mit Pegida im resümierenden Kapitel. NoPegida konnte dank ausgeprägter Demonstrationenkultur ihrer Teilnehmer deutlich erprobter und professioneller agieren als Pegida. Auf eine große Chiffre der deutschen Nachkriegsgeschichte rekurren beide in ihrer Identitätsbildung. Für Pegida nimmt 1989 als „das Aufbegehren ge-

gen ‚die da oben‘, die absolute Gemeinschaftserfahrung des ‚Wir sind das Volk‘“ (S. 131 f.) eine wichtige Rolle in der Gruppenbildung ein. Die NoPegida-Teilnehmer erblicken 1968, einem „Erinnerungsort romantischer Hoffnungen einer Veränderung der Welt“ (S. 132), ihren historischen Bezugspunkt.

Besonders überraschend ist ein Großteil der Erkenntnisse nicht. Unvermutet tritt dem Leser jedoch die linksliberal geprägte Einstellung der Demonstranten entgegen. Ihr Selbstverständnis ist das eines partizipierenden Bürgers, der auch jenseits der Wahl öffentlich für seine Werte eintritt und die Politik als gleichberechtigten Partner begreift. Die Autoren erblicken hierin eine „Affinität zu frühliberalen Leitideen und frühbürgerlichen Identitäten“ und entwickeln daraus die kühne These: „Das neuhumanistische Bildungsideal und die liberalen Leitsterne aus der Zeit vor dem Kaiserreich, vor der Nationalstaatsbildung, vor der Hochindustrialisierung, vor der Macht zentralistischer Großorganisationen haben offenkundig mehr Spuren und Prägungen hinterlassen als oft vermutet wird.“ (S. 135)

Mit dieser Arbeit komplettieren die Göttinger Forscher ihre Dilogie über zwei aktuelle Protestformationen in Deutschland. Sie nähern sich ihrem Untersuchungsgegenstand mit großer Empathie und lassen zuweilen einen kritisch-differenzierten Blick vermissen. Die Studie ist leicht verständlich, sie verzichtet auf einen umfangreichen Fußnotenapparat sowie ausschweifende theoretische Erörterungen und kann daher für ein größeres Publikum empfohlen werden. Eine letztgültige Antwort auf die Titelfrage bleibt das Autorenteam dem Leser schuldig. Immerhin konnten sie NoPegida als eine Protestbewegung zeigen, die in ihrer

Mehrheit an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen interessiert ist und dazu auch befähigt zu sein scheint.

SANDRA WIRTH,
DRESDEN



Buchta, Wilfried: *Die Strenggläubigen. Fundamentalismus und die Zukunft der islamischen Welt.* Berlin: Hanser Verlag 2016, 240 Seiten, € 20,00.

Wilfried Buchta ist ein renommierter Islamwissenschaftler, ein ausgezeichnete Kenner des Iran und der schiitischen Religion. Sein Wissen über die schiitische Geistlichkeit, die schiitische Theologie und die inneren Widersprüche in der theologischen Legitimation der Herrschaft in der Islamischen Republik Iran und dessen Weitergabe an viele Leser ist immer von großem Wert gewesen. Niemand anderer konnte besser vermitteln, dass das politische System im Iran mit der schiitischen Religion so gut wie nichts zu tun hat als Wilfried Buchta. Er erreicht eine breite Leserschaft und verlor dabei nie die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Analyse und deren Ansprüche aus den Augen.

Mit seiner neuesten Veröffentlichung aber reiht sich Buchta ein in die seit geraumer Zeit nicht enden wollende Flut von Publikationen von Nahostkonfliktverstehern und -erklärern, die sich der Aufgabe stellen, in einem einzigen Buch die Gesamtheit der Hintergründe aller Konflikte im Vorderen Orient im Instant-

Format zu vermitteln. Gelingen ist das freilich noch nie so ganz. Zu komplex sind die Ursachen und Hintergründe eines jeden einzelnen dieser Konflikte, als dass sich deren Betrachtungen auf Suppenwürfel-Format komprimieren lassen könnten. Doch wer Rang und Namen hat, der muss zwangsläufig gegenwärtig geradezu dabei sein im Chor der Alleserklärer und so auch derjenige, dessen wissenschaftliche Reputation makellos ist.

Und so durchläuft, ja durchrennt man auf 240 Seiten im Schnelldurchlauf islamische Geschichte und Gegenwart. Das Buch enthält viele wertvolle Informationen für jenen Leser, der sich in der U-Bahn schnell über all das informieren möchte, was gegenwärtig im Vorderen Orient so alles zu Bruch geht. Und dieser Kurzstrecken-Interessierte weiß am Ende dann doch Bescheid darüber, dass die westliche Welt nicht ganz unverantwortlich am Chaos in der Region ist. Das stimmt leider nur allzu sehr. Doch dass die USA mit der Irak-Invasion 2003 die Büchse der Pandora geöffnet haben ist nichts allzu Neues, man konnte Fehler und Fehlentscheidungen der US-amerikanischen Nahostpolitik schon bei Gudrun Harrer sehr gut nachvollziehen. Und dass von diesen Fehlentscheidungen eine direkte Linie hin zum IS führt, konnte man bei Harrer auf das Beste sehen. Dass George W. Bush kein Glücksfall für die amerikanische Nahostpolitik war, weiß heute jeder – bis auf George W.

Dass das Scheitern des arabischen Nationalgedankens und der arabischen Kriegskoalition im Sechstagekrieg 1967 der Entstehung des Fundamentalismus den Weg bereitet hat, wie oft konnte man das schon nachlesen, man kann die Geschichte mittlerweile im Halbschlaf nach erzählen. Die Tatsache aber, dass Saudi-

Arabien und die Unterstützung rigoristischer Fanatiker durch das zwielfältige Königreich zentraler Verursacher der meisten Konflikte in der Region sind, kann man gar nicht oft genug wiederholen. Sehr gut zeigt Buchta, dass der IS-Islam nichts anderes ist als reinste saudische Pervertierung des Islam. Dass die IS-Kämpfer in den von ihnen beherrschten Gebieten genau das gleiche vollziehen, was in der Fanatokratie Saudi-Arabien tagtäglich geschieht, entgeht zu vielen.

Auf der anderen Seite wirkt vieles von dem, was Buchta über die Schwierigkeiten der Reform des Islam schreibt, verallgemeinernd. Die Hintergründe der Probleme, denen sich eine moderne Koran-Neuinterpretation im Vorderen Orient gegenübergestellt sieht, werden an manchen Stellen so dargestellt, als sei doch der Islam selbst das Hauptproblem. Die Tatsache, dass es moderne Koran-Exegeten gibt, beweist allein schon das Gegenteil. Die Frage, warum sich die Orthodoxie heute – vor allen Dingen unter westlich orientierten Regimen – so leicht dabei tut, den Reformern das Leben schwer zu machen, ist allemal die interessanteste.

Am Ende seines Buches lehnt sich Buchta aus einem Fenster, das man als Autor von Büchern über den Nahen Osten besser nicht aufmachen sollte. Er bietet Zukunftsszenarien für die Region bis zum Jahr 2026 an. Man erinnert sich dabei dunkel an einen deutschen Politikwissenschaftler, der in seiner Analyse der politischen Systeme im Vorderen Orient von deren Erstarrung sprach und kurz vor Beginn des „Arabischen Frühlings“ die Fachwelt mit der Prophezeiung beglückte, dass die Ghaddafis des Nahen Osten auch in zwei Jahrzehnten noch herrschen werden.

Wie manch anderer Autor zuvor, möchte auch Buchta für den Leser nach

Antworten zu Fragen der Konfliktlösung suchen. Nach all den neueren Rund-um-Publikationen zum Nahen Osten steht man auch nach der Lektüre dieses Buches diesbezüglich wie Goethes Faust immer noch als „armer Tor“ da, der „so klug“ ist „als wie zuvor.“ Der Markt an Büchern zur Alleserklärung der Krisen und Kriege in dieser Weltregion scheint gesättigt, doch es werden wohl weitere Schnellgerichte zum Thema gekocht werden. Dabei wird als ungeschriebener Untertitel wohl auch wieder „Am Besten nichts Neues“ zu vermuten sein. Nichtsdestotrotz: Buchta ist ein Kenner der Materie. Für denjenigen, der sich bislang nur aus den Nachrichten zum Thema ernährt hat, ist es eine wertvolle Nahrungsmittelergänzung.

PD DR. PETER L. MÜNCH-HEUBNER,
UNIVERSITÄT AUGSBURG

Backes, Uwe / Gallus, Alexander
/ Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch
Extremismus und Demokratie.
Baden-Baden: Nomos 2016,
540 Seiten, € 98,00.



Das Jahrbuch Extremismus und Demokratie, herausgegeben von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, – mittlerweile in der 28. Ausgabe erschienen – setzt die erfolgreiche Tradition dieses Standardwerks fort. Erneut werden historische wie aktuelle Phänomene des Extremismus mit großer Sachkunde von ausgewiesenen Fachleuten

analysiert. Der komparative Aspekt fehlt ebenso wenig wie der Blick ins Ausland. Alle Erscheinungsformen des Extremismus werden dabei unter Beibehaltung der bewährten Gliederung analysiert: Analysen, Daten, Dokumente, Dossiers sowie Literatur. Hinzu kommt ein „Forum“, in dem mehrere Autoren Fragen zum selben Thema beantworten.

Im ersten Abschnitt („Analysen“) analysiert Eckhard Jesse rückblickend die Wirkung des „Extremistenbeschlusses“ von 1972 und unterstreicht, wie problematisch die Bewertung war, dieser würde zu „Duckmäusertum“ führen. Jürgen W. Falter liefert in seinem Beitrag sehr interessante Einblicke in eines seiner Forschungsfelder, wo er eine quantitative Analyse der Mitglieder der NSDAP durchführt. Er zeigt, dass diese zu Beginn eine sehr jugendliche Partei war und widerlegt erneut die These von der NSDAP als Mittelschichtspartei. Nicht nur unter den Wählern, auch unter den Mitgliedern war der Arbeiteranteil sehr groß. Mathias Grabert vergleicht den Radikalisierungsprozess bei der Sauerlandgruppe mit dem beim NSU. Er findet durchaus Gemeinsamkeiten, die bei aller ideologischen Unterschiede eher im biografischen und prozessualen Bereich liegen. Es folgt ein thematisch etwas engerer Vergleich von Isabelle-Christine Panreck über die Berichterstattung zur deutschen Haltung in der Lybienfrage 2011 bei „Freitag“ und „Junge Freiheit“.

Im anschließenden „Forum“ werden vier Fragenblöcke zur AfD von mehreren Interviewpartnern beantwortet. Dabei sind zunächst die beiden Bundessprecher der Partei, Jörg Meuthen und Frauke Petry, an der Reihe. Es verwundert nicht, dass sie ihre Partei nicht als rechtspopulistisch titulieren. Sie sehen

die AfD als demokratische Partei – eine „moderne“ Partei im Sinne eines Normalisierungsprozesses des Parteiensystems wie in anderen europäischen Ländern. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz wollen sie mit allen rechtlichen Mitteln angreifen. Der Begriff der Normalisierung findet auch bei Frank Decker Unterstützung, der jedoch die Partei durchaus als rechtspopulistisch bezeichnet. Als hauptsächliche Motivlagen für die Wahl der AfD macht er „Unsicherheit“ und „Unbehagen“ aus. Auch Thorsten Oppeland sieht die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ als gerechtfertigt an und verortet sie als systemimmanente Protestpartei, nicht aber als Feind fundamentaler Prinzipien der demokratischen Grundordnung. Werner J. Patzelt kann sich mit dem Begriff „populistisch“ für die AfD weniger anfreunden und betont, neben populistischen Forderungen seien auch solche erkennbar, die man als klar rechts bezeichnen könne.

Der dritte Abschnitt („Daten, Dokumente, Dossiers“) bringt erneut einen Überblick über Wahlen und Organisationen im Berichtsjahr 2015 von Eckhard Jesse und Uwe Backes, wobei zumeist die extremistischen Gruppierungen im Vordergrund stehen. Es folgt eine kurze Dokumentation von Alexander Gallus über die wachsende Parteienskepsis in Europa. Daran schließt sich zunächst eine Bilanz des KPD-Verbots 1956 durch Werner Müller an. Marc Brandstetter liefert einen interessanten Beitrag über die Gründung der „Rechten“ und des „Dritten Weges“ als Reaktion auf (mögliche) staatliche Verbote. Ebenso lesenswert der Beitrag von Benjamin Onasch über die rituelle Dimension des Terrorismus mit der rituellen Inszenierung von Menschenopfern und Selbst-

aufopferung im Dschihadismus. Im biografischen Porträt behandelt Jürgen P. Lang die Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Leben Jürgen Elsässers. Es ist schon erstaunlich, wenn Elsässer 1990 in einer Zeitung des Kommunistischen Bundes „die Zerstörung des deutschen Staates und seine [...] Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat sowie [die] Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft“ (S. 226) fordert, heute aber bei Pegida auftritt – vielleicht ist er wirklich ein „Linksrechtsextremist“ (S. 237) und möglicherweise werden derartige Charaktere häufiger von randständigen Gruppierungen in der Demokratie angezogen. Es folgt ein Länderporträt Türkei sowie ein Zeitschriftenporträt zum „Kurier der Christlichen Mitte“.

Der Literaturteil bietet wie immer eine umfassende Sammlung längerer und kürzerer Rezensionen. Die Fülle der Haupt- und Kurzbesprechungen sowie die kommentierte Bibliografie bieten wieder einen umfassenden Überblick über wichtige neue Literatur und sind für Fachleute und andere Interessierte eine Fundgrube. Auch ein ausführliches Personenverzeichnis ist erfreulicherweise wieder vorhanden.

Das neue Jahrbuch Extremismus und Demokratie zeigt erneut auf gewohnt hohem Niveau, was in diesem Wissenschaftsbereich publiziert wird und wie es einzuordnen ist. Die Arbeit, die sich die Herausgeber machen, spiegelt sich in dieser Publikation Jahr für Jahr wider. Davon profitieren alle Leser – und vor allem die Extremismusforschung selbst.

**DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**

**März, Stefan: Alfons Goppel.
Landesvater zwischen Tradition
und Moderne. Regensburg:
Pustet 2016, 143 Seiten,
€ 12,95.**



Der schmale, mit einem Geleitwort von Thomas Goppel versehene Band stammt aus der bei Pustet erscheinenden Reihe „Kleine Bayerische Biografien“, die seit einigen Jahren Thomas Götz herausgibt.

Der Autor gliedert seinen Stoff zum Bayerischen Ministerpräsidenten der Jahre 1962 bis 1978 chronologisch und schildert Goppels Lebensweg von der Geburt am 1. Oktober 1905 in Rheingausen, das seit 1924 zu Regensburg gehört, bis zu seinem Tod am Heiligen Abend des Jahres 1991 in Johannesberg bei Aschaffenburg. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums in Regensburg ging Goppel zum Jurastudium nach München. Seiner Prägung entsprechend war dies mit dem Eintritt in zwei katholische Studentenverbindungen verknüpft. 1928/1929 schloss er das Studium mit dem 2. Staatsexamen ab, allerdings nur mit mäßigem Ergebnis. Seit 1929 wieder in Regensburg, engagierte er sich in der Bayerischen Volkspartei (BVP). Nachdem er als selbständiger Anwalt nicht reüssieren konnte, bewarb er sich im November 1933 für den höheren Justizdienst, trat daher im selben Jahr der SA bei und 1937 der NSDAP (wirksam zum 1.3.1939). Im Oktober 1937 erfolgte seine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit, 1938 wurde er Amtsgerichtsrat in Aschaffenburg.

Auch nach seinem Parteieintritt blieb Goppel praktizierender Katholik. Bereits 1937 meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht und war dann von 1939 bis zum Kriegsende Soldat.

Im Juni 1946 kehrte er nach Aschaffenburg zurück, wo ihn die Spruchkammer im Dezember in die Gruppe der „Mitläufer“ einstuft. Seit 1946 Rechtsrat in Aschaffenburg (bis 1958), scheidete 1947 seine Bestätigung zum Landrat des Landkreises Aschaffenburg am Einspruch der amerikanischen Militärregierung. Goppel musste weitere Rückschläge auf dem Weg in die Politik hinnehmen: 1950 als CSU-Landtagskandidat in Aschaffenburg und 1952 sowie 1956 als OB-Kandidat in Aschaffenburg und Würzburg. 1954 gelang ihm der Einzug in den Landtag. Dort profilierte er sich zunächst im Kulturausschuss als Kritiker des von der Viererkoalition eingebrachten Lehrerbildungsgesetzes, das die konfessionsgebundene Lehrerbildung beenden wollte. 13 Jahre später sollte dann unter dem Ministerpräsidenten Goppel – gegen dessen innere Überzeugung – die Bekenntnisschule abgeschafft werden. Nach dem vorzeitigen Scheitern der Viererkoalition im Oktober 1957 bildete Hanns Seidel (CSU) sein erstes Kabinett. Wie auch bei der Landratskandidatur Goppels 1947 erwies er sich als dessen Förderer und berief ihn als Staatssekretär ins Justizministerium. Bereits ein Jahr später wurde Goppel Innenminister und schließlich 1962, nachdem sich einflussreiche Parteifreunde blockierten und sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß für den Verbleib in der Bundespolitik entschied, als Kompromisskandidat zum Ministerpräsidenten gewählt. Daraus wurden 16 Jahre, die heute als „Ära Goppel“ bezeichnet werden.

März folgt der herrschenden Forschungsmeinung, dass Goppel als Regierungschef mehr moderierte als führte und den zahlreichen starken Persönlichkeiten seiner Kabinette wie Rudolf Eberhard, Alois Schedl, Hans Maier, Bruno Merk, Ludwig Huber oder dem jungen Max Streibl die Möglichkeit bot, eigene Akzente zu setzen. Ein weiteres Strukturelement dieser 16 Jahre als Regierungschef des Freistaates Bayern war das Spitzenduo, das Goppel mit dem Parteivorsitzenden Strauß bildete. Goppel verkörperte dabei den „milden Gegentyp“ zum „begabten, aber gefährlichen Machtmenschen“ Strauß, so der SZ-Journalist Herbert Riehl-Heyse zutreffend. Dieses Tandem war neben der Abgrenzung von der in Bonn regierenden sozial-liberalen Koalition auch einer der entscheidenden Gründe für bis heute legendäre Wahlerfolge; Höhepunkt war die Landtagswahl 1974 mit 62,1 % für die CSU. Der Wahlkampfeslogan der CSU lautete 1966: „Für Stabilität in Bayern: Alfons Goppel – Für Ordnung in Bonn: Franz Josef Strauß“. Ebenfalls als zentral für den Erfolg Goppels hat die Forschung identifiziert, – und dies wird zum Leitmotiv der Ministerpräsidentschaft Goppels bei März – dass er die rasante Veränderung der Lebensverhältnisse in den 60er- und 70er-Jahren in seiner Regierungszeit bruchlos und ohne Krisen gestaltete. Dabei fing er Ängste und Irritationen der Bevölkerung in seiner Person insbesondere durch einen traditionellen Repräsentationsstil auf, dessen sichtbarste Ausdrucksform zahlreiche „Staatsbesuche“ im Lande waren. Dies geschah keineswegs zufällig, sondern war das Ergebnis einer in der Staatskanzlei entwickelten Popularisierungsstrategie. Damit wurde Goppel zum Prototyp des „Landesvaters“.

Was aber hat Goppel weiterhin als Ministerpräsident bewirkt? Eindeutig identifizieren lassen sich die Dinge, die er nicht verhindern konnte. Sie werden von März genannt, aber nicht analytisch zusammengeführt: die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule 1968, ein Kompromiss mit der Landtagsopposition, die Strauß durchsetzte, um eine Niederlage der CSU bei zwei Volksbegehren zu vermeiden, die Schwächung der Stellung der Länder im Zuge der Großen Finanzreform 1968/69, das Meisterstück des Bundesfinanzministers Strauß, und die ebenfalls gegen die innere Überzeugung Goppels 1973 auf Drängen von Strauß erhobene Normenkontrollklage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag der Bundesrepublik mit der DDR vor dem Bundesverfassungsgericht. Inwieweit jedoch weitere Regierungsmaßnahmen Goppels Handschrift trugen, – wie z. B. die Gebietsreform (Bruno Merk), das Mittelstandsförderungsgesetz (Anton Jaumann), die Errichtung des Nationalparks Bayerischer Wald (Hans Eisenmann) oder Maßnahmen im Bereich von Landesplanung und Umweltschutz (Max Streibl) – ist zu fragen. Dies kann und soll ein Lebensbild nicht leisten. Wichtig ist, sich bewusst zu sein, dass es hier zu differenzieren gilt. Hier ist auch Platz für spannende Untersuchungen, etwa zu Goppels Rolle beim Kreuther Trennungsbeschluss 1976. Ebenfalls ist es nicht zwingend, dass ein biografisches Lebensbild eine besondere Fragestellung verfolgt. Allerdings würde man sich an manchen Stellen eine vergleichende Einordnung wünschen. Dazu nur ein Beispiel: Entwickelten die in etwa zur gleichen Zeit wie Goppel regierenden Hans Filbinger (CDU) (1966-1978) oder Heinz Kühn (SPD) (1966-1978) in Baden-Württem-

berg und Nordrhein-Westfalen ein ähnliches landesväterliches Selbstverständnis und Image wie Goppel? Oder war das spezifisch bayerisch und wenn ja, warum?

Ergänzt wird der Band durch eine Zeittafel und ein knappes Literaturverzeichnis. Ein Register fehlt, was jedoch angesichts des schmalen Umfangs verzichtbar ist. Dass allerdings die zahlreichen Zitate nicht nachgewiesen werden, ist ärgerlich. Damit hält das Buch wis-

senschaftliche Standards nicht ein. Bei allen kritischen Einwänden ist es jedoch zu begrüßen, dass Stefan März ein auch für breite Leserkreise geeignetes Lebensbild über einen wichtigen bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit vorgelegt hat. Dies sollte zur Nachahmung anregen.

**DR. KARL-ULRICH GELBERG,
HISTORISCHE KOMMISSION, MÜNCHEN**



Hildmann, Philipp W. / Koecke, Johann Christian (Hrsg.): Christentum und politische Liberalität. Zu den religiösen Wurzeln säkularer Demokratie. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2017, 302 Seiten, € 59,95.

Das Christentum hat den säkularen Staat aus sich heraus entwickelt. Nicht als seinen Widersacher, sondern als eine Ermöglichung und Verwirklichung der christlichen Intention auf einem höheren Niveau. Die damit verbundenen Fragen zu den religiösen Wurzeln säkularer Demokratie diskutiert die jüngste Verlagspublikation der Hanns-Seidel-Stiftung.

Erst aus der Trennung der Sphären von Staat und Kirche im Christentum konnten sich säkulare Demokratie und

politische Liberalität entwickeln. Säkularer Staat und Religion bleiben jedoch komplementär aufeinander verwiesen: Fällt das eine weg, hypertrophiert das andere und eliminiert damit die Freiheit. Was geschieht, wenn in diesem System der „Checks and Balances“ ein Akteur, die christliche Religion, geschwächt ist? Diesen und weiteren Fragen aus dem spannungsreichen Verhältnis von Politik und Religion spüren die Beiträge der hier angezeigten Publikation nach.

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN
Nr. 66: Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand

**AMEZ - ARGUMENTE
UND MATERIALIEN DER
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**
Nr. 19: Demokratie im Aufbruch – Parlamente
als Orte der Entscheidungsfindung



**AMZ - ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 106: Flüchtlinge aufs Land?



SONSTIGES
Parteien und Parteiensystem auf dem
Prüfstand – Eine empirische Analyse der
Wählersicht in Bayern

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 473 „Wirkt sich die Zuwanderung auf unseren Rechtsstaat aus?“ mit Beiträgen von Winfried Bausback, Friedrich Heckmann, Robert Heimberger und Hans-Jürgen Papier

Herausgeber:

© 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung

der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:
mauritus images / United Archives

